

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis (numerando)
 Vierteljährlich 3.50 RM, monatlich 1.10 RM,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 RM pro Monat.
 Eingeragen in die Post-Zeitungs-
 Preisklasse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 RM, für das übrige Ausland
 3 RM pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 gelbe oder deren Raum 50 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
 gedruckt) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schin-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 17. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vor der Entscheidung.

Nürnberg, 16. September, 3.45 nachm.
(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der Parteitag konnte heute früh nur zwei Reden entgegennehmen, die Bebel's, der eine, und die Timm's, der drei Stunden lang sprach. Es wurde nämlich beschlossen, nach Bebel, der das Referat über die Frage der Budgetabstimmung übernommen hat, auch je einem Redner der bayerischen, badischen und württembergischen Genossen unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Timm sprach als erster Süddeutscher für die bayerischen Genossen.

Es ist platterdings unmöglich, hier auch nur in den grössten Umrissen den Inhalt der Reden zu skizzieren. Es ist auch überflüssig, da ja der eingehende Bericht gleichzeitig vorliegt. Dafür ist über die Art der beiden Redner einiges zu sagen.

Bebel sprach knapp und prägnant, in der Form äußerst maßvoll, in der Sache jedoch scharf und bestimmt. Er empfahl die unteränderte Annahme der Resolution des Parteivorstandes, die die grundsätzliche Stellung der Partei erneut festlegt und sich darauf beschränkt, statt den Budgetbewilligern einen Tadel auszusprechen, die unerlässliche Feststellung zu machen, daß die Budgetbewilliger in Baden und Bayern nicht im Sinne der Lübecker Resolution handelten.

Genosse Timm's Rede war im Gegensatz zu der Bebel's ungeheuer weitläufig angelegt, ohne daß den Kritikern der Budgetbewilligung irgend ein nennenswertes Moment entgegengehalten worden wäre, das neu gewesen wäre oder die Frage in eine andere Beleuchtung gerückt hätte. Die Rede war im wesentlichen nur die Wiederholung der früher von Vollmar, Grillenberger und anderen Genossen in Frankfurt begn. Lübeck vorgebrachten Gründe. Im übrigen verlor sie sich teils in belanglose Nebenächlichkeiten, teils verfuhrte sie die Streitfrage völlig zu verschleppen und der Mehrheit der Partei einen Rückfall in anarchisierende Auffassungen zu unterstellen. Gleich zur Einleitung entzündete sich Timm 1/2 Stunden lang über den schlechten Ton, natürlich nur über den der Budgetbewilligung verurteilenden Presse. Was er selbst unter gutem, parteigenösslichem, brüderlichem Tone versteht, bewies er zum Schluß durch die ostentativ wiederholte Behauptung, daß der ganze Parteistreit von den Radikalen mutwillig vom Zaune gebrochen worden sei! Auf derselben Höhe stand die Methode des Redners, durch Verlesen endloser Zitate den Anschein zu erwecken, als seien die Gegner der Budgetbilligung Gegner der praktischen Arbeit, während die ganze Parteitätigkeit die Notwendigkeit und traditionelle Übung praktischer Tätigkeit beweise. Dagegen ging Timm sorgfältig um den Nachweis herum, inwiefern denn die bayerische Budgetbewilligung auch nur insoweit notwendig gewesen sei, als die Ablehnung des Budgets eine Verschlechterung für Arbeiter und Beamte bedeutet hätte.

Die ganze Logik der Timm'schen Rede war die: wenn wir überhaupt praktische Arbeit leisten, uns überhaupt am Parlamentarismus, an der Schaffung sozialer Reformen beteiligen, so können wir auch das Budget bewilligen, selbst wenn der angebliche Zwang nur in dem Streben liegt, auf die Unwissenheit politisch erst zu erziehender Schichten und die Empfindlichkeit der Regierung oder bürgerlichen Parteien Rücksicht zu nehmen!

Die stärkste Leistung aber war der Schluß. Timm verlas eine kategorische Erklärung der bayerischen Budgetbewilliger, daß sie sich einem ihnen nicht gefallenden Parteitagbeschlusse nicht fügen, sondern dem Willen der Gesamtpartei Widerstand leisten würden! Und diesen Worten wurde noch die gefährliche Wendung hinzugefügt: „Wir können und werden uns nicht einem wider uns gerichteten Parteitagbeschlusse unterwerfen, weil wir als freie Männer entscheiden müssen und uns nicht einem Terror von oben fügen können.“

Ein nach den Grundsätzen der Demokratie entscheidender Parteitag darf also keine taktischen Richtlinien festlegen! Als ob das nicht anarchisierende Auffassung wäre!

Es wird sich zeigen, ob die Drohung mehr als ein Schreckschuß sein soll!

Nürnberg, den 16. September (3.37 nachm.)
(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Heute nachmittags versuchten die Genossen Dr. Frank und Hildenbrand in je 1 1/4 stündigen Reden den Standpunkt der Budgetbewilligung zu rechtfertigen. In ihrem Eifer, die Berechtigung der Abstimmung ihrer Fraktionen zu be-

weisen, bewiesen auch sie unbeten zu viel. Ihre Aufgabe war es, darzulegen, daß für die Budgetbewilligung jene besonderen und zwingenden Umstände in Frage kamen, die nach der Lübecker Resolution ausnahmsweise eine Zustimmung zum Budget gestatten. Dieser Nachweis mußte ihnen natürlich mißlingen, selbst wenn man sich wie Hildenbrand des krampfhaften Mittels bediente, eine Bemerkung Singers in Lübeck dahin auszulegen, daß es Sache und Recht der Landesfraktionen sei, den Sinn der Resolution nach Belieben zu deuten. Aber darüber hinaus mühten sich beide Redner um den Nachweis, daß die grundsätzliche, normale Budgetablehnung, die doch die Lübecker Resolution fordert, überhaupt sinnlos sei, daß man nicht aus dem grundsätzlichen Motiv des proletarischen Klassenkampfes heraus das Budget abzulehnen habe, sondern nur gelegentlich aus Gründen rein parlamentarischer Gelegenheits- und Opportunitätspolitik. So bewiesen diese Genossen gerade, welche tiefe Klust der Anschauungen sie und ihre Anhänger von der großen Mehrheit der Partei trennt, die sich zur Lübecker und Dresdener Resolution bekennen. Gerade indem man plausibel zu machen suchte, daß es sich nur um eine Zeremonie, eine bloße Formalität handle, offenbarte man, wie sehr man sich bereits in seinen Grundanschauungen von der grundsätzlichen Auffassung der Sozialdemokratie entfernt hat.

Um die eigene Entfernung vom sozialdemokratischen Standpunkt zu verdecken, gestielen sich sowohl Frank wie Hildenbrand darin, den Gegnern der Budgetbewilligung Vorwürfe mit den antiparlamentarischen Ideen des Anarcho-Sozialisten Dr. Friedeberg zu imputieren, eine um so törichtere Unterstellung, als ja Dr. Friedeberg gerade in Berlin seiner Bestrebungen wegen aus der Parteiorganisation ausgeschlossen worden ist. Nachdem man sich bergestalt einen Popanz antiparlamentarischer, die praktische Arbeit verneinender „Radikaler“ zurecht gemacht hatte, rannte man offene Türen mit dem Lob der praktischen Arbeit ein; als ob die Radikalen in den Parlamenten nicht genau so energische praktische Arbeit leisteten wie irgend ein Budgetbewilliger oder sonstiger Revisionist, und als ob nicht ein himmelweiter Unterschied bestände zwischen wahrhaft praktischer Arbeit für die materielle und kulturelle Hebung des Proletariats und dem unglücklichen, dem bürgerlichen Parlamentarismus abgequackten Versuche, durch grundsätzliches Entgegenkommen und Sichanpassen sogenannte praktische Politik zu treiben! Auch Frank drohte in seinen überaus pathetischen Schlussausführungen damit, daß sich die badische Fraktion der Resolution des Parteivorstandes weder fügen könne noch werde, denn mit dem Mafel eines Mißtrauensvotums behaftet könnten die süddeutschen Parlamentarier keine ersprießliche Tätigkeit mehr ausüben. Für seine Person schloß sich auch Hildenbrand dieser ungeheuerlichen Erklärung an, als ob die Resolution des Parteivorstandes auch nur ein Wort demütigenden Tadel enthielte, als ob sie nicht einzig künftigen Budgetbewilligungen gleicher Art vorbeute! Aber das ist es ja gerade, was die Budgetbewilliger verhindern wollen!

In je halbständiger Rede vertraten dann der bayerische Landtagsabgeordnete Simon und der badische Landtagsabgeordnete Eichhorn den Standpunkt der Minderheiten der beiden Fraktionen. Tiefen Eindruck machte es, als Genosse Simon die Behauptung, die Arbeiter selbst verlangten die Budgetbewilligung, glänzend widerlegte und aus dem Sozialdemokratischen Handbuch für Bayern selbst die schlagende Verteidigung der grundsätzlichen Budgetablehnung verlas, die am Vormittag der bayerische Landtagsabgeordnete Timm als einen angeblichen Konsens zu qualifizieren versucht hatte. Auch Eichhorn's Darlegungen über die Art der in Stuttgart getroffenen heimlichen Verständigung über die Auslegung der Lübecker Resolution und seine Schilderung der politischen Zustände Badens erregten lebhaftes Interesse.

Ueberhaupt war die Teilnahme an den Verhandlungen eine leidenschaftlich gespannte. Während die Ausführungen Franks und Hildenbrands bei der Minderheit der Delegierten und dem Auditorium häufige Zustimmungskundgebungen auslösten, entsetzten die Pointen der beiden anderen Redner den stürmischen Beifall der Mehrheit des Parteitages.

Morgen folgt die eigentliche Diskussion, zu der sich mehr als 80 Redner gemeldet haben.

Worte und Taten.

Heute tritt in Berlin ein „interparlamentarischer Kongreß“ zusammen, der dem Zwecke dienen soll, für die Idee der Beilegung internationaler Konflikte durch

Schiedsgerichte Propaganda zu machen. Diese Vereinigung besteht — wie die meisten Leser wohl zu ihrer Ueberraschung vernehmen werden — bereits seit 20 Jahren, aber sie tritt so spät die Wahl auf Berlin fiel, liegt darin, daß die Veranstalter daran zweifelten, daß der Kongreß in amtlichen und nichtamtlichen Kreisen die gewünschte Aufnahme zu teil werden würde. Diese Bedenken sind — so wird uns gesagt — jetzt geschwunden. Und in der Tat: an der Konferenz werden nicht nur freisinnige, sondern auch nationalliberale, freikonserervative und konservative Parlamentarier teilnehmen. Noch mehr: der Reichskanzler selbst wird feierlich den Kongreß eröffnen und, wie wir prophezeien können, eine mit Zitaten reich geschmückte Friedensrede reden, die von den versammelten Parlamentariern mit großem Beifall aufgenommen werden wird. Am lautesten von allen aber werden unsere freisinnigen Ratgeber, die in den letzten Jahren sich für diese Beschäftigung besonders trainiert haben.

Aber liegt nicht trotz allem in dieser geänderten Haltung der deutschen Regierung ein Zeichen der Zeit, zeigt sie nicht doch, daß wie die freisinnige Presse verkündet, die große liberale Idee der Humanität und des Fortschritts ein Stück vorwärts marschiert ist? Und in der Tat, auch wir glauben eine gewisse Wandlung konstatieren zu können, nur daß wir diese Wandlung just nicht bei der deutschen Regierung zu erkennen glauben. In keinem anderen Lande sieht der Kultus des Militarismus so in Blüte wie in Deutschland. Überall sonst klagen auch die bürgerlichen Parteien immer mehr über die wachsenden Lasten der Kriegsrüstungen, über die alle Kulturaufgaben, alle sozialpolitischen Fortschritte vernachlässigt werden. Und ein Teil der Gäste, die nach Berlin gereist sind, sind in der ehrsüchtigen, wenn auch nach unserer Meinung etwas naiven Absicht nach Berlin gekommen, durch die Förderung der Schiedsgerichtsüber die Verminderung der europäischen Rüstungen vorzubereiten. Aber in Deutschland ist es ja verpönt, gilt es als „nationaler Verrat“, die Notwendigkeit unaufhörlicher Rüstungsvermehrung auch nur zu bezweifeln und als Zeichen des Vaterlandsfeindes, eine Regierungsforderung abzulehnen. Und die ganze Wandlung, die sich in Deutschland vollzogen hat, besteht nur darin, daß die letzte bürgerliche Partei, die noch manchmal etwas Opposition gegen das Begehren Wolodys zu machen gewagt hatte, ihre früheren Grundsätze verraten hat und, in völlige Regierungsknechtschaft versunken, militärfromm geworden ist bis auf die erweichten Knochen. Fürst Bülow hat keinen Grund mehr, die Friedensreden der bürgerlichen Parlamentarier abzulehnen. Weiz er doch, daß ihren Worten keine Taten folgen, daß seinen Militär- und Marinevorlagen von dieser Seite keine Gefahr mehr droht. Unter solchen Umständen wird die Beteiligung an dem Kongreß eine für die Regierung nützliche Sache. Zwar wird deswegen kein Neutruweniger eingestellt werden, kein Panzerschiff ungebaut bleiben. Aber es kann nicht schaden, wenn das in der Welt nicht gerade als „pazifistisch“ berufene Deutschland nun auch einmal für den Weltfrieden ein paar Worte übrig hat. Der Verrat des Freisinn's hat den deutschen Militarismus so stark gemacht, daß er nicht einmal mehr mit voller Offenheit für seine Liebe einzutreten braucht und sich vor Europa den Luxus eines bishens Friedensheuchelei gestatten darf. Gerade die Einmütigkeit aller bürgerlichen Parteien in Deutschland mit der Regierung, die Forderungen des Militarismus und Marinismus zu erfüllen, erlaubt es ihnen, an diesem Friedenskongreß in holder Eintracht teilzunehmen, freudig begrüßt von denselben Organen, die, wie die „Vossische Zeitung“ noch gestern in der Marokkofrage am verantwortungslofesten den Gegenfuß zu Frankreich geschürt haben, um morgen dieselbe gewissenlose Hege aufs neue zu betreiben.

Brauchen wir da noch ein Wort zu verlieren, um zu erklären, daß die deutsche Sozialdemokratie an dieser Konferenz nicht teilnehmen kann, gerade weil es ihr um den Frieden, um den Kampf gegen den Militarismus eine ernste Sache ist? Und wie die deutschen, so haben auch die französischen und belgischen Sozialdemokraten, die diesen Veranstaltungen nicht immer die gleiche Skepsis entgegengebracht haben wie wir, sich einer Beratung ferngehalten, die durch die Begrüßung eines Bülow im vorhinein entwertet ist. So fehlen diesem Kongreß die Vertreter des Proletariats, des entschlossensten Kämpfers für den Frieden. Nur einige Arbeiter Englands, die durch den berechtigten Glauben an die Ehrlichkeit mancher englischer Radikaler bewogen, dem Kongreß beizuwohnen, bilden eine Ausnahme.

Aber auch sie wissen, daß ernster und wichtiger als alle Beteuerungen der bürgerlichen Welt, das Gefühl der proletarischen Solidarität ist, das heute die ganze Arbeiterinternationale erfüllt. Die Versammlung, die die Berliner Arbeiter nächsten Sonntag abhalten werden, wird wahrhaftig eine viel bedeutsamere, ehrlichere und wirkungsvollere Demonstration für den Völkfrieden sein, als die Reden von bürgerlichen Parlamentariern, der Ratgeber und Verteidiger des kapitalistischen Systems, das die Gegenläge zwischen den Nationen erzeugt, welche diese Herren durch ihre Resolutionen wieder aus der Welt schaffen zu wollen vorgeben.

Internationale sozialistische Konferenzen.

Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureaus und der Interparlamentarischen Sozialistischen Kommission hat für Sonntag, den 11. Oktober, im Volkshaus zu Brüssel eine Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus einberufen. Als Tagesordnung sind bis jetzt die folgenden acht Punkte vorgeschlagen worden:

1. Die Frage der Aufnahme nichtsozialistischer Gruppen in das Bureau und ihre Zulassung zu den Internationalen Sozialistenkongressen. (Antrag der britischen Sektion.)
2. Ueber das gemeinsame Vorgehen der Proletarier und Sozialisten der betreffenden Länder, um europäische und Kolonialkonflikte zu verhüten, mit denen uns die Regierungen dieser Länder, sei es durch ihr Einverständnis, ihre Zwietracht oder ihre Intrigen, bedrohen. (Antrag der französischen Sektion.)
3. Das Bureau kommt periodisch wenigstens zweimal im Jahre zusammen. (Vorschlag der britischen Sektion.)
4. Jede angeschlossene Sektion oder Partei zahlt einen Mindestbeitrag von 100 Fr. für jede Stimme. (Vorschlag des Exekutivkomitees.)
5. Die Verteilung der Stimmen, wonach Ungarn und Schweden je 12 Stimmen bekommen.
6. Die Aufnahme der Demokratischen Partei in Chile.
7. Die Frage der Sozialistischen Zionisten.
8. Die Frage der französischen Vertretung.

Nach einer in Stuttgart angenommenen Resolution (Abst. 7 der Statuten der Interparlamentarischen Kommission findet jedes Jahr, nach der Sitzung des Bureaus, eine Versammlung statt, zu der alle Mitglieder der parlamentarischen Gruppen zugelassen werden, deren Parteien angeschlossene sind. Deshalb ruft das Bureau am Montag, den 12. Oktober, die dritte Versammlung der Interparlamentarischen Kommission zusammen.

Auf der Tagesordnung steht der von der Tagung zu Stuttgart überwiesene Punkt:
Ueber die Tätigkeit der Interparlamentarischen Kommission in der Interparlamentarischen Vereinigung zur Förderung des Friedens und der Internationalen Schiedsgerichte.
Außerdem sollen die Vertreter der einzelnen Fraktionen in allgemeinen Tagen Bericht geben, was auf gesetzgeberischem Gebiete von den sozialistischen Parlamentariern während der letzten Session geleistet worden ist.

Offiziersgehälter und Veteranenbeihilfen.

Neben den Reichsbeamtengehältsgesetzen, die nach neuester Meldung dem Reichstage noch vor der Einbringung des Etats oder gleichzeitig mit ihm im Dezember vorgelegt werden sollen, wird dem Reichstage auch eine Offiziersbefoldungsvorlage zugehen. Die Vorlage, die seit dem Februar in den Grundzügen fertig stand, ist bisher nicht geändert worden. Sie schlägt eine Neuregelung der Gehälter bis zum Hauptmann einschließlich vor. Die Subalternoffiziere erhalten ihr Gehalt in Zukunft nach Altersstufen wie die Zivilbeamten; sie beginnen mit 1500 M. und steigen um 300 M. alle vier Jahre bis 2100 M. Das Endgehalt erreichen sie hier also nach acht Jahren, abgesehen davon, ob sie Oberleutnantschärge bekleiden oder nicht. Bisher betrug für den Leutnant der Mindestsatz 1200 M., für den Oberleutnant der Höchstsatz 1800 M. Die beiden Gehaltsklassen für die Hauptleute fallen ebenfalls fort; das Grundgehalt beträgt 4000 M. (bisher 3400 M.), es steigt alle vier Jahre um 600 M. und erreicht mit acht Jahren den Höchstsatz von 5200 M. (bisher 4600).

Für Unteroffiziere und Mannschaften wird der Etat eine kleine Erhöhung der Löhne und kostenfreie Lieferung der Ruhmittel in Höhe von 3 Millionen Mark bringen; entgegen dem Offiziersbefoldungsgesetz, das rückwirkende Kraft zum 1. April 1908 erhält, erhalten die Mannschaften ihre erhöhte Löhne erst mit Beginn des neuen Rechnungsjahres.

Trotz der traurigen Finanzlage des Reiches und der von der „Nordd. Allg. Ztg.“ angekündeten „Sparsamkeit“ sollen also auch die Gehälter der Hauptleute und Leutnants erhöht werden, und zwar gleich in ausgiebigem Maße. Ob in der jetzigen Zeit der Finanznot und der wirtschaftlichen Krise für derartige Befoldungserhöhungen der richtige Zeitpunkt ist, danach fragt die Regierung nicht erst. Sie hält die Erhöhungen für nötig und fordert sie deshalb kurzweg.

In Bezug auf die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Veteranenbeihilfen ist dagegen die Regierung viel zaghafter. Sie hat gegen eine mäßige Erhöhung zwar nichts einzuwenden — aber Vorbedingung ist, daß der Reichstag ihr zunächst dafür die nötigen Mittel bewilligt. Erst dann läßt sich nach ihrer Meinung über die Sache reden. Die Konserbativ „Korrespondenz-Blatt“ veröffentlicht nämlich folgende halbamtliche Auseinandersetzung:

Das Deutsche Reich gibt seinen Veteranen und Kriegsinvaliden Beihilfen und zwar werden Veteranen pro Jahr 120 M. Beihilfe gewährt, während die Kriegsinvaliden, abgesehen von der Kriegszulage, eine nach dem Grade ihrer durch den Krieg verursachten Erwerbsbeeinträchtigung abgestufte Rente beziehen. Sowohl die Rentempfänger als der Reichstag haben wiederholt sich für eine Erhöhung der Bezüge ausgesprochen. Die Regierung hatte bisher eine ablehnende Haltung eingenommen, will aber der Angelegenheit näher treten, wenn sich das Resultat der neuen Reichsfinanzreform übersehen läßt. Bis jetzt gibt das Reich für diese Zwecke jährlich 21 800 000 M. aus.

- Die laut gewordenen Wünsche gehen in folgenden Richtungen:
1. Die Kriegsteilnehmerbeihilfen von 120 M. allen Veteranen ohne Rücksicht auf ihre Erwerbsunfähigkeit und Bedürftigkeit zuzuwenden;
 2. Zuwendung der Beihilfe für alle Veteranen, die weniger als 600 M. jährlich verdienen;
 3. Gewährung eines Gnadenquartals für Witwen und Waisen;
 4. Gewährung eines Gnadenmonats für die Hinterbliebenen;
 5. ärztliche Unterstützung auf Staatskosten;
 6. Erhöhung der Beihilfe von 120 auf 240 M. für die Veteranen, die weniger als 900 M. jährlich verdienen.

Der Reichstag hatte den Wunsch geäußert, allen Veteranen in unterstützungsbedürftiger Lage, die weniger als 600 M. Jahreserwerb haben, über 60 Jahre alt sind und deren Erwerbsfähigkeit

auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, eine Beihilfe von 120 M. zu gewähren.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß bei Beratung der Reichsfinanzreform der Reichstag seine Wünsche in dieser Richtung dringender wiederholen werde, sind regierungsseitig Berechnungen betriebs aller Wünsche angestellt worden, um zu zeigen, welche finanziellen Opfer die Erfüllung der Wünsche bedingt. Will der Reichstag bei der bekannten Finanzlage des Reiches den Veteranen mehr geben, so muß er dies bei der Reichsfinanzreform zahlenmäßig berücksichtigen.

Es sind zurzeit 500 000 Kriegsteilnehmer vorhanden, die aus Reichsmitteln weder gesetzliche Invalidenpension noch Unterstützungen nach Maßgabe des Allerhöchsten Gnadenarrestes vom 22. Juli 1884 beziehen; erhielt jeder die Beihilfe, so wären 60 Millionen, also 88% mehr wie bisher, erforderlich. Wollte man die Beihilfe auf 240 M. erhöhen, so wären rund 93 Millionen erforderlich. Würde man alle Veteranen unterstützen, die weniger als 600 M. verdienen, so betrüge die Mehrausgabe zehn Millionen. Der Wunsch, den Hinterbliebenen noch auf gewisse Zeit hinaus Unterstützungen zu machen, geht viel zu weit. Zurzeit werden 177 500 Veteranen unterstützt, dies ist ein Drittel aller Veteranen, mehr dürften auch kaum unterstützungsbedürftig sein. Interessant ist, daß nach den Ermittlungen der Regierung der oben skizzierte Wunsch des Reichstags die Veteranen schlechter stellen würde; es handelt sich in diesem Falle um etwa 190 000 Mann, für sie würden nur 19 Millionen erforderlich sein, es würden also 17 000 Veteranen unberücksichtigt bleiben. Würde der Reichstag für diese 190 000 Mann aber 240 M. Beihilfe gewähren, so würden 88 Millionen nötig sein, wobei zu berücksichtigen ist, daß die 17 000 Veteranen, die über diese Zahl jetzt unterstützt werden, trotz der Mehrausgabe unberücksichtigt bleiben.

Erhöhung der Offiziersgehälter auf jeden Fall; Erhöhung der Veteranenbeihilfen hingegen nur, wenn sich der Reichstag bei der Reichsfinanzreform nicht lumpen läßt, sondern das Geforderte statt bewilligt.

Die Klassenjustiz gegen die Streikfreiheit.

Paris, 10. Sept. (Fig. Ver.)

Für die reaktionäre Wut, die die Nachhaber der radikalen Republik ergriffen hat, ist die vom „Vorwärts“ bereits mitgeteilte Entscheidung bezeichnend, die der Friedensrichter des 10. Pariser Arrondissements gestern gefällt hat. Am 6. August haben die Elektrizitätsarbeiter einen zweistündigen Streik durchgeführt, der viele Theater und Vergnügungsetablissemens zwang, ihre Vorstellungen abzusagen. Drei Tügelangelfünftler, denen es allerdings mehr auf die Bekanntheit als auf eine prinzipielle Entscheidung über die Koalitionsfreiheit ankam, bekamen nun den Einfall, die Gewerkschaft der Elektriker in der Person ihres Generalsekretärs Pataud auf Schadenersatz zu belangen. Der Prozeß, der zuerst selbst von den Bourgeoisblättern mehr wie ein Witz behandelt wurde, hat mit der Beurteilung Patauds geendet. Die Ersatsumme — 8 Frank für jeden der Kläger — ist wohl nicht von Belang, um so bedeutungsvoller ist die Begründung des Urteils. Es heißt darin, daß kein Gesetz und keiner der Grundsätze, auf denen das Streikrecht beruht, zu dem Schluß berechtigt, daß der Streik, wenn auch an sich kein Delikt, auch kein Delikt beinhaltet, sofern er aus böshafter Absicht abhängt und nicht einzig auf die Verteidigung korporativer oder beruflicher Interessen gerichtet sei. Auch begehre derjenige einen unerlaubten Akt und einen Rechtsmißbrauch, der von einem Recht in der bloßen Absicht, anderen zu schaden, Gebrauch mache. — Pataud aber habe als Delegierter der Elektrizitätskorporation gehandelt, die mit einem dringenden öffentlichen Dienst betraut sei und der die jetzige Gesetzgebung ebensodas Streikrecht bestreite wie den Eisenbahnern, Postbediensteten, Gas- und Wasserarbeitern. Mit der Verhängung eines zweistündigen Streiks habe diese Vereinigung keinem korporativen Bedürfnis entsprochen und nur einen Mobilisierungsversuch der proletarischen Kräfte unternommen. Dieser sei unzulässig einer bösen Absicht entsprungen, da er das wirtschaftliche Leben einer großen Stadt erschüttert und die Arbeiter in ihrem heiligen Recht auf Arbeit und Lohn gestört habe. Es sei bedauerlich, daß die gegenwärtige normale Organisation der Arbeit nicht gestatte, eine Verantwortlichkeit festzustellen, aber um der Arbeitersolidarität willen dürften die Schuldigen sich nicht weigern, denen, die gleich ihnen Lohnarbeiter sind, Ersatz zu leisten.

Man sieht, worauf diese gegenseitige Mischung von juristischer Nabelsticherei und heuchlerischer mandesterliberaler Leitartikler hinausläuft: auf die Konfiskation des Koalitionsrechts. Der Richter soll entscheiden, ob ein Streik einem korporativen Bedürfnis entspricht und aus keiner „bösen Absicht“ entsprungen ist. Die Passivität der Gewerkschaften aus der Pflicht der Solidarität abzuleiten, ist ein zynischer Witz, der die Brutalität der Klassenjustiz begleitet. Charakteristisch ist übrigens, wie das berühmte liberale Freiheitsprinzip sofort eingeschränkt wird, wenn bürgerliche Interessen in Frage kommen. Die Anschauung, daß jede Ausnutzung eines Rechts, die der Absicht entsprungen sei, anderen zu schaden, ein Delikt bedeute, dürfte der famose Friedensrichter Grundbesitzern oder Hausherren gegenüber, die ihre Nachbarn oder Wirtsparteien schikanieren, schwerlich anzuwenden geneigt sein. Und wird er etwa einen Unternehmer bestrafen, der während eines Streiks, bei dem es sich nicht unmittelbar um materielle Interessen handelt, Streikbrecher ausnimmt — in der Absicht, den Streikenden zu schaden? Doch um die Kraft und Redlichkeit der Argumente handelt es sich natürlich nicht, wo es gilt, die Justiz zum Werkzeug der Klassenherrschaft zu machen. Und so ist an dem Urteil am interessantesten der unverhüllte Geist rücksichtsloser kapitalistischer Unterdrückung, worin der Richterspruch zweifellos die Stimmung der herrschenden Klassen ausdrückt. Die Zeit der demokratisch illusionistischen „guten Richter“ ist vorüber und die erwachte reaktionäre Wut der Besitzenden findet in dem Personal der republikanischen Justiz die besonnensten Diener.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. September 1908.

Die Reichstagswahlwahl in Speyer-Ludwigshafen hat mit einem Siege der Sozialdemokratie geendet. Unser Kandidat Genosse Binder siegte mit 21 837 Stimmen über den Nationalliberalen Duhl, der es auf bloß 12 607 Stimmen brachte. Bei der Hauptwahl im Januar 1907 erhielt Genosse Ehrhart 18 539, der Nationalliberale 13 708 Stimmen und ein Zentrumsmann 8169 Stimmen. Die Stichwahl brachte für Ehrhart 21 826, für seinen Gegner 15 794

Stimmen. Diesmal hatte das Zentrum einen eigenen Kandidaten nicht aufgestellt, vielmehr die Wahlführung proklamiert, ein Beschluß, den die Anhänger des Zentrums im ganzen respektiert haben.

Die Nationalliberalen haben mit dem Mut der Verzweiflung gekämpft, in den letzten Tagen erschien selbst Wasser mann auf dem Kampffeld, doch auch er konnte den Liberalismus nicht mehr retten. Wir haben nach dem vorliegenden Resultat 3298 Stimmen gewonnen, die Nationalliberalen, obwohl sie gewiß auch eine Anzahl Zentrumsstimmen, namentlich aus den Kreisen der Beamten, bekommen haben dürften, rund 1100 Stimmen eingebüßt. Mit diesem „Siegeslauf“ des Liberalismus können wir zufrieden sein. Es gibt kaum einen Reichsverbandsschwund mit dem die Nationalliberalen nicht gearbeitet haben, und dennoch diese schmachvolle Niederlage! Ein Beweis dafür, daß der Reichsliggenverband mit seinen Schwindelereien die indifferenten Wählermassen zwar momentan verblüffen konnte, daß die Lügen aber kurze Weile haben.

„Simplicissimus“-Witze.

In verschiedenen Städten Badens wurde der „Simplicissimus“ konfisziert. Ursache dieser Maßregel ist ein Bild auf der zweiten Seite der letzten Nummer mit der Ueberschrift: „Aus dem Ruffertlande Baden. Es stellt die Verleumdung der „Goldenen Berufsschule“ an eine Prostituierte dar. In Heidelberg erlind nämlich im Februar 1907 die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen zum Zwecke des Geländebestehes in der Nähe des Heidelberger neuen Personenbahnhofs ein öffentliches Haus. In den beiden angrenzenden Häusern wurde aber, wie früher, die Prostitution weiter betrieben. Was sollte nun der badische Staat als gottgewollte Institution tun? Eine Dienstwohnung für Staatsbeamte oder ein Dienstbureau daraus machen, war wegen der unbilligen Nachbarschaft nicht angängig. Da kam man auf einen genialen Gedanken. Man besaß sich mit dem gelaufenen Haus überhaupt nicht weiter, sondern überließ es dem bisherigen Eigentümer zur unentgeltlichen Benutzung, und zwar bis 1. Oktober 1908, auf welchen Zeitpunkt der Kaufvertrag abgeschlossen war. Und der seitherige Inhaber pfiff auf die Moral seines Hausläufers. Er vermiethete das Grundstück, das ihm auf so originelle Weise zur Ruhestätte überlassen worden war, an einen — Diensthälter, der natürlich Mädchen in das Haus aufnahm.

Jetzt machte der Heidelberger Sittlichkeitsverein Lärm. Er stellte die seiner Sache ergebene Presse in den Dienst der Moralität, wandte sich an die Petitionskommission des badischen Landtages und bereitete dadurch dem badischen Staat unangenehme Stunden. Dieser wußte sich aber zu helfen. Kurzerhand schloß die Polizei Ende des vorigen Jahres die drei Häuser in der Nähe des Personenbahnhofs, in welchen das bekannte Gewerbe ausgeübt wurde; natürlich auch das staatliche Haus.

Man kann es dem „Simplicissimus“ kaum verdenken, wenn er diese häßlichen Manieren des badischen Staates der allgemeinen Lächerlichkeit preisgab, zumal der badische Eisenbahnsiskus der „Simplicissimus“ von den Bahnhöfen fernhält.

Die Justiz und das Reichsvereinsgesetz.

Nach § 8 des Reichsvereinsgesetzes ist der Vorstand eines Vereins, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein) verpflichtet, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der Polizeibehörde einzureichen. Da nach Entscheidung des Reichsgerichts — 25. I. 1892 — unter politischer Verein ein solcher zu verstehen ist, der unmittelbar den Staat, seine Gesetzgebung oder Verwaltung berührt, seine Organe und Funktionen in Bewegung setzt, so sind zu dieser Kategorie von Vereinen die Gewerkschaften nicht zu rechnen.

Anderer Ansicht ist aber das Schöffengericht und Landgericht in Schneidemühl, vor denen sich der Verleumdungsmann des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen von Ulf wegen Uebertretung § 8 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 zu verantworten hatte.

Am 12. Dezember v. J. sandte der Vertrauensmann Hanke der Glasarbeiter von Ulf der Polizeibehörde ein Statut des Zentralverbandes der Glasarbeiter usw. zur Kenntnisnahme. Die Polizei sandte das Statut zurück und verlangte ein Verzeichnis der Mitglieder der Geschäftsstelle und ein solches des Vorstandes. Dem Verlangen wurde Nochnung getragen. Der Polizei genügte das Verzeichnis aber nicht und sandte es zwecks Vervollständigung an H. wieder zurück. Dieser unterließ jetzt weitere Anzeigen, was aber von der Polizei als Vereinsgesetzübertretung angesehen und mit einer polizeilichen Strafverfügung geahndet wurde. Hiergegen erhob H. Einspruch. Das Schöffengericht in Schneidemühl, das sich mit der Sache zu beschäftigen hatte, erklärte in der Tätigkeit des Zentralverbandes der Glasarbeiter usw. eine solche, die auf wirtschaftlich-politischem Gebiete liegt und beurteilte daher H. im Monat Juli d. J., wie wir bereits berichteten, wegen Nichteinreichung des Verzeichnisses des Vorstandes zu 3 M. Geldstrafe oder einen Tag Haft. Die gegen dieses Urteil eingelegte Verufung beschäftigte am 14. d. M. das Landgericht in Schneidemühl. Der Angeklagte wie dessen Verteidiger versuchten dem Gericht klar zu machen, daß nach dem Reichsvereinsgesetz hier keine strafbare Handlung vorliegt. Zur Feststellung der Tendenz des Zentralverbandes der Glasarbeiter usw., worauf das Gericht besonderen Wert legte, brachte es das Statut des Verbandes zur Verlesung. Was das Gericht nun aus dem Statut herausgelesen hat, kommt in der Begründung des Urteils zum Ausdruck, diese lautet etwa folgendermaßen:

„Bei der Beurteilung der Sachlage kommt § 8 des Reichsvereinsgesetzes in Anwendung. Dieser verpflichtet politische Vereine zur Einreichung der Statuten und des Verzeichnisses der Mitglieder des Vorstandes eines Vereins. Bei der Prüfung, ob der Verein als politischer angesehen sei, kam für das Gericht in Betracht, daß der Verein, wie das Statut besagt, außer den Bestrebungen, den Mitgliedern geistige und materielle Vorteile zu verschaffen, auch die Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit, die Sonntagsruhe erstrebt, und zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sich des Mittels der Arbeitseinstellung bedient. Diese Einrichtungen können aber nur auf gesetzlichem Wege durch die politischen Parteien, und insbesondere durch das Vertreiben der sozialdemokratischen Partei, die sich diese Forderungen zu eigen macht, erreicht werden. Mitin ist der Verein als ein politischer zu betrachten und daher die Verufung zu verwerfen.“

Gegen das Urteil ist bereits Revision angemeldet.

Ein Zhdowsches Steuerprojekt.

Der „Verl. D.-G.“ versichert, genauere Mitteilungen über den Inhalt der neuen Gas- und Elektrizitätssteuer erhalten zu haben. Wie er behauptet, wird diese Steuer die Konsumenten und Produktionsbetriebe weit härter treffen, als man nach den bisherigen Angaben annehmen konnte. Die neue Steuer wird nicht nur eine Lichtsteuer sein, sondern die gesamte elektrische Energie und der gesamte Gasverbrauch wird in die Besteuerung einbezogen. Der Ertrag der Steuer wird auf die enorme Summe von 60 Mil.

tionen Mar? bekräftigt, was nur dadurch erreicht werden könnte, daß der Steuerfuß in Höhe von fünf Prozent vorgezogen sei. Daraus ergäbe sich, daß die Fabrikation wie der Betrieb der Elektrizitätsgesellschaften unter der Steuer in hohem Grade leiden werden, da auch die Fabrikate, wie Glühlampen, Nagenlichtkloben und Quecksilberlampen, d. h. also die wirklichen Lichtquellen, verteuert werden.

Die Verantwortung für diese Mittelungen müssen wir dem genannten Vorkenblatt überlassen. Seine Angaben erscheinen geradezu angeheuerlich; aber was ist unter der neuen Modikata unmöglich?

Bischöfliche Fachvereine.

Der Kampf zwischen den von den Bischöfen begünstigten katholischen Fachvereinen Berliner bezw. Trierscher Richtung und den „christlichen“, richtiger katholischen Gewerkschaften treibt immer eigentümlicher. Jetzt ist bereits die Erbitterung der christlichen Gewerkschaftsführer gegen die Intrigen und die hinterlistigen Verleumdungen der um die Bischöfe schartwängelnden Fachvereinsleute so weit gediehen, daß sie letztere der „Spionierarbeit“ und des Mißbrauchs ihrer Amtsgewalt, der unberechtigten Auflösungsüberweigerung zeihen. So sagte z. B. der Reichstagsabgeordnete Wiesber in einer vorgestern in Hagen abgehaltenen Arbeiterversammlung, man besitze in den fahrenden Kreisen der christlichen Gewerkschaften die sichersten Beweise, daß von seiten der Fachvereine in der rücksichtslosesten Weise gegen die christlichen Gewerkschaften gearbeitet würde. Man suche sich an die Bischöfe zu wenden, um diese gegen die christlichen Gewerkschaften scharf zu machen, man suche geistliche Personen, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung sympathisch gegenüberstünden, bei der geistlichen Behörde zu verdächtigen, ja man gehe sogar so weit, ihre Freigebigkeit zu kontrollieren, und zwar genössen die Fachabteilungssekretäre den traurigen Mut, diese Spionierarbeit zu verrichten. Im Saarrevier sei es sogar vorgekommen, daß man einem Arbeiter die Absolution verweigert habe, weil er ein Freund der christlichen Gewerkschaften gewesen sei.

Freisinnige Facheleien.

Aus dem Wahlkreis Memel-Heidekrug berichtet die freisinnige Presse, in Schmelz bei Memel sei es in einer liberalen Wählerversammlung infolge des Verhaltens der Sozialdemokraten zu stürmischen Ausbrüchen gekommen, obwohl der Vorsitzende Redefreiheit zugesichert habe. Die Polizei hätte mit blanker Waffe eingreifen müssen und der Fasel, offenbar schon vor Beginn der Versammlung den in Aussicht genommenen Opfern gespendet, hätte seine Wirkung nicht verfehlt. Der Parteibeamte Mertins wäre verschwunden, als die Polizei mit den unschuldigen Arbeitern ins Handgemenge gekommen sei.

Es sind das ganz niedrige Verleumdungen, die von dem Blatt des Herrn Schwabach, dem „Memeler Dampfboot“, verbreitet werden. Tatsache ist folgendes:

Die ungemein ordinäre Kampfweise des „Memeler Dampfboot“ und die unsagbar niedrige Agitationsweise des Herrn Schwabach, der sich seiner Begier dadurch erwehren will, daß er zum Dreinhauen auffordert, hatten es bewirkt, daß die Arbeiter den Entschluß faßten, mit Schwabach einmal abzurechnen. Sie gingen deshalb in die liberale Versammlung in Schmelz, erzielten aber nicht das Wort zur Diskussion. Dafür wurde von den Liberalen die Polizei geholt, die den Saal räumen sollte. Mit blanker Klinge ging man auch tatsächlich gegen die Versammlungsbesucher vor und entfernte sie mit Gewalt aus dem Saale. Zu größeren Störungen kam es nicht, dank der Rührtheit der Genossen und dank den Bemühungen des Genossen Mertins, der durchs aus nicht ausgetrickt war, sondern alles aufbot, um einen Erfolg zu verhindern.

Das ist die Wahrheit über die Vorgänge in Schmelz. Der Stern des Herrn Schwabach ist übrigens im Schmellen Sinken begriffen. Während es ihm im vorigen Jahre mit Geld, Schnaps und Bier gelang, zahlreiche Wählermassen auf seine Seite zu bringen, pfeift man ihn jetzt aus, wo er sich hüten läßt. — Nach der Schmelzer Versammlung versuchte er in Vommelswitte sein Glück. Hier fand die Versammlung Sonnabend mittag statt, um die Sozialdemokraten fernzuhalten. Doch man hatte sich verrechnet. Als wieder keine Redefreiheit gewährt wurde, bemächtigte sich auch hier der Versammlung eine solche Unruhe, daß Schwabach sein Referat nicht halten konnte, sondern verduften mußte.

Selbst die agrarische „Ostpreussische Zeitung“ erklärt, die Szenen in der Schmelzer Versammlung seien eine Frucht der maßlosen, geradezu unerträglich Vergehungen seitens der Schwabachpartei. —

Das neue Vereinsrecht in der Verwaltungspraxis.

Bekanntlich wurde die erste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau, die unter dem neuen Vereinsgesetz stattfand, polizeilich überwacht und polizeilich aufgelöst, als der Vorsitzende, Parteisekretär Reulrich, die Beamten zum Verlassen des Lokals aufforderte. Auf die erhobene Beschwerde hin wurde die Auflösung nicht nur vom Polizeipräsidenten gebilligt, sondern Genosse Reulrich erhielt auch noch einen Strafbescheid über 60 M. Eine Uebertretung des Vereinsgesetzes sollte insofern vorliegen, als es sich um eine öffentliche Versammlung gehandelt haben sollte. In der Hauptsache begründete die Polizei diese Annahme damit, daß etwa 100 Frauen an der Versammlung teilgenommen hatten. Auf den gegen den Strafbescheid erhobenen Einspruch wurde Reulrich freigesprochen, da jene Frauen bereits Mitglieder des Vereins waren, doch ist mittlerweile von der Anklagebehörde gegen das von ihr selbst beantragte Urteil Berufung eingelegt worden. Die Entscheidung steht noch aus.

Aus Anlaß der Versammlungsausschließung hat Genosse Reulrich seinerseits ein Verwaltungsstreitverfahren gegen den Polizeipräsidenten eingeleitet und stand dieser Tage Termin vor dem Breslauer Bezirksauschuss an. Hier ist dem Kläger zwar geglaubt worden, daß die Frauen dem Sozialdemokratischen Verein bereits als Mitglieder beigetreten waren, trotzdem aber wurde auf Abweisung der Klage erkannt. Der Bezirksauschuss stellte sich nämlich auf den Standpunkt, die Bestimmungen des alten Statuts über die Aufnahme von Mitgliedern könnten sich naturgemäß nur auf Männer bezogen haben. Es hätte also erst eine Veränderung der Statuten vorgenommen werden müssen, bevor Frauen als Mitglieder aufgenommen werden konnten. Eine solche Veränderung aber hätte nur von einer Generalversammlung vorgenommen werden können; eine gewöhnliche Mitgliederversammlung hätte nicht das Recht gehabt, die Aufnahme der Frauen zu beschließen. Es sei nicht ohne weiteres anzunehmen, daß nach dem neuen Vereinsgesetz auch Frauen jederzeit das Recht hätten, dem Verein beizutreten, denn es gebe viele Vereine, die nur Männer aufnehmen, wie es ja auch Vereine gebe, in denen nur Frauen Mitglieder werden könnten. Jedenfalls sei eine vorherige Statutenänderung erforderlich gewesen, mindestens hätte man dem Polizeipräsidenten von der Aufnahme von Frauen Mitteilung machen müssen. Da diesem nicht bekannt gewesen sei, daß die Frauen Mitglieder seien, habe es annehmen müssen, daß es sich um Gäste handle. Da-

durch rechtfertige sich die Auflösung. Der Bezirksauschuss sei der Ansicht, daß die Frauen zur Zeit der Versammlung die Mitgliedschaft rechtmäßig noch nicht erworben hätten, und daß demnach die Versammlung einen öffentlichen Charakter gehabt habe.

Jetzt wird sich noch das Oberverwaltungsgericht mit der Sache zu beschäftigen haben. —

Auf der Anklagebank.

Morgen Donnerstag ergeht der Prozeß gegen den bekannten Amandus Schubert und gegen Rabe, die beide wegen Erpressung angeklagt sind. Die Verhandlung, für die drei Tage angesetzt sind, wird vor dem Chemnitzer Schwurgericht geführt. Amandus Schubert ist ein ehemaliger Angestellter der Chemnitzer Ortskrankenkasse und in Deutschland allgemein dadurch bekannt geworden, daß er eine Sadelbrochüre wegen angeblicher Mißstände in dieser Ortskrankenkasse veröffentlicht hatte. Bekanntlich ist diese Brochüre in ganz Deutschland vom Reichsverbande verbreitet worden, um sie gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen zu benutzen. Auf Grund der Brochüre ist seinerzeit eine Untersuchung gegen den Vorstand der Chemnitzer Ortskrankenkasse eingeleitet worden, das Verfahren gegen die Vorstandsmitglieder mußte aber eingestellt werden. —

Deutsche Kolonialtruppen.

Zu dem gestern von uns gemeldeten Betragen deutscher Kolonialtruppen in Antwerpen erklärt das offizielle Wolffsche Telegraphenbureau:

Berlin, 18. September. Wegen der in Antwerpen angeblich vorgekommenen Ausschreitungen der mit dem Dampfer „Bürgermeister“ zurückgeführten Angehörigen der Schutztruppe für Südwestafrika ist sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet worden. —

England.

Ein Streit-Schiedsgericht.

London, 15. September. Das Lokalverwaltungsamt kündigt die bevorstehende Errichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofes zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten an. Die Zusammenfassung des Streitstoffes wird bei jedem Streitfall eine andere sein. Die Vorsitzenden sollen einer besonderen Liste angelegener unparteiischer Persönlichkeiten, die sich diesem Dienst unterziehen wollen, entnommen werden. Ein oder zwei Schiedsrichter sollen aus zwei Listen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im gleichen Verhältnisse ernannt werden. Erforderlichenfalls wird das Handelsamt technische Beisitzer ernennen, denen aber kein Stimmrecht zusteht. —

Dänemark.

Der Alberti-Standal.

Die Verbrechen Albertis und ihre Folgen werden selbstverständlich noch lange im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Das ist um so mehr begreiflich, als Tausende von Menschen durch die Schwindelacten geschädigt sind und selbst noch nicht recht wissen, wie hoch ihre Verluste sein werden. „Daily Mail“ berichtet, daß Alberti in der Woche vor seiner Verhaftung in London war, um neue Darlehne für die Butterexportvereine aufzunehmen. Auf Grund dieser Notiz hat der Vereinsvorstand sofort um Aufklärung nach England telegraphiert; die Antwort, die man erhielt, soll sehr unklar sein. Es ist möglich, daß die Betrügereien, die Alberti gegen den Exportverein verübt hat, sich auf weit mehr als die erst angenommene Summe von 4 bis 5 Millionen Kronen belaufen. Uebrigens soll der dänische Kronprinz dieser Tage davon gesprochen haben, daß die Gesamtsumme der Veruntreuungen rund 27 Millionen betragen werde. Man ist in dieser Hinsicht noch immer auf Vermutungen angewiesen. Denn von dem Ergebnis der Untersuchung gegen Alberti erzählt man fast gar nichts, da sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet.

Den Butterexportverein hat Alberti im Jahre 1888 gegründet. Er sollte dazu dienen, den Verdienst, den die privaten Exporteure erzielten, den Bauern, den Anteilhabern der Genossenschaftsmeiereien, selbst zukommen zu lassen. Die Methode, wie Alberti das Geschäft in Gang zu bringen suchte, war die, daß er die Butter auf dem englischen Markt zu Preisen anbot, die oft niedriger waren, als die, welche die Exporteure den Meiereien in Dänemark selbst zahlten. Er soll dafür die Abnehmer mit dem Gewicht der Ware betrogen haben.

Die Vertreter der leitenden Banken in Kopenhagen haben gestern gemeinsam mit dem bei der Bankreise im Frühjahr eingeleiteten Komitee darüber beraten, ob die Hauptbanken als Garantie für die Bauernsparcasse eintreten, und den Sparern ihre eingezahlten Gelder sichern sollten. Das Ergebnis war jedoch, daß man eine derartige Verpflichtung nicht übernehmen wollte. Man meinte, daß man mit einem Risiko von nicht weniger als 15 Millionen Kronen rechnen müsse.

Von den durch Albertis Schwindelacten kompromittierten Ministern hat sich nun auch Sigurd Berg zu rechtfertigen gesucht, und zwar in einer Rede zu Kolding. Im Gegensatz zu den Kleinlauten, fast bittenden Ton in Christensens Manifest trat der Minister des Innern recht großmütig auf und sprach wegwerfend von den Angriffen Vorjohrgs „auf gewisse administrative Handlungen“ Albertis, denen die Regierung ebensowenig Wert hätte beimessen können, wie dem vielen anderen „Geschwätz“, das jahrelang über Alberti im Umlauf gewesen sei.

Der Reichstag, der ja nun schon am 28. September, acht Tage früher als sonst, zusammentritt, wird wohl auch dieser gefallenen Größe der Reformpartei Klar machen, daß, wenn jahrelang die schwersten Beschuldigungen gegen einen Justizminister erhoben werden, noch dazu mit Beweisen belegt, wagn nicht so leicht darüber hinwegzugehen darf.

Holland.

Kein allgemeines Wahlrecht.

Amsterdam, 15. September.

Bei der Eröffnung der Generalstaaten verlas der Vorsitzende des Ministerrats Henniswert die Thronrede. Ihr Inhalt beansprucht kein Interesse. Aber — sie schweigt sich gänzlich aus über die Wahlrechtsfrage; sie erwähnt sie mit keinem einzigen Worte und stempelt so die Regierungserklärung zur Kriegserklärung an die Arbeiterklasse Hollands! Diese wird durch die brutale Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts, um das sie schon jahrelang geduldig und zäh kämpft, gezwungen, zu verschärften Mitteln zu greifen. Rücksichtslos wird sie schon bei der im Juni 1909 stattfindenden Kammerwahl die herrschenden Parteien bekämpfen müssen und sich vorbereiten, ihre ganze Macht in die Waagschale zu werfen, um sich das allgemeine Wahlrecht zu erzwingen. Unsere Redner auf der Wahlrechtsdemonstration vom letzten Sonntag, worunter sowohl Mitglieder des Parteivorstandes und der Kammerfraktion als auch die Führer der Gewerkschaftszentralen, wiesen beinahe ausnahmslos darauf hin, daß die Verbitterung über den Ausschluß von über einer halben Million Arbeitern von der Wahlurne immer weitere Kreise erfährt, und daß die Leiter der Arbeiterbewegung, dem aus dem organisierten Proletariate selbst aufkommenden

Drange folgend, schärfere, selbst bis zum Massenstreik sich steigende Kampfmittel in Erwägung ziehen müsse. Weibchen die herrschenden Klassen dabei, sich zu weigern, das allgemeine Wahlrecht herauszugeben, dann kommen die Folgen ihrer Weigerung auf ihre Säupter. —

Rußland.

Hundert Verhaftungen.

Petersburg, 16. September. Die Geheimpolizei nahm gestern umfangreiche Hausdurchsuchungen in allen Stadtteilen vor und fand drei Bomben und große Mengen Dynamits. Etwa 100 Personen, vorwiegend besserer Stände, unter ihnen ein Polizeibeamter, wurden verhaftet. Acht Bezirkskomitees der sozialrevolutionären Partei und das Zentralbureau des russischen Eisenbahnarbeiter-Verbandes wurden aufgehoben.

Türkei.

Deutschland als Scharfmacher.

Eine geradezu ungeheuerliche Meldung bringt die „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel. Die Angestellten der anatolischen Eisenbahnen, die geradezu hundemäßig elend bezahlt wurden, waren in den Generalstreik getreten, wodurch fast der gesamte Bahnverkehr stillgelegt wurde. Die Ausständigen haben offenbar eingesehen, daß dies eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens mit sich bringen muß, weshalb sie kurzerhand die Direktion absetzten und den Betrieb in eigener Regie weiterführten. Es ist meist deutsches Kapital, das in diesen Bahnen angelegt ist. Die wegen ihrer halsstarrigen Haltung abgesetzte Direktion wandte sich mit der Bitte um Beistand an die deutsche Botschaft in Konstantinopel und der Botschafter Freiherr Marschall v. Bieberstein hat die Botschaft sofort ganz energisch aufgefordert, dieser „Rebellion“ mit allen Mitteln entgegenzutreten. Unter den Angestellten der anatolischen Eisenbahnen sind auch deutsche Staatsangehörige, die natürlich mit in den Streik eingetreten sind, und es wäre nun der Schande Gipfelpunkt, wenn die türkische Regierung gegen diese Arbeiter und Angestellten etwa Gewalt anwenden müßte, weil der deutsche Botschafter es als seine vornehmste Pflicht ansieht, das deutsche Kapital in Schutz zu nehmen. Wenn die Deutschen im Orient, der vermutlich rasch wirtschaftlich aufblühen wird, immer verhaßter werden, dann dankt man das der mehr als sonderbaren Haltung der diplomatischen Vertretung Deutschlands am Goldenen Horn. —

Jordaner des Streiks.

Konstantinopel, 16. September. Die Angestellten der Anatolischen Eisenbahn desabouierten die gestern abend abgegebene Erklärung ihres Präsidenten und setzten den Streik fort. Sie erklärten, nur mit der Generaldirektion verhandeln zu wollen. Auch bei der Orientbahn muß mit dem Generalstreik gerechnet werden. —

Marokko.

Die Haltung der Mächte.

San Sebastian, 15. September. (Meldung der Agence Havas.) Der Minister des Aeußern hat bereits mehrere Antworten auf die französisch-spanische Marokko-Note erhalten. Mehrere Regierungen gaben ihre Zustimmung zu erkennen. Andere, insbesondere die deutsche Regierung, teilten mit, sie würden die Note prüfen.

Aus der Partei.

Berichtigung.

In dem Parteitagbericht über die Verhandlungen vom Montag, den 14. September, ist ein Irrtum der Berichterstattung zu berichtigen: In der Begrüßungsrede des englischen Genossen Quetch muß statt:

Wir haben protestiert gegen die Entsendung der englischen Flotte in die deutschen Gewässer...

Wir haben protestiert gegen die Entsendung der englischen Flotte nach Kronstadt...

Ein Wahlkompromiß zwischen Sozialdemokraten, Liberalen und Agrariern. Aus Delmenhorst wird der „Bremer Bürgerzeitung“ zu den oldenburgischen Landtagswahlen geschrieben: Um die sechs Delmenhorster Mandate bewerben sich die Agrarier; sodann eine Gruppe der Liberalen, unter der Führung des Bauunternehmers Zwisterling, Direktor Göricke und Genossen, die mit den Agrariern koalieren wollen. Eine zweite Gruppe der Liberalen, unter der Führung des Betriebsbeamten Eisenkoll, Redakteur Helmers usw., versucht den Anschluß nach links und will mit unserer Partei ein Bündnis schließen. Dieses Bündnis ist denn auch abgeschlossen worden. Unsere Partei hat es indes nicht nötig, mit irgend einer Partei zu koalieren, zumal die katholischen Arbeiter sich diesmal nicht ins Schlepptau des Bürgervereins nehmen lassen und Stimmhaltung proklamiert haben. Mit einer einzigen Ausnahme, vor circa acht Jahren, ist die Partei stets selbständig in den Wahlkampf eingetreten; bei der einzigen Ausnahme wurde das Bündnis erst nach Abschluß der Wahlmännerwahlen geschlossen. Jetzt jedoch bindet man sich bereits vor den Vorwahlen die Hände. Und mit welchem Gegner verbündet man sich! Als seine Auserwählten werden genannt: Bürgermeister Koch und Lehrer Graps. Nach dem dritten Kandidaten ist man noch auf der Suche. Nach allen Anzeichen zu rechnen, will man noch einen Agrarier mitnehmen. Wahlich, ein herrliches Trio: Sozialdemokraten, Liberale und Agrarier Arm in Arm zur Oldenburger Landtagswahl. An der Spitze Bürgermeister Koch, der bei Gelegenheit des vorjährigen Bauarbeiterstreiks in Delmenhorst 60 Gendarmen nach Delmenhorst zog, die die Arbeiter mit Säbelschienen traktierten, und schließlich den kleinen Belagerungszustand über diese Stadt verhängte. Wer waren nun die Anreger zu diesem tolen Bündnis? Unter anderen befand sich auch der Redakteur der „Delmenhorster Nachrichten“, Helmers, darunter. Lange vor und während der letzten Reichstagswahl waren es die hiesigen „Nachrichten“, die, aus der Quelle des Reichslügenverbandes, unsere Partei begeisterten und besudelten. Aus dem Grunde wurde auch dieser Ableger des Reichslügenverbandes von der Partei und den Gewerkschaften bekämpft und boykottiert. Und heute, anläßlich der Landtagswahl? Alles ist vergessen! Es lebe der Kompromiß! Selbst wenn man sich dabei kompromittiert. Bemert sei, daß der Parteisekretär Schulz aus Bant sich warm fürs Kompromiß ausspricht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Feierabend“-Prozeß. Herr Meyer von dem bekannten Versicherungsbüro „Nach Feierabend“ in Leipzig hatte gegen drei unserer Parteiblätter Klage erhoben, die am Sonnabend vor dem Schöffengericht in Leipzig zur Verhandlung stand. Die Klage gegen den Genossen Vetter von der „Breslauer Volkswacht“ fiel aus, da der Vertreter nicht rechtzeitig erschienen war. Der Genosse Mehlisch vom „Steiniger Volksboten“ und der Genosse Mollenbaur von der „Eiberfelder „Freien Presse“, die beide das bekannte „Wohltätigkeitsunternehmen“ des Herrn Meyer gebührend gekennzeichnet hatten, wurden wegen formaler Verletzung zu Geldstrafe und zwar Mehlisch zu 60 M. und Mollenbaur zu 30 M. verurteilt. Auf der Anklagebank saßen in diesem Prozeß indes der „Feierabend“ und der Herr Meyer.

Soziales.

Die Schulen im Lande der Junker!

Der „Ostf.-Ztg.“ schreibt man: Im Dorfe Degow (Kreis Kolberg-Neck) werden schon lange 220-240 Kinder in 4 Klassen von 2 Lehrern unterrichtet! Bereits seit fünf Jahren schweben Verhandlungen über die Anstellung eines dritten Lehrers. Bis heute ist es allerdings bei Erhebungen und Verhandlungen geblieben. Der erste Lehrer wurde nun zu einer sechswohigen militärischen Übung eingezogen und dieserhalb schon beizuteilen bei der Schulleitung die Entsendung eines Vertreters beantragt. Ein Schulamtskandidat konnte nicht überwiesen werden, dagegen wurde am Tage vor Beginn des Unterrichts der 2. Lehrer aus Drosedow für die Vertretung in Degow designiert. Dieser konnte der Anordnung jedoch nicht Folge leisten, da er gleichfalls zu einer vierwöchigen militärischen Übung eingezogen wurde. Die Vertretung wurde nunmehr dem zweiten Lehrer in Jernin aufgegeben, und hier hat nunmehr der alte erste Lehrer, der im vergangenen Winter eine schwere Krankheit überstanden hat, allein 136 Kinder zu unterrichten! Daß bei einem solchen Schulbetriebe der Erfolg der Arbeit gänzlich in Frage gestellt wird, liegt wohl klar auf der Hand. — Die Wertung des Lehrers durch die bildungsfeindliche Junkerfraktion ist natürlich nicht zur Erreichung des Lehrerberufs. Im März d. J. hatten sich zur Aufnahmeprüfung in die Präparandenanstalt in Anklam nur 17 Schüler gemeldet. In Rummelsburg wurden im August d. J. von 23 Schülern 21 aufgenommen. Um dieselbe Zeit waren in Weigard auch nur 17 Knaben erschienen, von denen nur 12 fest aufgenommen werden konnten. Es war also unmöglich, die für einen Kursus bestimmte Norm von 30 Jünglingen zu erreichen. Daß infolgedessen nicht bloß die Quantität, sondern auch die Qualität des Lehrstandes zurückgehen muß, liegt auf der Hand. Früher meldeten sich an obigen Anstalten 50-70 Schüler zur Aufnahme, aus denen die 30 Befähigten herausgesucht werden konnten. Heute muß man nehmen, was man kriegt — ganz gewiß nicht zum Vorteil unserer Volksschule und ihrer Jünglinge. Danach fragen aber die Junker wenig; diese Gesellschaft braucht ja die Volksschulen nicht zu besuchen. Deshalb müssen die Arbeiter danach trachten, ihren politischen Einfluß zu vergrößern, um die Volksschule aus einem Instrument des Klassenstaates zu einem mächtigen Hebel des Fortschritts und der Freiheit umzuwandeln.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Kofelger und Helfer aufgehoben.

In der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Streikenden führte Handke aus: Nach den in der vorigen Woche mit dem Vertreter der Unternehmer gepflogenen Besprechungen sollten am Dienstag Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Vertretern stattfinden. Es ist aber nicht dazu gekommen. Der Vertreter der Unternehmer sagte die Verhandlungen ab mit der Begründung, die Unternehmer seien verhindert; die Verhandlungen sollten bis Freitag verschoben werden. Aus diesem Verhalten der Unternehmer schließt die Streikleitung, daß dieselben die Angelegenheit verschleppen wollen. Es sei den Unternehmern nicht darum zu tun, durch Verhandlungen eine Vereinbarung mit dem Metallarbeiterverband auf der Grundlage seines Tarifs herbeizuführen, sondern es komme den Unternehmern nur darauf an, sich vor einer tariflosen Zeit zu schützen. Unter Berücksichtigung dieser Sachlage ist die Konferenz der Vertrauensmänner der Streikenden nach eingehender Beratung dazu gekommen, den Streikenden zu empfehlen, den Streik jetzt, auf der Höhe des Kampfes, abzubrechen und in eine tariflose Zeit einzutreten. — Wenn die Versammlung diesem Vorschlag der Vertrauensmänner zustimmt, dann handle sie in richtiger Konsequenz des Beschlusses vom 30. August, welcher besagt: Ehe wir den Tarif der Unternehmer annehmen, arbeiten wir lieber ohne Tarif. — Weiter führte der Redner aus, man könne natürlich nicht sagen, daß dieser Ausgang des Kampfes ein befriedigender sei. Als der Streik für die aufgestellten Forderungen beschlossen wurde, konnte man annehmen, daß die Mehrheit der Kollegen sich auf die Seite der Streikenden stellen würde. Das sei nun nicht eingetreten. Im Gegenteil habe es der Wissenschaftliche Verband vermocht, seine Mitglieder zum schändlichsten Verrat der Arbeiterinteressen zu bewegen, indem er die Stellen besetzte, welche durch die Arbeitsniederlegung frei geworden waren. — Man könne aber auch nicht sagen, daß die Streikenden eine Niederlage erlitten haben, denn der Abbruch des Kampfes sei nicht gleichbedeutend mit der Annahme des Tarifs der Unternehmer. Für den Metallarbeiterverband besteht kein Tarif mit den Unternehmern. Zwischen den beiderseitigen Organisationen gibt es jetzt keine Vereinbarungen, es sei denn, daß sich die Unternehmer früher oder später bereit finden, mit dem Metallarbeiterverband einen seinem Standpunkt entsprechenden Tarif abzuschließen.

Nach kurzer Diskussion stimmte die Versammlung mit großer Mehrheit der Beendigung des Streiks zu.

Ueber die Tarifverhandlungen für das Glasergewerbe wurde am Dienstag in einer Mitgliederversammlung der Berliner Zählstelle des Glaserverbandes berichtet. Man nahm Kenntnis vom Stand der Dinge, ohne bestimmte Beschlüsse zu fassen. Die nächste Mitgliederversammlung, wo über den weiteren Verlauf der Tarifverhandlungen berichtet wird, findet nicht am Montag, sondern Mittwoch statt.

Die Bierfahrer in den Berliner Jung- und Weißbierbrauereien haben in der letzten Zeit einige Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Der Deutsche Transportarbeiterverband hat für die bei ihm organisierten Bierfahrer mit mehreren Brauereien günstige Tarifverträge abgeschlossen. Zuerst stellten die Fahrer in der Brauerei von Schulz Forderungen auf, die auch bewilligt wurden. Die Jungbierfahrer erhalten eine Extrabergütung von 20 Pf. für die halbe Tonne. Drei Fahrer werden der Lohn von 18 auf 24 M. pro Woche erhöht, dem Stallmann von 24 M. auf 30 M., die Bezahlung der Rittfahrer ist um 1 M. erhöht worden. In der Brauerei von Wilkens gelang es dem Verband, nach mehrmaligen Verhandlungen Verbesserungen für die Bierfahrer zu erzielen. Die Jungbierfahrer erhalten dort einen Wochenlohn von 24 M. bei einem Umsatz bis zu 200 M. und für jede 50 M. mehr an Umsatz einen Lohnzuschlag von 2 M. Die Rittfahrer erhalten 25 M. Lohn pro Woche und für jede halbe Tonne verlaufenes Bieres 50 Pf. „Spundgeld“. Die Rittfahrer erhalten 33 M. pro Woche und zwar 18 M. von der Brauerei und 15 M. von dem Fahrer. Die im inneren Betriebe beschäftigten Arbeiter erhalten 28 M. Wochenlohn. Diese Löhne sind um etwa 3 M. höher als vorher und für die letztgenannten Arbeiter um 4 M. höher. Für den Rittfahrer, der die Fässer zu belegen hat, bezahlt die Brauerei den Rittfahrer, früher hatte der Fahrer die Hälfte des Lohnes für den Rittfahrer zu bezahlen. Die Arbeitszeit, die früher eine unbegrenzte war, ist auf 9 1/2 Stunden festgesetzt worden. Ebenso ist die Arbeitszeit für Stallleute und Reservefahrer geregelt und beträgt von jetzt ab 10 Stunden pro Tag. Die Bezahlung der Ueberstunden für diese drei Kategorien ist ebenfalls neu eingeführt. — Für die in der Genossenschaftsbrauerei Südost beschäftigten Fahrer und Rittfahrer sind ebenfalls bessere Bedingungen erreicht worden. Die Rittfahrer haben 1 M. mehr an Lohn pro Woche und 20 Pf. mehr an Provision für die halbe Tonne Weißbier (nämlich eine Erhöhung von 80 auf 90 Pf.) erhalten. Die Rittfahrer erzielen eine Erhöhung der Provision von 5 auf 10 Pf. pro Kasten. Diejenigen Fahrer, welche das Bier nach den Filialen zu schaffen haben, er-

halten für jedes zurückgebrachte halbe Tonnengefäß 10 Pf., vorher erhielten sie dafür keine Entschädigung. Den Rittfahrern ist der Lohn von 28 auf 33 M. erhöht worden, den Reservefahrern von 25 auf 28 M. pro Woche, und die bisher unbegrenzte Arbeitszeit ist auf 10 Stunden pro Tag festgesetzt worden. — Die Fahrer der Brauerei Urbach haben ebenfalls Zugeständnisse errungen, die vom 1. Oktober ab in Kraft treten sollen. Die Rittfahrer werden 3 M., die Reservefahrer und Stallleute 1 M. Zulage pro Woche erhalten und haben außerdem jeden zweiten Sonntag ganz frei. Den Jungbierfahrern ist auf jede Tonne zwei Liter „Bergbier“ und eine Vergütung von 20 Pf. pro halbe Tonne zugewilligt worden. Das sind Erfolge, die in der jetzigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges um so höher anzuschlagen sind, da sie ohne offenen Kampf durch das geschlossene Vorgehen der Arbeiter allein und ihrer Organisation, den Deutschen Transportarbeiterverband, errungen worden sind.

Achtung! Täscher! Portefeuille! In der Taschensfabrik von David Scherer, Ritterstr. 32, haben sämtliche Arbeiter wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages die Arbeit eingestellt. Jeglicher Zugang ist streng fernzubehalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler.

Achtung! Freiseurgehilfen! Differenzen sind beigelegt, Sperre somit aufgehoben bei Mühler, Danziger Straße 87; Dirschewski, Lichtenberg, Gürtelstraße 9.

Verband der Freiseurgehilfen.

Von der Brauerei Oswald Berliner erhalten wir folgende Zuschrift:

In Ihrer Nummer 215 vom Sonntag, den 13. er. befindet sich unter der Rubrik „Brauereiarbeiter“ eine unsere Firma betreffende Bekanntmachung, die den Tatsachen nicht entspricht, und ersuchen wir Sie hierdurch, auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 folgende Berichtigung an derselben Stelle, an der die in Rede stehende Notiz gestanden hat, zum Ausdruck zu bringen:

Es ist nicht wahr, daß die Brauerei Oswald Berliner einen in fester Arbeit stehenden Brauer aus der Brauerei Senft in Potsdam geholt hat. Der betreffende Brauer hat vor längerer Zeit vorübergehend bei der Brauerei Senft gearbeitet und hat sich als arbeitslos bei uns gemeldet. Da wir berodigt sind, auf Grund der Tarifverträge auf Prozentlohn 12 Arbeitnehmer einzustellen, im Interesse der Arbeitnehmer aber von diesem Recht bisher fast noch gar keinen Gebrauch gemacht haben, was daraus hervorgeht, daß der hier erwähnte Brauer der zweite ist, den wir in diesem Jahre auf Prozentlohn eingestellt haben, so kann von einem arbeiterfeindlichen Vorgehen der Brauerei Oswald Berliner absolut keine Rede sein.

Im übrigen möchten wir nicht unerwähnt lassen, daß wir aus freien Stücken, ohne dazu verpflichtet zu sein, bereits 6 Arbeiter mit einer Jahresrente von je 600 M. pensioniert haben, was man uns gewiß nicht als arbeiterfeindlich auslegen kann.

Hochachtungsvoll

Brauerei Oswald Berliner,
Rag Ephraimsohn.

Deutsches Reich.

Ein Verein gelber Beamter.

Montag abend hielten die in der Maschinenfabrik Augsburg beschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten, soweit sie aus ihren Organisationen ausgetreten sind, eine Versammlung ab, in welcher eine Resolution angenommen wurde, in der der Fabrikdirektion volles Vertrauen ausgesprochen wurde. Zugleich wurde das Vorgehen des Bundes technischer und industrieller Beamten scharf verurteilt und der Vorschlag gemacht, einen eigenen Verein zu gründen, der die guten Beziehungen zwischen Angestellten und Betriebsleitung zu wahren gesonnen ist.

Damit hätten die Scharfmacher der Maschinenfabrik Augsburg, die zugleich die geistigen Leiter des Verbandes Bayerischer Metallindustriellen sind, ihren Zweck erreicht. Sie können nun ihre Beamten gegen einander auspielen und der Kampf gegen die Mitglieder des Bundes technisch-industrieller Beamten kann aufs neue beginnen. Letztere sind sämtlich gegenüber den Lodungen und Drohungen der Direktion standhaft geblieben, während die anderen Vereinen angehörigen Angestellten aus diesen ansiraten und sich die bereits gezahlten Beiträge von der Direktion ersetzen ließen. Die Versammlung war seitens der Direktion „angeregt“ worden.

Zum Streik in der Steingutfabrik in Neuförnewitz.

Nunmehr sind auch die Porzellanmaler und zum Teil auch die Porzellanmalerinnen in den Streik eingetreten und dadurch verschlechterte sich die Situation für die Firma ganz erheblich; denn die Ware kann nicht vollständig fertig gemacht werden. Vor kurzem richtete die Firma das folgende interessante Schreiben an einen Arbeiter:

„Vom Wahnhohe bis zu unserer Fabrik stehen immer noch einige Streikposten. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß Sie sich von diesen nicht abhalten lassen brauchen, da Sie genügend Schutz bei den hier stationierten Gendarmen finden.“

Wir haben ja kürzlich schon gemeldet, daß die Gendarmen nur zum Schutz der Arbeitswilligen da sind. Bei Uebergriffen der Streikenden gegenüber den Streikposten geben sie den Angestellten den Rat: „Stellen Sie sich nicht hin!“

Es ist bei dem ganzen Kampfe festzuhalten, daß es sich um einen Kampf um das Koalitionsrecht handelt. Die Firma verlangte von den Arbeitern den Austritt aus der Organisation und Beitritt zu den „Gelben“.

Gerichts-Zeitung.

Eine Ehefrau unter Fürsorgezuehung.

Ein seltener Fall des Bezuges gegen das Fürsorgezuehungsgesetz beschäftigte die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt war ein junger Handlungsbesessener L., der beschuldigt wurde, seine — Ehefrau der Fürsorgezuehung entzogen zu haben. Wegen die letztere war, als sie noch unverheiratet war, die Fürsorgezuehung beantragt worden. Gegen diesen Antrag waren mehrere Beschwerden erhoben worden, die den Instanzenzug durchmachten, aber sämtlich als unbegründet zurückgewiesen wurden. Die Fürsorgezuehung wurde endgültig angeordnet. Noch ehe das Streitverfahren zu Ende war, hatte der Angeklagte das Mädchen geheiratet und das junge Ehepaar hatte eine gemeinsame Wohnung bezogen und sich als Eheleute polizeilich angemeldet. Später kam es zu einer örtlichen Trennung zwischen ihnen: der Angeklagte mietete sich ein Zimmer und erhielt dort wiederholt den Besuch seiner Ehefrau und seiner Schwiegermutter, die ihm Essen brachten. Trotzdem soll der Angeklagte der Polizei gegenüber, die auf die Frau sah, behauptet, um neuerdings den Fürsorgezuehungsbefehl auszuführen, gelangt haben, den Aufenthalt seiner Ehefrau zu kennen. Der Angeklagte verwies demgegenüber darauf, daß er seine eheliche Gemeinschaft mit dem Mädchen, das er geheiratet, vorchriftsmäßig angezeigt habe. Die Polizei habe auch den Aufenthalt seiner Frau in der gemeinsamen Wohnung genau gekannt; seine Frau sei sogar eines Tages in der Angelegenheit der Fürsorgezuehung auf das Polizeibureau zitiert, aber wieder nach Hause entlassen worden, nachdem dem Wachtmeister und dem zuständigen Polizeileutnant das Dokument der Beschuldigung vorgelegt worden sei. Nach einjähriger Dauer seiner

Ehe habe er sich von seiner Frau getrennt, lenne ihren Aufenthalt nicht und betreibe seine Eheheubung. — Das Gericht hielt es bei dieser eigenartigen Sachlage für notwendig, zu einem neuen Termin den betreffenden Polizeileutnant und den Wachtmeister als Zeugen vorzuladen.

Ein Opfer der Rennbahn

und seiner sonstigen noblen Passionen ist der Korrespondent Paul Eberling geworden, welcher gestern aus der Untersuchungskammer des ersten Ferienstrafkammer des Landgerichts III vorgeführt wurde, um sich wegen Unterschlagung der Summe von 19 500 M. zu verantworten. — Der Angeklagte war Generalvertreter der Nähmaschinenfabrik von Dutri u. Co. in Schüttigheim i. Elsaß, die in Wilmersdorf in der Passauer Straße ein Zweiggeschäft unterhielt. Als Leiter dieser Filiale war der Angeklagte, der schon früher in der Fabrik selbst beschäftigt gewesen war, eingetret worden. In seiner früheren Tätigkeit in Schüttigheim hatte sich der Angeklagte das volle Vertrauen zu erwerben gewußt, so daß man ihm ohne jede Bedenken in dem hiesigen Zweiggeschäft nach jeder Richtung hin Vollmacht erteilte. Zur Befriedigung seiner noblen Passionen vergriff sich Eberling an den von ihm eingezogenen Geldern und verdeckte die Unterschlagungen durch falsche Buchungen. Eines Tages war er spurlos verschwunden. Eine sofortige Revision der Kasse und der Bücher ergab ein Manko von über 19 500 M. Der Angeklagte hielt sich in verschiedenen Hotels in Berlin auf, wo er bald ermittelt und verhaftet wurde. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und zwei Monaten. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Ein Raubspiel zum Caputher Maurerstreik.

Die Potsdamer Ferienstrafkammer beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Berufung des Maurers Weiß aus Kolonie Friedrichshöhe bei Caputh, der vom Potsdamer Schöffengericht wegen Uebertretung des § 153 der Reichs-Gewerbeordnung zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Im April d. J. streikten die Caputher Maurer und stellten an allen Zufahrtstellen Streikposten auf, um den Zugang arbeitswilliger zu verhindern. Der Leiter der Streikbewegung war der Angeklagte Weiß, der im Streikbureau bei Rietich die An- und Abmeldungen der Arbeiter entgegennahm. Am 9. April d. J. fuhr der Zimmergeselle Stanko per Rad nach Caputh, um beim Zimmermeister Schulz Arbeit zu nehmen. Er wurde von Streikposten angehalten und nach Verabreichung eines Geldbetrages nach Rietich geschickt. Trotzdem kam er mittags wieder zurück und verlangte vom Streikposten die Auslieferung seines Geschirrs, das er ansichtslos erhielt. In Begleitung des Zimmerlehrlings Friß Busch fuhr er nun zu Schulz. Bisher hatte die Anlage nichts auszuweisen. Sie richtete sich aber dagegen, daß ein Mann, der von dem vorausgehenden Busch als Weiß erkannt wurde, dem Stanko nachfuhr und ihm die Worte zurief: „Na, warte, heute abend!“ und dann schleunigst wieder kehrt machte. Darin liegt die Uebertretung und darum die Gefängnisstrafe. Weiß versuchte nun als unbescholtener Mann durch einen von seinem Verteidiger, Justizrat A. Josephsohn, geführten Alibi-beweis darzutun, daß er zur fraglichen Zeit im Streikbureau saß und mit den als Zeugen geladenen Maurern Wege und Kapiz Stat gespielt habe, was auch die Zeugen bestätigten. Es aber nicht auf einige Minuten Weiß das Bureau verlassen habe, konnte von den Zeugen schon mit Rücksicht auf die lange Zeit seit dem Vorgange nicht unter dem Eide beurneit werden. Der einzige Belastungszeuge war der Lehrling Busch, der im Fahren den Weiß bestimmt erkannt haben will. Während der Vernehmung die Freisprechung seines Klienten hinsichtlich des Mangels bestimmter Feststellungen beantragte, verwarf das Gericht die Berufung unter Hinweis auf das uneidliche Zeugnis des 15jährigen Lehrlings. Das Strafmaß schien dem Gericht angemessen. Den Alibi-beweis des Angeklagten hielt es für mißlungen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Würger Cholera.

New York, 16. September. (V. G.) Den letzten Berichten aus Manila zufolge sind während der letzten 48 Stunden 354 Cholerafälle festgestellt worden, in den letzten 20 Stunden waren 210 Todesfälle zu verzeichnen, darunter 14 in der Stadt selbst. Die Gesamtzahl der Cholerafälle für das letzte Jahr beläuft sich auf 16 788 Erkrankungen, von denen 7881 einen tödlichen Ausgang hatten.

Antwerpen, 16. September. (V. G.) Die Hafenbehörden haben umfassende Maßregeln getroffen gegen die Einschleppung der Cholera durch russische Schiffe. Sämtliche aus Rußland kommende Schiffe und Matrosen müssen desinfiziert werden. Die Eisenbahnen haben weiterer strenge Maßregeln getroffen.

Petersburg, 16. September. (W. Z. B.) Die Stadt Krementschug ist für Choleragefährlich, die Gouvernements Woroneß, Kiew, Orel, Poltawa, Cherson, die Stadt Nikolajew, das Terekgebiet, die Wolga von Twer bis Archinsk und die Labogakanäle sind für Cholera bedroht erklärt worden.

Neuer Riesenbrand in Konstantinopel.

Konstantinopel, 16. September. (W. Z. B.) In der Stambulet Vorstadt Jedd-Rule wurden gestern durch eine Feuerbrunst 160 Häuser zerstört.

Angehende Eulenburg.

München, 16. September. (V. G.) Aus dem königlichen Jagensinstitut in München wurden sechs Jöglinge ausgeschlossen, die sich unästhetischer Verfehlungen schuldig gemacht hatten.

Lebendig verbrannt.

München, 16. September. (V. G.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute abend in der elektrischen Unterstation der Ausstellung. Der 40jährige Obermonteur Waber stürzte infolge Ausgleitens auf die Stromleitung, die ihm durch den ganzen Körper ging. Der Mann wurde lebendig verbrannt.

Um tägliches Brot.

Mürnberg, 16. September. (V. G.) Auf den Viktoriawerken sind die Arbeiter wegen Lohnminderungen in den Streik getreten. Die unmittelbare Ursache ist die Herabsetzung der Akkordlöhne.

Schwimmende Bomben.

Petersburg, 16. September. (W. Z. B.) In der Nähe des Denkmals Peters des Großen wurde von Bootskleuten eine in der Neva schwimmende Kiste aufgefist, welche sechs Bomben enthielt. Beim Auspacken explodierte eine Bombe. Es wurde niemand verletzt.

Ueberschwemmung in Spanien.

Madrid, 16. September. (V. G.) Nach langer Trockenheit hat seit vier Tagen starker Regen eingelegt, der große Verheerungen angerichtet hat. Alle Flüsse in der Provinz Toledo und in der Provinz Montia sind über die Ufer getreten. Mehrere Brücken sind eingeschürzt. Das Wasser führt verendetes Vieh und Mobiliar mit sich. In Cartagena steht ein ganzes Häuserviertel unter Wasser und zahlreiche Gärten sind zerstört.

Der Parteitag in Nürnberg.

3. Verhandlungstag.

Nürnberg, 16. September 1908.

Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Mitteilung von dem gestrigen Wahlsieg in Ludwigshafen-Speyer. (Stürmischer Beifall.)

Die Budgetbewilligung.

Es wird in die Verhandlung der Frage der Budgetbewilligung eingetreten. Dazu liegen vor die Resolution 126 und die Anträge 74 bis 85, die sämtlich mit zur Verhandlung gestellt werden. Der Parteitag hat beschlossen, daß nach dem Referenten Bebel einem badischen und einem bayerischen Genossen das Wort mit unbeschränkter Redezeit gegeben wird. Es liegt ein Antrag des Genossen Böhle vor:

„Nachdem auch die Frage der württembergischen Zustimmung zum Budget in die Resolution des Parteivorstandes aufgenommen ist, auch einem württembergischen Abgeordneten das Wort mit unbeschränkter Redezeit zu geben.“

Böhle begründet kurz den Antrag.

Der Parteitag stimmt zu.

Bebel:

Parteigenossen! Ich hoffe, daß der stürmische Beifall, den Sie der Verkündung des Wahlergebnisses bei der Nachwahl in Ludwigshafen-Jochern gezollt haben, etwas beruhigend auf unsere Debatte, in die wir jetzt eintreten, einwirken wird, denn das Resultat zeigt uns allen, daß die Partei in glänzender Weise marschiert, aber auch vor allem, daß wir alle Kräfte zu gemeinsamer Arbeit daran zu setzen haben, um unser Ziel zu erreichen. (Lebhaftes Bravo!)

Ich habe von 14 Jahren, als ich in Frankfurt a. M. auf dem Parteitag ebenfalls zu der vorliegenden Frage das Wort nahm, ausgesprochen, daß ich noch nie in einer so demütigenden und gerührten Stimmung die Bühne betreten hätte wie damals in Frankfurt, und ich sage Ihnen ganz offen, es wäre mir der größte Gefallen erwiesen worden, wenn wir nicht in die Lage gekommen wären, heute abermals, und zwar zum dritten Male, über diese Frage zu verhandeln.

Ich hatte geglaubt, daß — nachdem in Lübeck mit sehr großer Mehrheit, und zwar unter wesentlicher Zustimmung der süddeutschen Genossen — die damalige Resolution angenommen worden war, ein Weg gefunden worden sei, der es für die Zukunft

überflüssig mache, und nochmals mit dieser Frage zu beschäftigen. Das ist leider nicht der Fall. Vor den Parteitagen in Frankfurt und Lübeck hatte diese Frage in der Parteipresse und Partei kaum irgendwelche große Erregung hervorgerufen. Ganz anders diesmal! Wir sind in Diskussionen in der Presse und in Versammlungen eingetreten, die von einer Erregung Zeugnis abgeben haben, die man bei dieser Frage kaum für möglich gehalten hätte. Wenn man sich fragt, was denn eigentlich die Ursache war, daß von vornherein eine so mächtige Erregung einsetzte, so muß ich sagen, das war die außerordentliche Uebererraschung, als wir auf einmal erfahren, daß unsere süddeutschen Landtagsabgeordneten in Stuttgart zusammengetreten wären, und sich verständigt hätten, für dieses Jahr für das Budget zu stimmen; und da schon Monate über diese Verständigung verhandelt worden waren, ohne daß die Kreise der Parteigenossen das geringste davon gehört hätten, war die Erregung um so größer. Man war aus diesem Grunde der Meinung, es handle sich hier um eine Art Pronunziamento gegen einen Parteitagbeschluss. Es ist nicht meine Absicht, auf die Diskussion in der Presse und in den Vereinen, die in den letzten Wochen über die hier zur Erörterung stehende Frage stattgefunden hat, irgendwie einzugehen. Ich möchte dringend bitten, daß auch die Redner nachher das, soweit als möglich, unterlassen. Es ist kein Zweifel, daß in diesen Diskussionen herüber und hinüber in der schärfsten Weise geschossen worden ist, daß sehr heftige und — wie ich gar nicht ansehe zu erklären — teilweise sehr ungerechtfertigte Angriffe und Beschuldigungen erhoben worden sind. Wenn wir diese hier zum Gegenstande der Erörterung machen wollten, dann könnten wir wohl die ganzen kommenden Tage noch zur Verfügung stellen, um uns ausschließlich mit dieser Frage zu beschäftigen. (Sehr richtig!)

Der Lübecker Beschluss war eine Art Kompromiß. Ich hatte eine Resolution dort eingebracht, die verständlich von unseren süddeutschen Landtagsgenossen heftig angegriffen und für unannehmbar erklärt wurde. Wir traten in die Verhandlungen ein, und das Endergebnis war, daß ich zu der Ueberzeugung kommen mußte, es könnten Fälle eintreten, wo eine strikte Ablehnung des Budgets der Partei zum großen Schaden gereichen müßte, und daß man in solchen Fällen unseren Landtagsgenossen eine gewisse Freiheit der Entscheidung geben müsse. Die Resolution lautete:

„In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Berechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und

entsprechende Selbständigkeit der Landesorganisation und ihres Vorstandes gegenüber dem Parteivorstande einzutreten.“

81. 3. Hamburger Wahlkreis, Distrikt Hamm: Die Distriktsversammlung Hamm des dritten Hamburger Wahlkreises erklärt in den jüngsten Vorgängen innerhalb der Partei, wie sie bei den Staatsabstimmungen in badischen, bayerischen und vorher im oldenburgischen Landesparlament bei der Abstimmung über ein abgeändertes Wahlgesetz zutage getreten sind, das Bestreben einzelner parlamentarischer Genossen, sich von dem bisher mit Erfolg bewährten Gesamtwillen der Partei unabhängig zu machen. Die Abstimmungen in Baden und Bayern lassen erkennen, daß dort Parteigenossen durch vorher wohlüberlegtes Handeln den Disziplinbruch vorbereitet und durchgeführt haben. Die Versammlung beauftragt ihre Delegierten auf dem Parteitag so zu wirken und zu stimmen, daß den schuldigen Genossen die schärfste Mißbilligung vom Parteitag ausgesprochen wird.

82. Dortmunder: Die Generalversammlung erklärt die Zustimmung der badischen und bayerischen Landtagsfraktion zum Budget für einen schweren Verstoß gegen die Lübecker Resolution und erwartet, daß der Parteitag zu Nürnberg dieser Resolution eine Fassung gibt, die derartige Vorgänge für die Zukunft unmöglich macht. In dem Verhalten des badischen Landesvorstandes gegenüber dem Parteivorstande erblickt die Generalversammlung eine schwere Auflehnung gegen den Geist des Organisationsstatuts, die geeignet ist, die Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei auf schwerste zu gefährden.

83. Warmen-Eibelfeld: Der Parteitag in Nürnberg hält an den ersten beiden Absätzen der Lübecker Resolution fest, wonach das Budget normalerweise abzulehnen ist. Der dritte Absatz ist folgendermaßen zu fassen: Eine Zustimmung zum Etat darf nur erfolgen, wenn unsere Partei in einem Landtage die Mehrheit hat und infolgedessen das Budget ihrem Verlangen entsprechend gestaltet werden kann.

84. Hamburg II: Der sozialdemokratische Verein des zweiten Hamburger Wahlkreises spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag in Nürnberg nicht nur den durch Budgetbewilligung begangenen Disziplinbruch badischer und bayerischer Landtagsabgeordneter scharf rüge, sondern auch Vorkehrungen treffe, daß in Zukunft für derartige Vorkommnisse eine Verurteilung auf Parteitagbeschlüssen auch formell unmöglich sei.

85. Berlin I: In Anbetracht

- 1. daß die Staatsabstimmung der badischen und bayerischen Genossen ein Verstoß gegen die Parteigrundsätze ist,
2. daß hier außerdem ein direkter Verstoß gegen eine Parteitagresolution, also ein Disziplinbruch, vorliegt,
3. daß die Gesetzhaltung und die Verwirklichung des Parteivorstandes zeigt, daß sie sich des doppelten Disziplinbruchs voll bewußt waren,
4. daß die Folge derartiger Handlungsweise zur Schwächung der Partei in prinzipieller und organisatorischer Hinsicht und schließlich zur völligen Auflösung der Partei führen muß, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die zuständigen Organisationen allen Disziplinwidrigkeiten ihrer Abgeordneten entschieden entgegenzutreten werden.

Resolution Nr. 126.

Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die ausprechen:

daß der Staat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der beschloßenen Volksmassen bildet, daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist, daß jede Politik des Engegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.

Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der beschloßenen Volksmassen, die eine unerschütterliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Massen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerlässliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.

Parteivorstand und Kontrollkommission.

den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes stehen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise abzulehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.“

In der Rede, mit der ich meinen Antrag begründete, führte ich aus: „Nach meiner Auffassung sind es nur ganz ausnahmsweise Fälle, für die einmal der letzte Satz der Resolution in Frage kommen könnte. Da man sich — wenn man einen solchen Satz vorschlägt — fragen muß, wann könnte das wohl sein?, so will ich Ihnen die zwei Fälle anführen, die dabei für mich in Betracht gekommen sind. Der eine Fall, der infolge der eigentümlichen Budgetteilung, die ja nicht überall gleich ist, eintreten kann, und der auch in Hessen bereits eingetreten ist, ist der, daß ein für die Steuerzahler günstigeres Budget gefallen und ihnen ein ungünstigeres aufgehaßt wäre, wenn unsere Genossen nicht für das erstere gestimmt hätten. Man zieht dann eben das kleinere Übel dem größeren vor. Der andere Fall ist folgender: Im Großherzogtum Baden sahen 9 Genossen von uns und 10 Gegner. Nehmen Sie an, nach der nächsten Wahl ist es umgekehrt. Dann verlangen wir selbstverständlich, daß unsere Genossen — in Anbetracht ihrer Majorität — das Budget nach ihrer Auffassung gestalten, und dann müssen sie auch dem Budget zustimmen.“ Das waren die beiden Fälle, die ich damals für eine Möglichkeit der Zustimmung zum Budget angeführt habe. Nun sage der dritte Absatz der Resolution von diesen Fällen nichts, weil es überhaupt nicht üblich ist, daß man gewissermaßen Motive in die Resolution aufnimmt, und so konnte ja der Fall eintreten, daß unsere süddeutschen Freunde erklären: Ja, der Satz, wie er hier steht, gibt uns das Recht, auch andere Fälle als gegeben anzusehen und danach zu handeln. Ich will mich für einen Augenblick auf diesen Standpunkt stellen. Ich will annehmen, es soll noch ein dritter, außerordentlicher Fall, an den wir gar nicht gedacht haben, vielleicht auch nicht denken konnten, vorgekommen sein. Ja, Parteigenossen, bedenken Sie die Gründe, die diesmal von unseren Freunden in Baden und Bayern für die Zustimmung zum Budget als maßgebend erachtet werden, auch nur zugunsten mit dem dritten Absatz der Lübecker Resolution? Ich bestreite das auf das allerentschiedenste. Wir werden das sofort sehen, wenn wir uns die Gründe, wie sie von unseren Freunden in Baden und Bayern angegeben sind, ansehen. Die badischen Genossen haben durch den Mund des Genossen Frank erklärt lassen: „Mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Staatsgesetz. Diese Abstimmung soll kein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik des Ministeriums wird vielmehr wie bisher von der Fraktion energig bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat — wie z. B. im Falle des Eisenbahnarbeiters Schäufele — den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verletzt und nach ihrer Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksrechte geschädigt hat. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengehälter nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung der Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtelats zum Ausdruck zu bringen.“

Parteigenossen! Als ich diese Erklärung gelesen habe, war ich im höchsten Grade erstaunt, denn ich mußte annehmen, daß nach der Kritik, die der Redner der Sozialdemokratie an der Handlungsweise der badischen Regierung geübt hatte, ihr gar nichts anderes übrig bliebe als

ein glattes „Nein“.

(Lebhaftes Zustimmung.) Es ist mir schier unbegreiflich, wie man bei einer so scharfen Kritik an dem Verhalten des badischen Ministeriums gegenüber der Sozialdemokratie und auch sonst dazu kommen konnte, dem Budget ein „Ja“ zu geben. Ueberall in der Welt, wo parlamentarische Leben existiert, gilt die Zustimmung zum Budget als ein Vertrauensvotum für die Regierung, (hört! hört!) und wenn unsere Parteigenossen in Baden geglaubt haben, dieses durch eine Reihe kritischer Bemerkungen abzuwehren zu sollen, so will ich ja ihren guten Willen anerkennen, aber logisch ist ihr Verhalten in keinem Falle. (Sehr richtig!) Der Hauptgrund und fogsung der einzige im Gegensatz zu den bayerischen Genossen, deren Erklärung ich nachher besprechen werde, und die eine Reihe weiterer Gründe anführen, ist für die Badenenser, daß erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne gefordert waren; deswegen stimmte man zu. Nun, Parteigenossen, haben aber die Bayern seit 14 Jahren — so oft die Landtagsperiode wieder kam — regelmäßig gegen das Budget gestimmt, und ebenso die Badenenser — mit Ausnahme des Jahres 1901 — welches Veranlassung gab zu unseren Verhandlungen in Lübeck. Wäre die Auffassung richtig, daß, indem man gegen das Budget stimmt, man damit auch alle Beamtengehälter und Arbeiterlöhne verweigert, ja, so haben sie das auch schon früher getan. (Lebhafte Widerspruch bei den Süddeutschen.) Dann bitte ich, mir zu erklären, wie man jetzt nach 14 Jahren auf einmal zu einer entgegengesetzten Ansicht kommt. In jedem Parlament — sogar im deutschen Reichstag — kommt es vor, daß eine Reihe von Forderungen gestellt werden, denen auch wir als Sozialdemokraten unsere Zustimmung geben. Wir stimmen mit Rücksicht auf das ganze System, das der deutsche Reichstag repräsentiert, in der Schlussabstimmung gegen das Budget. Als 1863 in Preußen Herr v. Bismarck Ministerpräsident geworden war mit dem Auftrag, den Konflikt herbeizuführen, erklärte die Budgetkommission des preussischen Landtages, daß sie dem Budget die Zustimmung nicht gebe, daß sie aber damit nicht ausspreche, daß sie im einzelnen die Positionen für die Gehälter verweigere. Bei uns kommt zu der Sache noch etwas anderes hinzu. Wir sind

prinzipielle Gegner der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Nur diesem Grunde sind wir Sozialdemokraten. Unsere ganze Tätigkeit ist darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, d. h. eine Tätigkeit zu entfalten, bei der wir die Zustände der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung den Massen in einer Weise klar zu machen suchen, die ihnen zum Bewußtsein bringt, daß das unnatürliche, ungerechte, sie schwer belastende Zustände seien, an deren Stelle notwendigerweise andere, gerechtere Zustände zu treten hätten. Aus diesem Grunde können wir prinzipiell einer Regierung, deren Aufgabe es ist, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gegen jeden Angriff von sozialdemokratischer Seite aufrecht zu erhalten, unter keinen Umständen ein Budget bewilligen. (Lebhaftes Zustimmung.) Das ist die prinzipielle Seite der Sache. Nun steht hier in Frage aber noch etwas anderes. Wie kam es denn, daß die Regierung nicht bloß in Baden, sondern auch in Bayern, auch in Preußen, das nächste Mal im Reich, das übernächste Mal in Württemberg (Zurufe der Süddeutschen; Unruhe. Der Vorsitzende bittet um Ruhe.) . . . die Beamtengehälter und Arbeiterlöhne erhöhen will? Die Belastung des deutschen Volkes durch den Zolltarif, die Verrentung der notwendigen Lebensmittel ist die Ursache. Ich habe den Gewinn für die Agrarier auf 1250 Millionen Mark berechnet — niemand hat mich widerlegt. Heute nehme ich an, daß er eher größer als kleiner ist. Als die Konstellation der politischen Lage es mit sich brachte, daß im Dezember 1908 der Reichstag aufgelöst wurde und wir zu den Stimmlosenwahlen von 1907 kamen, da hat die Regierung, um die kleinen Beamten der Sozialdemokratie absperrig zu machen, ihnen Gehaltserhöhungen bet-

*) 74. Teltow-Weeslow und Berlin V: Die heutige Generalversammlung erblickt in dem Verhalten der badischen und bayerischen Landtagsfraktion einen Disziplinbruch und erwartet von dem Nürnberger Parteitag, daß derselbe in ganz entschiedener Weise dazu Stellung nimmt.

75. Frankfurt a. M.: Der Parteitag erklärt, daß er die Zustimmung der badischen und bayerischen Landtagsfraktion zum Budget nicht billigt und für einen Verstoß gegen den Beschluss des Lübecker Parteitages ansieht.

76. Sorau-Rosch: Die Generalversammlung des Wahlkreises Sorau-Rosch beurteilt die Zustimmung unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten zum Gesamtbudget des bayerischen und badischen Staates. Die Generalversammlung spricht die Erwartung aus, daß die Resolution des Lübecker Parteitages strikte Beachtung erfährt. Um allen parlamentarischen Entgleisungen die Spitze abzubrechen, ersucht die Versammlung den Nürnberger Parteitag, aus der Lübecker Resolution den Passus zu streichen, der von einer „Budgetbewilligung aus zwingenden Gründen“ handelt.

77. Berlin III: Die Versammlung des 3. Berliner Wahlkreises beurteilt die längerhand vorbereitete Budgetbewilligung der badischen und bayerischen Landtagsfraktion als einen schweren Verstoß gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Gesamtpartei. Sie erklärt die Verurteilung auf den 3. Absatz der Lübecker Resolution als durchaus berechtigt. Zwingende Gründe hat keine der Fraktionen für ihre Zustimmung anzuführen vermocht. Die Versammlung beurteilt ebenso die Weigerung, dem Parteivorstand als der von der Gesamtpartei bestellten Parteileitung Auskunft über die Beschlüsse der Fraktionen zu erteilen, als einen groben Verstoß gegen den Sinn des Organisationsstatuts und die Einheit der Partei. Ebenso kann das Verhalten derjenigen Parteipresse, die dem Vorgehen jener Fraktionen zugestimmt hat, nicht gebilligt werden. Die Versammlung fordert eine Regelung in dem Sinne, daß der 3. Absatz der Lübecker Resolution gestrichen wird.

78. Berlin IV: In der Stellungnahme der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zur Budgetbewilligung der EinzelLandtage erblickt die heute, am 18. August, tagende Generalversammlung des Wahlkreises für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis einen groben Verstoß gegen den Lübecker Parteitagbeschluss und somit einen völligen Bruch der unbedingt erforderlichen und hochzuhaltenden Parteidisziplin.

Dieser Vorgang bedeutet einen kräftigen Vorstoß der revisionistischen Arbeit, einen Schritt nach rechts, eine Annäherung an die Bürgerlichen, zur Reformpartei. Die Generalversammlung erwartet deshalb, daß der in Nürnberg stattfindende Parteitag mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Beschlüsse der Parteitage auch für die süddeutschen Landtagsabgeordneten bindend sind. Die Stellungnahme des Parteivorstandes als oberste Instanz der Partei und die Haltung des „Vorwärts“ als Zentralorgan in dieser Angelegenheit ist deshalb nur zu billigen.

79. Berlin V: In Erwägung, daß die Arbeiterklasse in den Einzelstaaten weder die volle Gleichberechtigung noch die gleiche Behandlung mit den herrschenden Klassen genießt; daß die Einzelstaaten vielmehr nach ihrem Wesen und ihrer Organisation den Charakter des Klassenstaates haben, d. h. die vornehmste Stütze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind und demgemäß weder die Art der Staatsmaßnahmen noch der Staatsausgaben den Forderungen der Sozialdemokratie an eine Staatsverwaltung entsprechen; daß die Regierungen dieser Einzelstaaten durch ihre Zustimmung zu den Maßnahmen des Bundesrats (Umsatz- und Zuckerhausvorlage, indirekte Steuern auf den Konsumverbrauch, Lebensmittelzölle und Viebesgabenpolitik, Militarismus, Marinismus usw.) die Arbeiterklasse aufs ungerechteste und schwerste schädigen; die Bewilligung des Budgets aber als ein Vertrauensvotum für eine Regierung und als Billigung ihrer wesentlichen politischen Maßnahmen angesehen wird, erwartet der Parteitag, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen künftig gegen das Budget stimmen werden.

Die Mitglieder sozialdemokratischer Fraktionen haben sich der Teilnahme an hiesigen Deputationen und Veranstaltungen zu enthalten.

80. Darmstadt: Die im Gewerkschaftshaus tagende Parteiversammlung stellt sich in der Frage der Budgetbewilligung streng auf den Standpunkt der Lübecker Resolution, worunter sie versteht, daß, wo immer es ohne größere Nachteile für die Gesamtheit angängig ist, gegen das Budget gestimmt werden soll, um den heutigen Klassenregierungen unser Mißtrauen auszudrücken.

Nur in ausnahmsweisen Fällen kann dafür gestimmt werden. Dabei ist aber ausdrücklich hervorzuheben, daß die Zustimmung kein Vertrauensvotum für die Regierung sein soll.

Die Versammlung fordert deshalb den Delegierten des Wahlkreises Darmstadt-Groß-Gerau, Genossen Raab, auf, entschieden für die Aufrechterhaltung der Lübecker Resolution und für die dem-

Pröchen. (Lebhafte Zustimmung.) Nachher ließ sich auch eine Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter nicht vermeiden, zumal die freie Industriearbeiter ihre Lohnverhältnisse durch Lohnkämpfe zu verbessern versucht hat. Wie wir in dieser Situation, für die die Regierung allein die Verantwortung trägt, nun die Pflicht haben sollten, für das Budget zu stimmen, weiß ich wirklich nicht. Noch ein anderes. Die Wirtschaft des Deutschen Reiches hat die Finanzverhältnisse der Einzelstaaten ganz außerordentlich ungünstig beeinflusst. In den meisten Staaten fehlen die notwendigen Mittel für Kulturaufgaben. Nun steht die Sache so, daß wegen der Mehrforderungen, welche die Einzelstaaten für die Beamtengehälter und Arbeiterlöhne zu stellen gezwungen sind, auf der anderen Seite eine Steuererhöhung eintreten muß; also die Arbeiter werden mit doppelten Steuern gepeinigt; erst halbiert man ihnen den Posttarif auf, und verteuert ihnen die notwendigen Lebensmittel, und wenn dann aus dieser Situation heraus Beamten und Staatsarbeiter höhere Löhne gezahlt werden müssen, werden die Arbeiter auch noch zu höheren Steuern herangezogen. Ich habe den Eindruck, als wenn unsere Parteigenossen in Süddeutschland ihre Tätigkeit etwas zu eng auffassen, daß sie sich gewissermaßen Scheuklappen anlegen und nur auf das nächste Feld blicken, aber den Zusammenhang mit dem Großen und Ganzen verlieren. (Lebhafte Zustimmung.) So ist eigentlich diese ganze Budgetbewilligung zu erklären. Wir können bei einer derartigen Frage die Regierung nicht beeinflussen in bezug auf die Reichspolitik. Die Reichspolitik hat es herbeigeführt, daß wir in 30 Jahren von 720 auf 4500 Millionen Mark Schulden gezeitigt sind. Auch haben die eigentlichen Einnahmen des Reiches eine gewaltige Steigerung erfahren, weil nicht nur die Zölle auf Lebensmittel bedeutend erhöht sind, sondern auch, weil noch eine Reihe anderer Laster für die Arbeiter entstanden sind.

Die Forderungen für die Militär-, Marine- und Kolonialpolitik sind von sämtlichen deutschen Regierungen unterstützt und bewilligt worden. Wir müssen gegenwärtig wieder 500 Millionen Mark neue Steuern haben, wir wissen alle, einerlei, wie das Steuerbrot sich gestaltet, daß doch der größte Teil der Summen, die aufgebracht werden müssen, auf die Arbeiter abgewälzt wird. Da müssen wir doch fragen:

Wie stehen die süddeutschen Regierungen dazu?

Wie können wir eine solche Politik unterstützen, die in erster Linie gegen die Arbeiter gerichtet ist? Nun ist es doch ein starkes Stück, daß sie von uns noch ein Vertrauensvotum haben wollen. Und wir haben noch über ganz andere Maßnahmen zu klagen. Wir haben nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Umsturzvorlage, einige Jahre später die Zuchtstrafvorlage und dann die Vorlage wegen der sogenannten Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gehabt. Alles das waren Ausnahmegelege gegen die Arbeiterklasse. Ich habe aber nicht gehört, daß die süddeutschen Staaten gegen eine derartige Gesetzgebung protestiert hätten. (Zuruf: Auch Bayern?) Wogegen denn? (Zuruf: Gegen die Zuchtstrafvorlage!) Gegen die Zuchtstrafvorlage 1890 — nun, dann freut es mich, aber das kann Euch noch immer nicht veranlassen, der bayerischen Regierung ein Vertrauensvotum zu erteilen. Dazu kommt weiter, daß wir in den nächsten Jahren wieder eine neue Militärvorlage bekommen werden, das ist ganz zweifellos. Es geht nicht an, daß wir da quasi eine schwarze und eine weiße Seele konstruieren. Die schwarze Seele sitzt in Berlin, und die weiße Seele ist in den süddeutschen Staaten. (Heiterkeit.) Ich glaube ja ganz gern, daß die Reichspolitik den süddeutschen Regierungen ihre Existenz als selbständige Staaten immer prekärer macht, weil sie ja dazu führt, daß man mit den diesen Regierungen, die mit jedem bürokratischen Verwaltungsapparat ganz ungeheure Summen erfordern, aufräumen will, und weil dadurch die zentralistische Idee gefördert wird. Die Regierungen in kleinen Staaten machen nur mit souveräner Miene die Forderungen mit. Die bayerische Regierung sitzt in dem sogenannten Ausmaß für auswärtige Angelegenheiten. Wir haben aber nicht gehört, daß sie gegen die auswärtige Politik, die für das Reich schon so ungeheuer schädlich geworden ist und weiter werden wird, irgendeine Vernehmung eingelegt hat. Sie ist also mit für deren Fehler verantwortlich zu machen. Es heißt den Zusammenhang dieser Dinge vollständig verkennen, wollte man annehmen, daß man dadurch, daß man bei den verschiedensten Regierungen Interpellationen und Anträge eingebracht hat, die süddeutschen Regierungen zu bestimmen glaubt, ihre Haltung zu ändern. Bei diesem Zusammenhang des Reiches und der Einzelstaaten, wenn es sich um die Frage der Budgetbewilligung handelt, muß man sich immer noch fragen, ob die Regierung nach allen Richtungen hin ihre Schuldigkeit getan hat, und das wird niemand von uns zu behaupten wagen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun ist in der Erklärung der Badener Genossen auf den Fall Schänkeles

hingewiesen worden. Der ist Eisenbahnarbeiter in den Grobherzoglichen Eisenbahnwerkstätten und ist in Parisruhe von unseren Genossen als Kandidat für die Stadtverordnetenwahlen aufgestellt worden. Das hat die Regierung nicht gebildet. Zweifello ist das ein Kaufschlag in das Gesicht der badiischen Arbeiterklasse, und ganz mit Recht hat damals Genosse Klobb erklärt, daß man noch einem solchen Vorgange kein Budget bewilligen könnte. Der Fall ist nicht rückgängig gemacht worden, trotzdem aber erklärt man nun, durch die Bewilligung des Budgets der Regierung das Vertrauen. Das ist aber nicht der einzige Fall. Ich erinnere die badiischen Genossen nur daran, daß die Regierung vor drei Jahren in Konstanz gegen unsere auswärtigen Genossen Dr. Adler, Greulich und Lutzschini vorgegangen ist und ihnen das Neben verboten hat. (Zuruf: Richtig.) Nun hat man freilich gesagt: Unsere Lage in Baden erfordert es, daß man der Regierung eine solche Haltung des Entgegenkommens beweist und namentlich auch den liberalen Parteien, mit denen wir bei den nächsten Wahlen wieder zusammengehen, um keine Zentrumsmehrheit aufkommen zu lassen. Ich habe gegen ein derartiges Tadelmehl immer meine großen Bedenken gehabt, und besonders in diesem Fall bin ich sehr im Zweifel, ob die von unseren Genossen geplante Taktik die richtige ist. Sowie ich weiß, haben in Baden die verschiedenen liberalen Parteien 23 Abgeordnete, mit einigen Demokraten im ganzen wohl 32 oder 33; Zentrum und Konfervative zählen etwa ebensoviel und den Ausschlag geben immer die 12 Sozialdemokraten. Das wird m. E. auch dann der Fall sein, wenn wir bei den nächsten Wahlen keine Kompromisse mit einer anderen Partei eingehen würden, auch dann wird unseren Genossen diese dominierende Stellung im Landtag verbleiben. (Zuruf: Das ist denn doch noch sehr zweifelhaft!) Dann ist es jedenfalls eine Diktatorfrage. Es wäre noch schöner, wenn wir auf eine derartige Konjunkturalpolitik hin unsere ganze Taktik vollständig ändern wollten; dann verlieren wir ja allen Boden unter den Füßen. (Lebhafte Zustimmung.) Nun ist es ja unseren badiischen Genossen nicht gerade überlegen, wenn sie eine Zentrumsmehrheit nicht wollen, aber in Bayern liegen die Dinge ganz anders. Da scheinen sich unsere Parteigenossen mit der Zentrumspartei ganz gut zu verstehen, in Baden aber hat man einen wahren Horror vor der Zentrumsmehrheit. Da soll der badiische Staat vor den Ultramontanen gerettet werden. Die Regierung empfindet aber offenbar nicht das Bedürfnis dazu, denn die Haltung, die sie gegenüber unseren Genossen eingenommen hat, beweist doch alles andere, als daß sie mit einer derartigen Politik von unserer Seite einverstanden ist. Klobb hat erklärt, daß die Budgetabstimmung zu den Dingen gehöre, mit denen man sein Entgegenkommen gegen die Regierung betätigen wolle. Er hat weiter ganz offen hinzugefügt, daß auch der Gang zum Begräbnis des alten Grobherzogs, den er und Frank gemacht haben, bereits zu dem Zweck unternommen worden sei, um der Regierung zu beweisen, daß die Sozialdemokraten in Baden nicht die schlimmsten Leute sind, für die man sie hält. Wenn das politische Taktik ist, wenn das die Mittel sind, mit denen wir politische Eroberungen machen wollen,

dann hören wir auf, Sozialdemokraten zu sein. (Sehr wahr! Lebhaftige Zustimmung.) Es ist denn auch in der Tat in Preußen, die ich hier nicht anführen will, dahin gekommen, daß man als Endresultat ansehen kann: Es handelt sich nicht mehr um eine einmalige, ausnahmsweise Zustimmung zum Budget, nein, man will regelmäßig dafür stimmen! Und wenn es nunmehr so weit geht wie in Baden, daß man sagt, die ganze Taktik der Partei bewegt sich in unzulässigen Widersprüchen, so will ich diese Frage heute hier nicht erörtern, bin aber bereit, sie jeden Augenblick auf einem anderen Parteitage zu erörtern, weil ich mir sage, daß diejenigen, die eine grundtätige, andere Taktik von uns verlangen, aufhören, Sozialdemokraten zu sein, daß auch die Partei aufhören würde, sozialdemokratisch zu sein, und daß sie ihren Namen in den einer sozialreformistischen Arbeiterpartei umwandeln müßte. (Lebhafte Zustimmung.)

Und nun noch ein drittes. Ganz anders wie in Bayern und Baden liegt es wieder in Hessen. Dort sehen wir, daß Nationalliberale und Zentrum im trauten Verein gemeinsame Sache machen und unsere Freunde Ulrich, David usw. aus dem heftigen Landtage hinausdrängen. (Sehr richtig! Zuruf.) Das gehört allerdings hierher, weil es beweist, welcher Verlaß auf die bürgerlichen Parteien ist. (Singer bittet dringend, die Zwischenrufe zu unterlassen, die die Verhandlungen nur aufhalten.) Als der Genosse G. als Vizepräsident der badiischen Kammer aus formalen Gründen sich weigerte, bei dem Begräbnis des Grobherzogs zu erscheinen, hat man ihm in der Kammer den Stuhl vor die Tür gesetzt. Ich finde das ganz in der Ordnung. Die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden ihrer Auffassung — der bürgerlichen Welt — stehen, sagen sich, daß ein Mann, der seine republikanische Gesinnung in dieser Weise dokumentiert, nicht mehr ihr Vizepräsident sein dürfe. Weder die Frage der Absetzung G. vom Vizepräsidium ist es dann in der Kammer zu Auseinandersetzungen gekommen, und unsere Parteigenossen haben namentlich den Minister des Inneren — Freiherrn von Bodmann — scharf angegriffen, weil er sich in diese Angelegenheit eingemischt hat. Dabei waren unsere Leute zweifellos im Recht. Darauf verteidigte sich Herr von Bodmann wie folgt: Ich sei vor allem die Ausschaltung der Sozialdemokratie aus dem Präsidium erwünscht erschienen, und er habe sich der Sache wegen ihrer großen politischen Bedeutung angenommen. „In einer Beziehung“ — fährt der Minister fort — „muß seitens der Regierung zwischen ihnen (den Sozialdemokraten) und den bürgerlichen Parteien ein Unterschied gemacht werden. Ich bin der Überzeugung, daß ein Sozialdemokrat nicht Staatsbeamter sein kann, und ich finde es tief bedauerlich, daß die bürgerlichen Parteien sich zur Wahl eines Sozialdemokraten im Landtag entschließen, sei es auch nur aus taktischen Erwägungen zur Erreichung eines höheren Zieles.“ So geht die Rede weiter. Das ist

die stärkste moralische Ohrfeige.

die unseren Parteigenossen erteilt werden konnte. Und schon das Gefühl der Rannewürde hätte unsere Parteigenossen veranlassen sollen, einer Regierung, deren Minister eine solche Sprache führt, unter keinen Umständen das Budget zu bewilligen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber nicht allein dieser Minister, sondern auch Herr v. Marschall und Staatsminister v. D. u. f. haben sich in ganz ähnlicher Weise gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen. Um nicht mißverstanden zu werden, will ich ausdrücklich erklären: Ich bin nicht erobert darüber, daß diese Minister das getan haben. Ich finde es im Gegenteil ganz in der Ordnung, daß unsere Parteigenossen nicht so viel Rannegefühl und parteigenössische Würde haben, um den Ministern auf ihre derartigen Proklamationen entsprechend zu antworten. (Stürmische Zustimmung.) Der Redner der badiischen Genossen wird ja nachher darauf Bezug nehmen, daß die Regierung keineswegs von der Rationierung, die die badiischen Genossen ihrer Zustimmung zum Budget gegeben haben, erbaut gewesen sei, denn der Minister habe sich bitter darüber beschwert. Ich sehe nicht an zu erklären, daß Herr v. Honsell offenbar ein sehr ungeschickter Herr ist. Für ihn war die gebotene Antwort die, daß er sagte, aus welchen Motiven die Sozialdemokraten das Budget bewilligt, ist mir gleichgültig. Die Hauptsache ist, daß ich auch ohne Eure Zustimmung regieren kann. Auf die früheren Vorgänge in Baden will ich nach dieser Richtung nicht eingehen.

Ich komme nun zu der Erklärung unserer bayerischen Genossen.

Das vorliegende Budget enthält außer den Mitteln zur Erfüllung einer größeren Anzahl von Kulturaufgaben u. a. für den so wichtigen Ausbau unserer Wasserkräfte, die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken, auch erhebliche Beträge für die Verbesserung der Arbeiter in Staatsbetrieben, der Lehrer und Beamten. Wenn nun auch diese Aufwendungen in zahlreichen Einzelheiten selbstverständlich keineswegs genügen können, so erblicken wir doch in ihrer Gesamtheit einen Fortschritt und haben ihnen deshalb zugestimmt. Obwohl wir keinen Anlaß haben, unsere grundsätzliche Stellung dem herrschenden System gegenüber zu ändern und diesem irgendwelches Vertrauen auszusprechen, erkennen wir doch an, daß durch Errungenschaften, wie die des direkten Wahlrechtes für den Landtag, der Verhältniswahlen für die Gemeinden und die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in Bayern sich Ansätze zu einer besseren Entwicklung zeigen, die wir im Interesse des bayerischen Volkes mit allen Kräften fördern wollen. Deshalb werden wir, ohne damit vor dem Volke die Verantwortung für die Regierungspolitik oder den Gesamthalt des Budgets zu übernehmen, und ohne damit unserer künftigen Stellung irgendwie vorzugreifen, dem vorliegenden Finanzgesetz unsere Zustimmung geben.

Die bayerischen Genossen haben ähnlich wie die badiischen sich auf die Aufwendungen der Beamten und Arbeiter bezogen. Darüber habe ich das Nötige schon gesagt. Wenn sie weiter auf den Ausbau der Wasserkräfte, die Elektrifizierung der Eisenbahnen usw. hinweisen, ja, Parteigenossen, das sind doch ganz selbstverständliche Dinge auch für einen bürgerlichen Staat. Es ist nicht weiter als die Entwicklung der ökonomischen und pöblistischen Kräfte, die in einem Lande vorhanden sind, um die Wirtschaft des gesamten Landes zu heben. Das hat mit Sozialdemokratie absolut nichts zu tun. Wir sind nicht nur für derartige Dinge, wie sie jetzt in Bayern ausgeführt werden, sondern uns werden ja gar nicht genug Eisenbahnen gebaut, noch nicht genug Kanäle, noch nicht genug Telegraphen usw. Wir sehen in einer derartigen kulturellen Tätigkeit zugleich eine indirekte Förderung unseres eigenen Bestrebens, daß uns dadurch immer mehr erleichtert wird, in die Massen einzudringen. Wie man dies also zum Gegenstand eines besonderen Vertrauensvotums machen kann, verstehe ich nicht, denn wenn das in der Tat ein Grund sein soll — damit komme ich wieder auf die Frage der regelmäßigen Budgetbewilligungen —, wenn das ein Grund sein soll, dann kommt man überhaupt niemals mehr in die Lage, gegen ein Budget zu stimmen. (Sehr richtig!), denn derartige Forderungen kommen in jedem Landtagstag vor, das eine Jahr mehr, das andere Jahr weniger. Es wird hingewiesen auf

die Eroberung des direkten Wahlrechtes.

Ja, es ist sehr schön, daß wir es in Bayern erobert haben. Wir haben uns darüber gefreut. Aber seien wir doch ehrlich gegen uns selbst: Das haben wir nicht unserer eigenen Macht und Kraft zu verdanken. Wenn wir in Bayern und Baden das allgemeine Wahlrecht erlangten, so deshalb, weil die Konstellation der Parteiverhältnisse das Zentrum nötigte, es auch zu verlangen. Wenn man den Norddeutschen vorgehalten hat: Was habt Ihr denn erreicht, Ihr in Preußen, seht und einmal an, was wir erlangt haben! So antwortete ich: Eure Tätigkeit in Ehren, Ihr habt Euch durchaus brav gehalten, Ihr habt alles getan, was in Euren Kräften steht,

den Staatsforten vorwärts zu schieben. Aber auf der anderen Seite soll man doch nicht mehr behaupten, als billigerweise gerechtfertigt werden kann. Ich weiß nicht, wann wir in Preußen das allgemeine Wahlrecht bekommen werden. Ich fürchte, es wird erst zu haben sein, wenn wir mehr als das allgemeine Wahlrecht erobert. (Zuruf: Gut!) Dort sind ganz andere Kräfte, dort haben wir im Osten das Junkertum, im Rheinland, Westfalen und Schlesien eine starke Bourgeoisie. Wir haben in Preußen keine bürgerliche Partei, die wirklich für das allgemeine Wahlrecht eintritt, denn auch das Zentrum ist nur platonisch dafür zu haben. (Sehr richtig!) Die Konstellation der Parteiverhältnisse ist im Norden eine andere als im Süden. Im Süden hat das Zentrum ein Interesse am allgemeinen Wahlrecht, weil es nur auf diese Weise zum Siege gelangen konnte. Aber Ihr habt auch hohe Preise dafür zahlen müssen, Ihr habt eine Wahlkreiseinteilung gutheißen müssen, die auf lange Zeit hinaus dem Zentrum die absolute Herrschaft im bayerischen Landtage gewährleistet. Ihr habt zugeben müssen, daß das Wahlrecht vom 21. auf das 25. Lebensjahr hinausgeschoben ist. Ich mache Euch daraus keinen Vorwurf. Ich gebe zu, daß die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes an sich diese Opfer wert war. Ihr habt in Bayern niemals solche Kämpfe zu führen gehabt, wie wir sie in Preußen geführt haben. (Lebhafte Zustimmung!) Das war für Euch unnötig, und die weiteren Kämpfe, die noch kommen werden, werden weit über das bisherige hinausgehen. Die Klugheit gebietet mir, nicht mehr zu sagen. Aber in der glatten Weise, wie es in Süddeutschland geht, geht es bei uns im Norden nicht. Da wird eines Tages Kopf und Kragen darangelegt werden müssen. (Lebhafte Zustimmung!) Aber alles zu seiner Zeit. Die Dinge marschieren nicht nach unseren Wünschen. Wir müssen uns nach den Dingen richten. (Sehr gut!) Wenn Ihr also in Bayern Verdienst nicht abschwächen, aber die Sache muß man auf den richtigen Standpunkt stellen. Das Zentrum hat eben die Situation begriffen, und mit seiner Hilfe ist es gelungen, das allgemeine Wahlrecht durchzusetzen.

Und wie steht es mit der Frage der Verhältniswahl bei den Gemeinden? Für das Dorf hat man sie abgelehnt, ganz erklärlich, da dominiert das Zentrum. In den Städten hat das Zentrum nach seiner Meinung bisher zu wenig gehabt, da hat es also freudig Euren Anträge zugestimmt. Ich begrüße das, weil damit ein sehr wichtiges Prinzip wenigstens in einem Staate Deutschlands verwirklicht ist. Wir erkennen auch die sozialen Reformen an, die Ihr durchgeführt habt, z. B. die für die Bergarbeiter. Aber wir wollen uns auch darüber nicht täuschen, daß auch diese Art von Konzessionen ihre Schranken hat. In Bayern stehen heute in bezug auf sozialreformistische Fragen die Dinge ungefähr so wie Ende der 40er Jahre in England zwischen Tories und Whigs. Den Behntendentalag haben die Tories gegen die Whigs beschloffen, weil sie die Konservativen, die Herrscher des Landes, den Liberalen, den Herrschern der Industrie, das Leben sauer machen wollten. Ganz ähnlich ist es mit unserem Zentrum. Wolltet Ihr einmal den Versuch machen, mit Sozialreformen für Landarbeiter und Dienstboten hervorzutreten, dann werdet Ihr vom Zentrum eine ganz andere Antwort bekommen. Das Zentrum ist ganz naturgemäß industriefeindlich. Es tut alles, um der kapitalistischen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Und wie war es 1877 in der Schweiz? Die ganzen Bauern stimmten für Verkürzung der Arbeitszeit in den Städten. Aber als sie dann sahen, daß dadurch die Arbeiter in Scharen vom Lande in die Stadt liefen, wollten sie von einer Sozialreform nichts mehr wissen. Mit einem Wort gesagt: Heute ist in Bayern Zentrum Trumpf.

Aber abgesehen davon hätte auch eine Reihe anderer Umstände unsere bayerischen Genossen bewegen müssen, gegen das Budget zu stimmen. Das war vor allem

das Kulturbudget.

Da ist Herr v. Behner, der Kultusminister. Herr v. Behner in Bayern und Holle in Preußen sind von der gleichen Farbe. Beide sind Reaktionen bis auf die Knochen. (Zustimmung.) In bezug auf Verdringung von Kulturbüchereien in Bayern ist das Zentrum die rückständigste Partei, die man sich denken kann. (Sehr richtig!) Wie kann man einem solchen Ministerium den Kultusetat bewilligen? Genosse L. hat in einer Versammlung gesagt: „Wir haben in unserer Kritik der Regierung gegenüber nicht zurückgehalten, dies trifft besonders auf den Etat Anton von Behners, genannt der „Unterhachinger“, zu, mit dem wir monden ersten Kampf auszufechten hatten, weil er als ein geistreuer Schindnappe des gegenwärtigen übermächtigen Zentrums handelte.“ Timm erwähnte auch das Verhältnis des Ministers gegenüber dem Lehrer Vendl, er meinte, wir haben Behner als Reaktionär rückständiglos belampt. Schöne, große Worte! Und dann stimmt man für das Budget! (Heiterkeit und Sehr gut!) Glaubst einer von Ihnen, daß ein anderes Ministerium einen Beamten, der so auftritt wie Vendl, nicht ebenso behandeln würde, vielleicht noch schlimmer als Herr v. Behner? Ihr sprecht von der allgemeinen Gleichberechtigung, Ihr krücht Euch darauf, daß ein Minister gleiche, es sei jetzt kein Verein vorhanden, dem angehörenden einem Beamten verboten ist. Das hat ein Minister gesagt. (Zuruf: Namens der Regierung.) Namens der Regierung? Wenn ich nicht irre, ist dieser Minister der Ministerpräsident Freiherr von Bodewils. (Zuruf.) Ja, wenn man so intim mit den Ministern verkehrt, wenn man förmlich Hausfreund bei den Ministern geworden ist, wenn man ihnen Einladungen folgt, wenn man der Frau Minister die Hand küßt (erneute große Heiterkeit), wenn solche Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Ministern bestehen, dann wird allmählich der Oppositionsgeist eingulert, dann kommt allmählich eine ganz andere Stimmung und eine Farbe, über die ich mich gar nicht mehr wundere. (Zustimmung.) Was ich jetzt sage, trifft unsere Leute ohne Unterschied, einerlei, wo sie stehen oder sitzen. (Heiterkeit.) Herr v. Bodewils sagte am 18. Oktober 1907 — es handelte sich um den Fall Hoshaupt —, auch ein Eisenbahnarbeiter, dem im Gegenzug zu Baden die Regierung für die Ausübung seines Mandates nichts in den Weg legte:

„Das Verhältnis der Staatsbeamten zum Staate sei öffentlich rechtlicher Natur, der Staatsbeamte sei durch den feierlichen Eid gebunden. Ein Staatsbeamter, der sich zu einer politischen Richtung bekennet, welche die Grundlage der monarchischen Verfassung verneint, setze sich dadurch in einen unlöslichen Gegensatz zu dem ganzen Dienstverhältnis, namentlich zu seinem Eid.“

Nun, Parteigenossen, dieser Standpunkt Bodewils ist durchaus korrekt vom Standpunkt eines monarchischen Ministers aus. Dagegen läßt sich nichts sagen. (Zuruf.) Ich, ich will jetzt nicht anfangen, Vergleiche zu ziehen. Ich habe die Ueberzeugung, daß diese Grundsätze auch in Zukunft die maßgebenden sein werden bei der bayerischen Regierung — es müßte denn sein, daß die Sozialdemokratie in Bayern allmählich so zahlreich wird, daß von der Staatsregierung absolut nichts mehr dagegen einzuwenden ist. Dann läßt man Beamte auch in sozialistische Vereine eintreten. Aber wenn Ihr als Sozialdemokraten aufsteht, und dann ein Beamter seiner oppositionellen Gesinnung in diesem Sinne Ausdruck gibt, glaube ich bestimmt, daß er seinen letzten Gang nach dem Bureau gemacht hat. (Heiterkeit und Zustimmung.) Also auch nach der Richtung ist die Auffassung, die unsere Genossen in Bayern von der Sache haben, durchaus falsch. Und dann, Parteigenossen, wir wollen uns doch nur einige Jahre hier was Nürnberg und Jülich zurückversetzen. Als wir vor zwei Jahren die großen Arbeiterausstände hier hatten, als die Polizei in der gewalttätigen und rücksichtslosen Weise gegen unsere Leute vorging, was habt Ihr da für eine Genugtuung bekommen? (Sehr richtig!) Keiner! Glaubst Ihr, daß dieselbe

Polizei bei gleichem Anlaß nicht ebenso vorgehen wird? Da ist Ihr Euch gewaltig. Und wenn das als selbstverständlich erachtet wird, dann kann man ein solches Regierungssystem unter keinen Umständen unterstützen.

Ich komme noch auf einen anderen Fall. Ich war ganz erstaunt, als im Frühjahr d. J. Genosse Segib in der Kammer den Minister des Inneren fragte, ob er den Magistrat für die nicht wieder die Rechte in bezug des Versammlungs- und Vereinsrechte einräumen wolle, die jede andere Stadt in Bayern habe. Die Sache ist kurz folgende: Ich habe im Jahre 1881 in Fürth eine Versammlung abgehalten, also unter dem Sozialistengesetz, gegen die der Fürther Magistrat, der damals demokratisch war, nichts einzuwenden hatte. Damals wurde dem Fürther Magistrat von der Regierung das Recht genommen, künftig das Vereins- und Versammlungsrecht auszuüben, das dann an die Kreisregierung übertragen wurde. Es war ein Gewaltstreik, eine unerhörte Maßregel. Ich habe natürlich geglaubt, die Sache sei zu Ende, und da höre ich zu meinem größten Erstaunen aus der Anfrage des Genossen Segib, daß nach 27 Jahren dem Magistrat von Fürth noch dies Recht vorenthalten wurde. Und Genosse Segib hat nicht etwa eine zustimmende Antwort bekommen, sondern der Minister hat den Zustand gerechtfertigt. (Zuruf von Segib.) Nun, Ihr habt wahrhaftig keine Ursache, darüber zu lachen. 14 Tage danach ist es aufgehoben worden, aber daß ein solcher Zustand 27 Jahre bei Euch dauern konnte, ist ein Skandal, eine Schmach, eine Schande! (Segib ruft: Das er aufgehoben wurde, ist ein Erfolg!) Die Sache ist also jetzt beseitigt, sie hat aber gerade 27 Jahre gedauert, und da meine ich allerdings, Parteigenossen, daß das gerade Dinge genug sind, die unsere Parteigenossen veranlassen müßten, von einer Zustimmung zum Budget Abstand zu nehmen. Die Situation, die Ihr als maßgebend für die diesmalige Zustimmung angesehen habt, wird wiederkehren.

Parteigenossen, es ist in Versammlungen in einer, jede Zweideutigkeit ausschließenden Weise gesagt worden: „Wir in Süddeutschland müssen nach Freiheit in der Bewegung haben, wir müssen nach unserem Gutachten entscheiden können, wie wir handeln wollen. Wir können uns das, was der Lübecker Beschluß hat, nicht mehr nehmen lassen.“ (Zuruf.) Bitte, ja — Ihr habt erklärt, den Lübecker Beschluß wollen wir haben, wenn eine ähnliche Deutung möglich ist, wie Ihr (zu den Süddeutschen) sie ihm zuletzt gegeben habt. (Zuruf der Süddeutschen: Sehr richtig!) Ja, sehr richtig, das heißt, die ganze Windung hört auf. (Widerpruch der Süddeutschen.) Natürlich, Ihr könnt machen, was Ihr wollt, wir werden Jahr für Jahr derartige Debatten wiederhaben. Genossen, ich kann Euch sagen, ich habe mehr als genug, noch ein drittes Mal dieselben Debatten zu haben — da möchte ich dafür sorgen, daß sie ein für allemal unmöglich sind.

Nun müssen wir uns doch bei all den Dingen einmal fragen: Was ist denn seiner ganzen Natur nach der heutige Staat? Darüber kann es doch keinen Zweifel geben: Der heutige Staat ist die

politische Organisation zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft und zur Aufrechterhaltung des bürgerlichen Eigentums. Der heutige Staat ist der Schutzherr der bürgerlichen Produktionsweise, d. h. des Rechtes der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Aufrechterhaltung des Lohnsystems, der Lohnsklaverei der heutigen Gesellschaft, das ist die Aufgabe, die der Staat zu erfüllen hat, um, sobald daran gerüttelt wird, mit all seinen Mitteln, all seiner Macht, all seinen Kräften dem entgegenzutreten. Nun, Parteigenossen, was ist denn hierbei das Entscheidende? Die kleinen augenblicklichen Erfolge oder das Endziel? (Lebhafte Zustimmung.) Das Streben nach der Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft, nach der Umwandlung des heutigen Staates in einen sozialistischen Staat? Doch zweifellos das letzte. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Das haben wir unausgeseht im Auge, und da tritt die Regierung uns entschieden entgegen. Die Bewilligung des Budgets heißt unter solchen Umständen nicht nur die Anerkennung, sondern die Unterstützung des Systems, dem wir nach unserem Programm entgegenzutreten haben.

Nun sagt man: Ihr habt da leicht Theorien entwickelt, aber brauchen bei der Masse nicht es anders. Das haben wir vor 14 Jahren gehört, das haben wir vor sieben Jahren gehört, das hören wir heute wieder. Nun möchte ich fragen: Was hat es denn den Bayern geschadet, daß sie 14 Jahre lang das Budget verweigert haben? (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben seitdem verschiedene Reichstagswahlen gehabt, Landtagswahlen und Gemeindevahlen. Allüberall haben wir Fortschritte gemacht. Der Genosse Kold hat mit vollem Recht und mit besonderer Emphase nach dem Ausfall der letzten Potentottenwahlen erklärt, daß gerade in dem revisionistischen verhassten Baden die Sozialdemokratie verhältnismäßig am stärksten zugenommen hat. Das war zu einer Zeit, wo sie feindselig gegen das Budget gestimmt hatten. Es ist also keinerlei Schaden, keinerlei Nachteil eingetreten. Aber die Belehrung, daß wir

dem Vorurteil der Massen Rechnung tragen

mühen, geht gegen unser Prinzip, gegen unsere Grundfähe. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kämpfe seit 45 Jahren gegen die Vorurteile der großen Masse, der bürgerlichen Gesellschaft, die ja der großen Masse eingepflanzt sind in der Schule, in der Kirche, in der Presse, durch alle möglichen Veranstaltungen. Wo der Kampf ausbrach, hatten wir immer großen Erfolg. Wir sind in immer größerer Kreise gedrungen, nicht nur im Norden, auch im Süden. Wenn Ihr den Massen unser Programm entwickelt, im bayerischen Wald oder sonstwo, wenn Ihr ihnen auseinandersetzt, was unser Endziel ist, wenn Ihr von allgemeiner Expropriation und kapitalistischer Produktionsweise sprecht, nun, so sind das doch alles Fragen, die der Bauer schwerer versteht, aber die ihn weit mehr interessieren als die Frage des Budgets. Also nach all diesen Richtungen haben wir unsere prinzipielle Auffassung zu vertreten. Stoßen wir auf die Massen, die unseren Standpunkt richtig begreifen, so haben wir diesen unsere Grundfähe darzumachen! Parteigenossen, es gibt im Deutschen Reich keinen Arbeiter, der auf die Dauer unseren Lehren und Gründen widerstehen kann. (Stürmischer Beifall.) Ich, der ich jetzt vor Ihnen stehe, ich war vor 45 Jahren und noch später einer der grimmigsten Gegner der Sozialdemokratie und war doch auch damals wahrscheinlich kein dummes Kerl. (Heiterkeit.) Und so unendlich viele. Wir sind alle aus Saulussen zu Paulussen geworden. Wir haben im Kampf mit der Sozialdemokratie die sozialistischen Schriften gelesen, studiert, müssen, und da wurden wir ganz allmählich umgewandelt. Und so viele von uns ist es Millionen ergangen und wird es weiteren Millionen ergehen. (Lebhafte Zustimmung.) Das können wir nicht erzingen durch keine Konzeptionen, durch Ariechen am Boden, indem wir zu den Massen heruntersteigen, nein, das erreichen wir nur,

indem wir die Massen zu uns emporheben.

indem wir sie begeistern für unsere großen Ziele. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, bleibt uns der Sieg sicher, nicht aber, wenn wir glauben, wir müßten nach allen Richtungen Rechnungsträger treiben. (Sehr richtig!) Genuß, kein Mensch kann mit dem Kopfe durch die Wand. (Sehr richtig!) Auch im Reichstage tun wir alles, was wir tun können, um eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse herbeizuführen. Wir tun es, nicht indem wir glauben, daß es in dem Maße geschehen wird, wie wir es wünschen. (Sehr wahr!) Wir tun es, um die Arbeiterklasse kampffähiger, leistungsfähiger für den Kampf um unser großes Ziel zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Das erreichen wir aber nicht dadurch, daß wir durch Vertrauensvoten den Glauben der Massen an unsere eigenen Prinzipien erschweren. (Lebhafte Zustimmung.) Ihr (zu den Süddeutschen) weist hin auf die Leute im Wald, auf die Leute in den entfernteren Gegenden; nun, wir haben in Norddeutschland auch solche Gegenden, wir haben Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern. (Zuruf eines Süddeutschen: Nicht bei Berlin auch!) (Heiterkeit und Anruhe.)

— Ach, das ist ein schlechter Witz, den Parteigenossen in Berlin sind wir ungeheuer viel Dank schuldig. (Lebhafte Zustimmung.) Den verlangen sie gar nicht, aber gesagt muß es werden, wenn Ihr solche öden Witze macht. (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben also in Norddeutschland auch Arbeiter, deren Auffassung besonders schwer ist, aber deshalb dürfen wir unsere großen Ziele nicht aus den Augen lassen, dürfen wir der Regierung kein Entgegenkommen beweisen. Ich kann Sie, Parteigenossen, nur dringend bitten, daß Sie die vom Parteivorstand und der Kontrollkommission vorgeschlagene Resolution mit möglichst großer Majorität annehmen möchten. (Stürmischer Beifall.)

Als erster Redner mit unbeschränkter Redezeit erhält für die Mehrheit der bayerischen Fraktion das Wort

Timm - München:

(Zuruf: Berliner Bayer!) Ebenso wie in dieser Frage, ohne uns gehört zu haben, die Parteipresse vorzeitig Stellung genommen hat, tun Sie (zu den Zurufem) das auch. Ich würde es für richtig halten, wenn Sie mit solchen Anreden wie „Berliner Bayer“ so lange zurückhalten wollten, bis Sie gehört haben, was ich gesagt habe. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Ich sage Ihnen offen, daß es kein erhebendes Gefühl für mich ist, hier eine Sache vertreten zu müssen, die sich bei ruhiger, nüchternen und leidenschaftsloser Beurteilung ganz von selbst ergibt. Vom Arbeiterstandpunkt aus habe ich das Gefühl, daß in einer Zeit wie gegenwärtig, wo sehr wichtige allgemeine politische Fragen: die Reichsanfrageform, die Verschlechterung der Arbeiterversicherung an uns herantreten, wir eigentlich besseres zu tun hätten, als uns über die Dinge zu unterhalten, die eigentlich für erledigt gelten sollten. Die umgestaltete Kraft der Sozialdemokratie muß geschlossen auf das Ziel losarbeiten, durch die gemeinsame praktische Arbeit für die Interessen des Volkes, der Arbeiterklasse zu kämpfen, und die Kreise zu gewinnen, die noch nicht zu uns gehören. Statt dessen verschwenden wir einen sehr erheblichen Teil unserer kostbaren Zeit auf Auseinandersetzungen, deren Wert im umgekehrten Verhältnis zu dem Zeitaufwand steht, den sie kostet. (Sehr richtig!) So wenig erhebt mich meine Aufgabe selbst vorkommt, so werden Sie es doch verstehen, wenn ich als Vertreter der Angegriffenen sehr ausführlich spreche. Es handelt sich um

die Auslegung der Lübecker Resolution,

besonders um den Absatz 3. Es handelt sich darum, ob wir bei unserer Zustimmung zum Finanzgesetz in Bayern zwingende, in den Verhältnissen liegende Gründe hatten, ebenso wie sie die bairischen in diesem und die württembergischen Genossen im vorigen Jahre zu haben glaubten. Wir haben dem Finanzgesetz zugestimmt. Bebel hat gemeint, daß die Gründe, wie sie im Absatz 3 der Lübecker Resolution verlangt werden, für uns nicht vorgelegen haben. Aber bevor ich darauf eingehe, möchte ich eines noch besonders hervorheben. Im stärksten Gegensatz zu der ruhigen, sachlichen Auseinandersetzung Bebel's über die Budgetbewilligung der süddeutschen Genossen, die ich im höchsten Maße anerkenne, hat

der „Vorwärts“

als verantwortliches Zentralorgan die Leidenschaft in einer Weise aufgeschauelt, die als unerhörte bezeichnet werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Wir müssen das hier zur Sprache bringen, schon um ähnliches für die Zukunft zu vermeiden. Seit einigen Jahren reißt in unserer Partei eine eigenartige Kampfesweise ein, die wir früher nicht gekannt haben. Unverantwortliche Personen in unserer Partei hatten vor einigen Jahren das Bestreben, die verantwortungsvollen Gewerkschaftsführer von der Masse loszulösen, die Massen gegen die Führer aufzuheben. Dieses Aeseltreiben gegen die Gewerkschaftsführer ist nur das Vorbild für die Kampfmethode gegen die süddeutschen Parteigenossen gewesen. (Sehr richtig!) Aber kein geringerer als Bebel hat wiederholt auf Parteitag den Appell an die schwelge Faust auf das entschiedenste verurteilt. Auch der jehige Kampf gewisser Parteigenossen gegen die süddeutschen Parteigenossen ist nichts anderes als die stumpellose Aufschauelung der Genossen gegen ihre parlamentarischen Vertreter. (Heiterkeit. Anruhe, lebhafte Widerspruch. Ruf: Das hat ja gar nichts damit zu tun!) Ich habe Verschiedenes zu sagen, was Ihnen vielleicht unangenehm ist und werde mich darin durchaus nicht hängen lassen. (Sehr richtig!) Wir alle von der bayerischen Landtagsfraktion sehen unser Tätigkeitsgebiet nicht hauptsächlich im Parlament. Ich habe in zehn Monaten 20 Versammlungen in den verschiedenen Distrikten Bayerns abgehalten, und meine übrigen Kollegen haben es ebenso gehalten. Da können Sie uns doch wohl zutrauen, daß wir mit unseren Massen im engsten Kontakt sind. Schon deshalb sollten Sie den Kampf unterlassen, aber es liegt System darin. Ich habe die Empfindung, daß unsere theoretisch gebildeten Parteigenossen zu wenig mit der Masse in Verbindung kommen. Ich habe Hochachtung vor aller wissenschaftlichen Arbeit, aber wenn eine Wissenschaft losgelöst wird von der Praxis, muß sie zu sehr einseitigen Ergebnissen führen. Ich habe den Eindruck bei bestimmten Personen, daß bei ihnen die Theorie zu wenig Verbindung mit der Praxis hat.

Bei dem Ernst, den die Behandlung der Sache erfordert, muß ich Sie alle dringend bitten, sich in der sachlichen Prüfung unserer Gründe durch nichts beeinflussen zu lassen. Sollte es wirklich der Fall sein, daß irgend jemand mit seinem fertigen Urteil zu dem Parteitag gekommen ist, so appelliere ich an ihn, es zurückzustellen, bis er unsere Gründe gehört hat. Diesen Appell richte ich besonders an die Theoretiker, die bereits den Stab über uns gebrochen haben. Wenn kein anderer Grund zu einer sachlichen Prüfung für Sie vorhanden ist, so doch der, daß Sie es hier nicht mit einzelnen Personen zu tun haben, denn mit verschwindenden Ausnahmen stehen die bayerischen Parteigenossen hinter uns trotz aller Treibereien, die erfolgt sind, um uns von der Masse zu trennen. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.)

Zunächst einiges zur formellen Seite der Streitfrage.

Wie kam die Lübecker Resolution zustande?

In Frankfurt lag eine Resolution vor, die da besagte, daß unsere Fraktion — da die Gesamtbewilligung des Budgets als Vertrauensvotum gilt — gegen das Budget zu stimmen habe. Hierzu wurde ein Amendement Stadthagen angenommen, statt „da“ „soweit“ zu sagen. Die so veränderte Resolution wurde abgelehnt. Es kam kein Beschluß zustande. Die Fraktionen waren frei. Im Jahre 1901 nahm dann der Lübecker Parteitag wieder Stellung zum Budgetfrage. Es kam ein Kompromiß zustande, das die Formulierung des Absatzes 3 der Resolution auf Grund eingehender Beratungen mit den Landtagsabgeordneten brachte und zwar wurde die Resolution nur deshalb angenommen, weil Absatz 3 die notwendige Bewegungsfreiheit einräumte. Wer entscheidet nun über die Auslegung? Auch hierüber hat der Parteitag in Lübeck entschieden. Singer, der sich gegen Absatz 3 wandte, erklärte: „Wer entscheidet denn, was besondere Verhältnisse, was zwingende Gründe sind?“ Er fügte hinzu: „Das entscheiden diejenigen, die die Abstimmung vornehmen.“ Es bestand also Einigkeit darüber, daß die zuständige Fraktion entscheidet. (Widerpruch. Zuruf: Das ist die Ansicht von Singer!) Singer hat zweifellos als der Mann, der die Geschäftsführung in Händen hatte, seine Ansicht zum Ausdruck geben wollen darüber, wer entscheidet. (Zuruf: Seine Ansicht!) In der Debatte hat sich niemand dagegen gewendet. Es bestand Einstimmigkeit darüber, daß die Landtagsfraktionen nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden haben. (Widerpruch.) Wollte man eine andere Meinung zum Ausdruck bringen, dann hätte man das klar und entschieden festlegen müssen. Ich bin also vollständig berechtigt zu behaupten, daß die beteiligte Fraktion zunächst vollständig frei und unabhängig darüber zu entscheiden hat, ob die besonderen Verhältnisse gegeben sind. Wenn damals irgendeine andere Deutung und irgendeine andere Meinung zum Ausdruck gekommen wäre, dann hätten sich die beteiligten Genossen der in Betracht kommenden Staaten ganz entschieden dagegen gewendet, weil eine andere Deutung unmöglich ist — auch für die Zukunft. — Das betont

ich schon jetzt — da die Freiheit der im Frage kommenden Vertreter vollkommen gewahrt werden muß. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Also die Fraktionen hatten zu entscheiden.

Das haben wir in Bayern, das haben unsere Genossen in Baden gemacht. Kritik an den Handlungen der parlamentarischen Vertreter zu üben, ist ein selbstverständliches Recht der Presse. Aber wir konnten verlangen, daß die Kritik in sachlichen Formen erfolgte. Wenn man zu schärferen Mitteln übergehen wollte, dann müßte man zunächst erst einmal unsere Gründe hören. Aber was schreibt das Zentralorgan? Es spricht von Disziplinbruch, von parlamentarischem Irregularismus (Hört! Hört! Pfui! und Lachen), von Büdingen des Dankes an die Vertreter des Klassenstaates, von einem System des Partitularismus. Es erhebt den Vorwurf, man wolle an Stelle des proletarischen Kampfes das bürgerliche liberale System des Parlamentarismus, das Abschächern und das Abschmeicheln von Zugewandten setzen. Und es sagt ferner, die süddeutschen Abgeordneten hätten sich nicht wie demokratische Volksvertreter, sondern wie Mitglieder einer höfischen Fronde benommen. Ja, das verantwortliche Zentralorgan der Partei steigert seine Angriffe soweit, daß es uns Parteifrontdeure nennt. Kann eine solche Sprache der Partei förderlich sein? (Zuruf: Nein!) Auf die „Leipziger Volkszeitung“ gehe ich nicht ein. Das ist Sache der sächsischen Genossen selbst. Ich bin aber nicht so ethisch-ästhetisch — ich glaube, so heißt die Lesart jetzt — veranlaßt, daß ich persönlich mich durch den Ton verletzt fühle, namentlich nicht über die Art des Stempels der „Leipziger Volkszeitung“. Aber das will ich sagen, wenn ich Geschäftsleiter des Reichsverbandes zur Befämpfung der Sozialdemokratie wäre, so würde ich im Stillen wünschen, daß diese Leute an der Parteipresse in Leipzig der Partei noch recht lange erhalten bleiben. (Widerpruch, Zustimmung und Gelächter!) Der Reichsverband zur Befämpfung der Sozialdemokratie — das spreche ich in aller Ruhe aus — kann sich gar keine besseren Leute wünschen als die, die solche Anwürfe gegen uns gerichtet haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Aber so ganz vogelfrei sind wir denn doch nicht. Die Partei hat sich gültige Grundfähe geschaffen, die noch heute für den

Bekehr der Parteigenossen untereinander

maßgebend sind. In der Faktikresolution des Erfurter Parteitages, die Bebel eingebracht hat, und die noch heute zu Recht besteht, heißt es:

„Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein in jedem Parteigenossen zustehendes, selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt wird, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Teile ermöglichen. Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder Anklagen öffentlich erhebt, bevor er sich nicht von der Richtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugt und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen. Endlich ist der Parteitag der Anschauung des in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochenen Grundfähe, daß Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anzuerkennen sei, auch heute noch die Richtschnur für die Verhandlungen der Parteigenossen sein muß.“

Man könnte ja sagen, die Verhältnisse haben sich seitdem verändert. (Heiterkeit.) Nun, in seinem Wahlauftritt vom 15. Dezember 1906 empfiehlt der Parteivorstand den Parteigenossen dringend: „Vor allem raten wir Euch, führt den Wahlkampf sachlich. Unsere prinzipielle und taktische Stellung ist so, daß wir nicht zu persönlichen Verunglimpfungen der Gegner zu greifen brauchen. Ueberläßt diese Kampfesweise den bezahlten Agenten des Reichsverbandes zur Befämpfung der Sozialdemokratie.“

Die Genossen, die dagegen gesundigt haben, könnten ja sagen, das war den Gegnern gegenüber gemeint. (Heiterkeit.) Innerhalb der Partei gelten solche Grundfähe nicht. Da ist jeder vogelfrei, weil wir ja eine Partei der Brüderlichkeit sind. (Heiterkeit und sehr gut!) Wer so argumentiert, den möchte ich an den weiteren Verlauf des Parteivorstandes vom 9. Februar 1907 erinnern. Dort heißt es:

„Es soll ferner auch nicht verschwiegen werden, daß die vielfachen Meinungsverschiedenheiten und Differenzen, die wir in den letzten Jahren hatten, in der Presse und in Zusammenkünften aller Art, oftmals in einer Weise ausgetragen wurden, die unseren Gegnern Stoff zu Angriffen lieferte. Hier haben wir künftig — ohne Ausnahme — und die größte Reserve aufzuwerfen. Müssen Meinungsverschiedenheiten im Interesse der Partei ausgetragen werden, so darf dies nur in der streng sachlichen Weise geschehen. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß wir Parteigenossen sind und jeder von uns das Recht hat, zu verlangen, daß seine abweichende Meinung als ehrlich gemeint und im Interesse der Partei geltend gemacht, angesehen wird.“

Ich frage Sie, wenn in diesem Austrage zugegeben wird, daß die Auseinandersetzungen, die wir früher hatten, mit Schuld an der ungeheuren Wahlniederlage getragen haben, ist es dann nicht unverantwortlich, daß jetzt wieder in der gleichen Weise vorgegangen wird? (Lebhafte Zustimmung.) Es sind leider die alten Parteitraditionen bei den jüngeren Leuten etwas in Vergessenheit geraten. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an die Erklärung, die die Reichstagsfraktion im Jahre 1885 zur Zeit der Differenzen über die Dampfersubventionen veröffentlicht hat, und in der es heißt:

„In der letzten Zeit waren im „Sozialdemokrat“ offene und verheerende Angriffe gegen die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages zu lesen. Die Angriffe gingen teils von der Redaktion, teils von den Korrespondenten des Blattes aus und bezogen sich vorzugsweise auf das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder in der Frage der Dampfersubventionen. Auch ist eine Resolution der Züricher Genossen, die sich gegen die Haltung der Fraktion in dieser Sache aussprach, nicht bloß im Parteiorgan veröffentlicht, sondern auch in einzelnen Abzügen in Deutschland verbreitet worden, offenbar in der Absicht, eine Art Entzündungsbewegung gegen die Fraktion hervorzurufen. Wemgleich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion weiß, daß durch derartige Angriffe ihre Stellung nicht erschüttert werden kann, so betrachtet sie doch ein solches Verfahren als durchaus ungehörig. Sie befreit die Redaktion und den Korrespondenten des Parteiorgans keineswegs das Recht der Kritik. Sie erachtet es aber für eine schwere Schädigung der Parteinteressen, wenn die Beschüsse der Abgeordneten in einer Weise besprochen werden, welche geeignet ist, die Fraktion in den Augen der fernestehenden Parteigenossen herabzusetzen. Das Parteigefühl unserer Genossen, an welches wir appellieren, muß ihnen sagen, daß ein solches Verfahren geeignet ist, die Aktionsfähigkeit der Partei zu vermindern, und in wichtigen Momenten sogar zu lähmen. Statt den gewählten Vertretern der Arbeiter in solcher Weise den schwierigen Kampf gegenüber dem mächtigen Feinde nach zu erschweren, sollte jeder Parteigenosse bestrebt sein, den Keim der Zwietracht zu ersticken, und das vereinigende Band fester und fester zu knüpfen.“

Die Fraktion war also damals der Meinung, daß es ein frivoles Beginnen sei, wenn das Vertrauen zu einer parlamentarischen Körperschaft in dieser Weise erschüttert wird. Ich frage Sie, ob nicht wir, die wir in gleicher verantwortlicher Stellung sind, nicht den gleichen Anspruch auf eine sachliche Würdigung unserer Tätigkeit haben, und ich frage Sie, ob es innerhalb der Parteigenossenschaft so weit gekommen ist, daß

in zugellosem Ton

jeder für vogelfrei erklärt wird, und daß man keine Rücksicht mehr zu nehmen hat auf die Schlagfertigkeit der Partei? (Sehr gut!) Ich frage aber auch den Parteivorstand an. Ich frage ihn an, daß er nicht eingegriffen hat. Ich verlange, daß der Parteivorstand — und nur so kann es für später Auge

geben — wenn irgend eine Kleinigkeit in der Partei darauf hindeutet, daß eine große Aktion daraus gemacht werden soll — und es genügen ja bei uns Kleinigkeiten dazu, den Jähndioff zu entzünden — ich verlange also, daß der verantwortliche Parteivorstand, seine sämtlichen Mitglieder dann zusammenrufen, und daß sie mit ihrer Erklärung nicht erst kommen, wie nach Dresden, wie nach der Reichstagswahl, wenn der Schaden angerichtet, das Haus angezündet ist, sondern ich verlange, daß man vorher sich auch nicht scheut, sondern den Mut hat, mit einer solchen Erklärung voranzugehen. Und ich verlange, daß das gegenüber allen Parteiorganen geschieht, und nicht nur gegenüber solchen Leuten, bei denen man meint, man könne den Mut dazu hernehmen. (Mruhe.) Der „Vorwärts“ hat die Meinung vertreten, daß das

System der gebundenen Mandate

mit Recht auf die Parteitage angewendet werde, ein System, das jeder Demokratie ins Gesicht schlägt. Warum hat der Parteivorstand nicht den Mut gefunden zu sagen, so geht es nicht, wir dürfen aus dem Parteitag keine Aktion der Terroristen machen (Lachen und Bravo!), sondern von Parteigenossen, die sich untereinander aufzuklären haben durch sachliche Gründe. (Sehr richtig!) In diesem Zusammenhang ist auch die berühmte Stuttgarter Geheimkonferenz zu beleuchten. Wie war denn die Sache? Genosse Vebel hat gegen die bayerische Fraktion den Vorwurf erhoben, sie hätte Scheuklappen vor den Augen, wie konnten die allgemeinen Zusammenhänge nicht. In aller Ruhe muß dem Genossen Vebel gesagt werden, daß diese seine Auffassung eine durchaus irrige ist. Das geht daraus hervor, daß die erste Konferenz, die wir nach Würzburg einberufen hatten, gerade den Zweck hatte, über den Rahmen der bayerischen Genossen hinaus eine Aktion mit unterstützen zu helfen, von der wir uns sagten, daß sie die Vertiefung der Demokratie in Deutschland herbeiführen, gegen das System des Junkerabsolutismus in Preußen gerichtet sein und der gesamten Partei zugute kommen sollte. Wir haben bei dieser Gelegenheit den Parteivorstand um seine Meinung gebeten, haben ihn als eine kollegiale Instanz angesehen, haben immer gesagt, daß wir bereit sind, die preussischen Genossen mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln in ihrem schwierigen Wahlrechtskampf zu unterstützen. Ist das Partikularismus? Ist das eine zu enge Tätigkeit? Der Parteivorstand hat uns damals mitteilen lassen, wenn er abkommen könnte, würde die Konferenz beschrift werden. Ich will auf die einzelnen Verhandlungen der Konferenz nicht eingehen. Insbesondere — das halte ich für wichtig — haben wir angeregt, ob es nicht geben würde, daß wir unsere Redner austauschen, die Süddeutschen müssen ihre Redner nach Norddeutschland dirigieren und die Norddeutschen die ihrigen nach Süddeutschland. Wir glaubten, daß sich eine gewisse Verständigung erzielen ließe, und daß Unstimmigkeiten, die sich immer wieder auch bei uns zwischen Nord und Süd ergeben, am besten ausgeglichen würden, wenn wir uns gegenseitig mehr verstehen lernen. Es ist kein Gebrauch von dieser Anregung gemacht worden. In dieser Konferenz ist bereits die Frage der Budgetabstimmung beraten worden. Auf diesen Konferenzen, die immer tagen, werden selbstverständlich keine Beschlüsse gefaßt. Aber es haben dort die verschiedensten Redner, zuerst Genosse Seitz und dann auch Vertreter der bayerischen und württembergischen Genossen zu der Frage gesprochen. Von unserer Seite wies ich darauf hin, daß wir gegenwärtig unter besonders schwierigen Verhältnissen stehen, und daß — wenn die Entwicklung weiter so ihren Lauf nehmen würde — wir ernstlich zu überlegen haben würden, ob nicht die besonderen, zwingenden Gründe vorliegen, und ich habe schon damals den Standpunkt vertreten, daß wir

Innerhalb des Lübecker Beschlusses den nötigen Spielraum

haben. Genosse Pfannkuch hat seine abweichende Meinung dahin geltend gemacht, daß er der Ansicht sei, es könne erst dem Budget zugestimmt werden, wenn die sozialdemokratische Fraktion ausgeschrieben sei. Aber gleichviel, welche Auffassung vertreten wurde, wenn man diese Dinge als Freund miteinander bespricht, dann frage ich Sie, konnte es in irgendeiner Weise überraschen, welche Stimmung bei uns in Süddeutschland vorhanden war? Hat denn der Genosse Pfannkuch — dazu war er doch delegiert — den übrigen Mitgliedern des Parteivorstandes nicht berichtet? Wir waren vollständig davon, als man kurz vor unserer Abstimmung getau hat, als ob man gar nicht informiert wäre. Und noch ein weiteres. Auf dieser Konferenz wurde aus Gründen, die mit der Budgetabstimmung nicht zusammengehören, sondern mit der bayerischen Politik und mit Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den Württembergern zusammenhängen, angeregt, ob nicht eine nochmalige Konferenz stattfinden könnte, und es wurde dabei auch ausdrücklich betont, man könne sich dann weiter über die Budgetfrage unterhalten. Es wurde den Württembergern übertragen, die Konferenz einuberufen und auszusprechen, daß sie innerhalb dreier Monate stattfinden sollte. Alles im Beisein des Parteigenossen Pfannkuch vom Parteivorstand! Wenn Pfannkuch nur den Wunsch geäußert hätte, auch an der zweiten Konferenz teilzunehmen, so wäre selbstverständlich dagegen nichts zu sagen gewesen. Ich frage alle, die dort anwesend waren, ob irgend eine Stimmung gegen den Parteivorstand herrschte. (Zuruf: Nicht im geringsten!) Wir haben uns freundschaftlich, kollegial beraten. Ich bin überhaupt der Meinung, daß manche Dinge, die zum Schaden der Sozialdemokratie zu einer öffentlichen Staatsaktion gemacht werden, besser erledigt würden, wenn man sich kollegial zusammensetzt; allerdings nicht vom dem Standpunkte der Herrscher und Beherrschten, sondern von dem Standpunkte der kollegialen Gleichberechtigung. (Sehr gut bei den Süddeutschen.) Die Württembergischen Parteigenossen haben dann der Konferenz eingeladen, und während wir bayerische Abgeordnete an der ersten Konferenz, wo es sich um die Aktion für den preussischen Wahlkampf handelte, vollständig anwesend waren, haben wir zu der zweiten Konferenz, nach dem einmal festgesetzt war, daß keine Beschlüsse gefaßt werden sollten, sieben Mitglieder von unseren einundzwanzig für eine genügende Delegation gehalten. Fünf sind schließlich nur da gewesen. Das beweist Ihnen schon, daß wir die Frage der Budgetabstimmung durchaus

nicht als eine Haupt- und Staatsaktion

aufgefaßt haben, und daß bei uns alle anderen Motive eher vorhanden waren als die, uns in irgend einer Weise gegen Parteitagebeschlüsse aufzulehnen, sondern wir haben immer gesagt, wir müssen uns im Rahmen der Lübecker Resolution halten. Ich bedauere, daß ich so ausführlich auf diese Angelegenheiten eingehen mußte. Aber nachdem diese Dinge in der Preppolemik eine so bedeutungsvolle Rolle gespielt haben, muß ich Gelegenheit nehmen, sie darzustellen, wie sie sich in Wirklichkeit abgepielt haben, weil ich noch immer überzeugt bin, ich habe nicht die Aufgabe, den Parteivorstand zu erweitern, sondern dahin zu wirken, daß wir uns nach Möglichkeit zusammensuchen.

Ich muß nun begründen, weshalb die bayerische Landtagsfraktion dem Finanzgesetz diesmal die Zustimmung gegeben hat. Zunächst betone ich, die treibenden Elemente bei dieser Zustimmung waren nicht unsere akademisch gebildeten Genossen, sondern die Arbeiter. (Hört! hört!) Der Ausfall der Wahl in Bayern brachte uns eine Anzahl Mandate, die uns selbstverständlich eine höhere Verantwortung auferlegten. Schon in der ersten Fraktions Sitzung haben wir unseren Aktionsplan festgelegt. Wir haben es darauf angelegt, die Regierung zu zwingen, jetzt bei der direkten Wahl und der für uns günstigen Situation so viel wie möglich für die Arbeiter zu bewilligen. Die Lohn-erhöhungen, die sonstigen sozialen Verbesserungen, die Ausgestaltung der Pensionskassen usw. betragen in dem diesmaligen Finanzgesetz zirka acht Millionen Mark. Ich habe gar keine Veranlassung, in irgend einer Weise die bayerische Regierung zu loben. Es ist mir das vom politischen Standpunkt aus unangenehm, daß ich hier Tatsachen feststellen muß, die ich und

Sie für selbstverständlich halten müssen. Aber es kann gesagt werden, daß es nicht ganz so liegt, wie Vebel auseinandergesetzt hat. Daß alle diese Sachen bewilligt werden mußten, weil infolge der Zoll- und Ausbürgerungspolitik der Regierung auch entsprechende Zulage gegeben werden muß, das ist gewiß richtig. Aber es kommt doch darauf an, ob nicht durch das Antreiben einer Gruppe, hinter der eine Macht steht wie die Sozialdemokratie, die Regierung vorangetrieben werden kann. (Sehr richtig!) Segit war Vorsitzender des sozialen Ausschusses, der die sämtlichen Arbeiterfragen vorzubereiten hat, und er hat es verstanden, in den 27 Sitzungen so zu disponieren, daß bei jedem einzelnen Etat die Ergebnisse des sozialen Ausschusses vorlagen, und die finanziellen Konsequenzen gezogen werden konnten. Früher wurden die Arbeiterangelegenheiten so verschleppt, daß erst am Schlusse der Session Beschlüsse zustande kamen, die nur den Wert hatten, nach außen hin zu prangen, ohne daß die finanziellen Konsequenzen gezogen wurden; diesmal, wie gesagt, bei jedem Etat. So gelang es z. B. beim Etat der Jagd-, Forst- und Triftverwaltung der geschickten Führung unserer Leute, noch 607 000 Mark mehr einzustellen, als beabsichtigt war. Auch beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung haben wir eine größere Summe mehr einsehen können. Es kommen da viele Parteigenossen in Betracht, die in deren Betrieben arbeiten und unsere Tätigkeit genau verfolgen. Es ist doch bei uns ganz anders, wo die Staatsarbeiter organisiert sind, als in Preußen, wo das nicht möglich ist. Unsere Staatsarbeiter verfolgen unsere Tätigkeit viel mehr kritisch. Wir haben in Verhandlungen ihre Stimmungen kennen gelernt. Wir haben es verstanden, eine Petition der grünen Arbeiter, die der Regierung zunächst zur Verdisziplinierung überwiesen war, dem Finanzausschuß zu überweisen und brachte es fertig, daß eine weitere Summe von 82 000 Mark für Urlaubsgewährung an Arbeiter, die über 10 Jahre im Betriebe sind, eingestellt wurden. Das sind Fragen, die wichtig genug sind, daß wir uns eingehend damit beschäftigen. Es mochte zunächst kleinlich erscheinen, aber es ist immerhin für die in Betracht kommenden Arbeiter ein bedeutender sozialer Fortschritt. Dann kam diesmal die wichtige Frage des Gehaltsregulativs und des Beamtengesetzes, und Vebel irt auch hier, wenn er meint, daß die Beamtenerhöhung ohne weiteres gekommen wäre. Die Sache liegt vielmehr so: Seit 1883, wo die Sozialdemokratie im bayerischen Landtage tätig ist, hat die Frage eines Beamtengesetzes und eines vernünftigen Gehaltsregulativs eine außerordentliche Rolle gespielt. Und die sozialdemokratische Fraktion war immer der Treiber. Dermal lagen

das Gehaltsregulativ und das Beamtengesetz

vor. Es hat in der Gesetzperiode 18 1/2 Millionen Mark erfordert. Wir haben im Ausschuss drei Genossen gehabt und es ist uns gelungen, die Gehälter der niedrigen Gruppen bedeutend günstiger zu gestalten, als es die Regierung vorgeschlagen hat. An den Gehältern der Klasse 1 bis 12, das sind die oberen Beamten, wurden 870 470 M. gespart. Bei der Klasse 13 bis 17, das sind die mittleren Beamten, wurden 526 200 Mark zugelegt. In der Klasse 18 bis 30, das sind die unteren Beamten — unsere Parteigenossen sind es zum großen Teil, die auf uns gerechnet haben — da ist es gelungen, eine Summe von 1 112 750 M. mehr einzustellen. Und wie hat sich die Sache nun im einzelnen gestaltet? Ich muß das hier sagen, da die Verhältnisse von unserem Zentralorgan vollkommen unrichtig berichtet worden sind. (Hört! hört!) Und nicht ohne Grund. Es sind da Meldungen in die Welt hinausgegangen, die vollkommen falsch waren. Das erkenne Sie an dem einen Beispiel an der Klasse 18, bei den Vauameistern und Werkführern. Da betrug das Anfangsgehalt 2115 M. und stieg in 26 Dienstjahren auf 3015 M.; jetzt steigt es von einem Anfangsgehalt von 2215 M. in 19 Dienstjahren auf 3115 M. In der Klasse 25, die Totenbediener usw., stieg früher das Gehalt in 27 Dienstjahren von 1231 M. auf 1555 M., jetzt von 1500 M. in 19 Dienstjahren auf 2100 M. Dann die Klasse 30, Bahnwärter, Straßenwärter, Waldwärter usw. Bisher war das Anfangsgehalt 780 M., nach 26 Dienstjahren Höchstgehalt 1090 M. Jetzt haben sie ein Anfangsgehalt von 1200 M., nach 12 Dienstjahren von 1700 M. Höchstgehalt. Für die unteren Beamtensklassen hatte die Regierung 1100 M. angelegt. Unserem Eintreten ist es mit zu danken, daß das Anfangsgehalt auf 1200 M. heraufgesetzt wurde. Ich frage Sie, Parteigenossen, sind das Dinge, die sich von selbst verstehen und sind das nicht Sachen, die auch nicht von unseren theoretischen Genossen beobachtet werden? (Hört! hört!) Es sind das alles Sachen, die für die Lebensverhältnisse der unteren Bevölkerungsschichten von außerordentlicher Wichtigkeit sind. Wir Sozialdemokraten haben also, im Rahmen unseres Parteiprogramms stehend, alles aufgeböhnt, die soziale Lage der Arbeiter zu bessern. Wir haben uns bemüht, das möglichste zu tun, was notwendig war. Bei der Lehreraufbesserung haben wir kräftig gewirkt, jedoch eine Summe von 3 565 000 M. bewilligt wurde. Wir haben unsere Hand geboten, daß bei allen anderen Kulturfragen vorgegangen wurde. Vebel sagt ja in der Frage der Wasserkrast: das ist selbstverständlich, das muß die Regierung machen. Das ist nicht selbstverständlich. Wer die Sache einmal studiert, und erfährt, wie die Regierung in Bayern zu der jetzigen Auffassung gekommen ist, daß mit der Gewinnung der Wasserkrast vorangegangen werden muß, der wird finden, daß es der Stellung unserer Parteigenossen, insbesondere der planmäßigen Tätigkeit, die unser Parteigenosse Adolf Müller auf diesem Gebiete entfaltet hat, zu danken ist, daß sie nun endlich diesen Standpunkt einnimmt. (Sachen.) Nicht um unserer schönen Augen willen (Zuruf: Nein!), ganz sicher nicht, sondern weil man die Macht, die hinter uns steht, respektieren muß. (Lachen und lebhafter Widerspruch.) Wir müßten ja eine traurige sozialdemokratische Partei sein, überhaupt eine traurige Kulturpartei, wenn wir meinen sollten, daß wir nicht auch auf den gegenwärtigen Klassenkampf einwirken sollten. Zustimmung. (Lachen, Widerspruch und Bewegung.) Ist denn die Sozialdemokratie politisch so machtlos in Deutschland, daß wir nicht erklären sollten, es ist alles in Deutschland, was kulturell besteht, der Sozialdemokratie zu danken. (Lebhafter Beifall. Zuruf: Selbstverständlich!)

Es ist dann von Anfang an gesagt worden, der Disziplinbruch der bayerischen Genossen qualifiziere sich noch um so schärfer, weil in Bayern

der Militärretat

mit in dem Budget enthalten war und wir ihm zugestimmt haben. Das war eine besondere Anlage gegen uns, und Parteigenossen, nicht ohne Absicht hat der „Vorwärts“ sie gedruckt. Er hat sich gesagt, daß das die Empörung am besten aufschließen werde, wenn man sagt, der Militärretat war dabei, und soweit sind die Leute schon geneigt, daß sie auch dem zugestimmt haben. Parteigenossen! Die Sache wäre ganz abgetan nach der loyalen Kotize, die der „Vorwärts“ nachher gebracht, daß er sich geirrt hätte, wenn nicht ein anderes Parteiorgan, ein wissenschaftliches Parteiorgan, wiederum mit dieser Behauptung aufgetreten wäre. Ich muß deshalb erklären, wir haben beschloffen, in namentlicher Abstimmung am 31. Januar gegen den jährlichen Militärretat zu stimmen. Der bayerische Militärretat ist ein Quotenetat. Er wird ja aus dem allgemeinen Reichsetat herausgeschnitten, es geht auch daraus hervor, daß er in keinerlei Zusammenhang mit den übrigen Finanzgesetzen steht, weil er am 1. April beginnt und der andere Etat am 1. Januar angeht. Er ist ein jährlicher Etat, und der andere ein zweijähriger. Der „Vorwärts“ aber, der das zwar zurückgenommen hat, der „Vorwärts“, der es vordem uns als das größte Verbrechen anrechnete, sagt nachher ganz gelassen, es sei das übrigens ganz belanglos. (Hört, hört!) Parteigenossen! Das muß ich schon sagen, ein Parteiorgan, das sich Zentralorgan nennt, das besteht ist mit zwölf Redakteuren, sollte über diese einfachen Finanzgeschichten doch die nötige Kenntnis haben. Er sollte sich genügend über unsere An-

gelegenheiten orientieren, damit er in den einfachsten Dingen nicht mehr so schlecht Bescheid weiß.

Ich freue mich über den Fortschritt, den unsere Parteibewegung seit 1894 gemacht hat. Ich belenne Ihnen offen, daß ich damals eine gegen die Budgetbewilligung gerichtete Resolution mit unterschrieben habe. Ich habe mir später, als ich mit dem Budget zu tun hatte, doch gesagt, Du hast die Sache ziemlich leicht genommen. Sie können mir das als Schwäche auslegen, aber ich habe damals nicht gemerkt, was ein Budget ist. (Heiterkeit und Sehr gut!) Schön ist es nicht, das zu sagen, aber ich habe den Mut, das zu belennen.

Wie ist das bayerische Budget gestaltet?

Das Zivildbudget besteht aus einem ordentlichen und einem außerordentlichen Budget. Im ordentlichen Etat belaufen sich die direkten Steuern auf 46 Millionen. Diefem Etat haben wir selbstverständlich zugestimmt, ebenso einer Reihe anderer Etats, so dem Etat der Verwaltung der Bergwerke, Hütten und Salinen, der Verwaltung der Posten und Telegraphen, dem Eisenbahnetat, dem Etat für besondere Betriebe des Staates — unter diesen besonderen Betrieben befindet sich das königliche Hofbräuhaus in München — (Heiterkeit); für den Etat der Verwaltung der Pölle und indirekten Steuern haben wir natürlich nicht gestimmt. Zu neun Zehnteln mußten wir den Einnahmen unsere Zustimmung geben, und zwar steht diese unsere Haltung im vollen Einklange mit der unserer Parteigenossen in den übrigen geschiedenen Körperschaften. Von den Ausgaben ist zunächst der Etat des königlichen Hofes und Hofes mit 5,4 Millionen zu nennen. Es ist gar nicht darüber zu reden, daß unsere Verwaltung in Deutschland mit den 44 Millionen, die die verschiedenen Monarchen bekommen, außerordentlich teuer ist. Natürlich haben wir gegen den Etat gestimmt. Zunächst haben wir für den Etat für das Staatsministerium gestimmt, unter den die so wichtige Fabrik- und Gewerbeinspektion fällt. Zum Etat der Justiz hat Sähheim in vierstündiger Rede ausführlich den Standpunkt unserer Partei dargelegt, wir haben hier die Ausgabe für den Scharfrichter zu streichen beantragt, im übrigen aber zugestimmt, denn es ist uns gelungen, unseren Einfluß auf dem Gebiete des Strafvollzuges auszuüben, was ja später selbst der „Vorwärts“ anerkannte. Es kommt der Etat des Staatsministeriums des Innern. Unter diesem steht das Gebiet der Arbeiterversicherung, auf dem große Vorteile errungen wurden. Dann kommt wieder ein beträchtlicher Etat, der Etat des Staatsministeriums des Innern für kirchliche und Schulangelegenheiten. Wir haben zwar dafür gestimmt, aber den Standpunkt unserer Partei dem Minister gegenüber voll gewahrt. Es ist richtig, daß Herr v. Wehner unter den bayerischen Ministern einer der tüchtigsten und rücksichtslosesten ist und daß wir ihn auf das Schärfste bekämpfen haben. Aber bei unserer Abstimmung mußten wir unterscheiden, ob der Etat in seinem größten Teile Ausgaben für Kulturzwecke enthält oder nicht. Der Etat beträgt 38 Millionen, während allein die Ausgaben für Erziehung und Bildung sich auf 28 Millionen belaufen. Wir haben zirka 8 Millionen dieses Etats abgelehnt und 30 Millionen bewilligt. Unter den 38 Kapiteln des Etats enthält eines die Ausgaben für die Landesuniversität. Kautsky müßte hier allerdings dem Klassenstaat die Mittel für die Universitäten verweigern. Aber wir kommen da in einen Widerspruch. Kautsky hat sich ja auch die Grundlage seiner theoretischen Bildung auf den Universitäten des Klassenstaates geholt. Freilich, wenn alle Akademiker, die zu unserer Partei kommen, so wie Kautsky nur in grauer Theorie machten, ohne Berücksichtigung der realen Verhältnisse, dann ließe sich vielleicht im Parteinteresse darüber reden, ob wir nicht dem Klassenstaate die Mittel für die Universitäten verweigern sollten. (Große Heiterkeit.)

Auch dem Etat des Staatsministeriums für die Finanzen haben wir zugestimmt, und natürlich auch der Neuordnung der Besoldungsverhältnisse der Beamten und der Aufbesserung des Einkommens der Geistlichen und Volksschullehrer. In seinem Artikel in der „Neuen Zeit“ schreibt Kautsky, die Gehälter der Beamten seien bereits vorher bewilligt gewesen. Damit ist ihm eine große Enttäuschung passiert. Diese Ausgaben stehen nämlich im Finanzetat. Gehaltlich ist das außerordentliche Budget zusammengefaßt. Ich frage Sie nun bei ruhiger, nüchternen Betrachtung: Sieht ein Zivildbudget des bayerischen Staates nicht doch etwas anders aus, wie es sich der eine oder andere gedacht hat? (Zurufe: Nein!) Dazu kommt, daß wir in Bayern

das direkte Wahlrecht

errungen haben; ich gehe nicht darauf ein, aus welchen Gründen. Ich möchte nur erklären, daß sowohl die Auffassung von Vebel, als auch die von Kautsky darüber vollständig irrig ist. Ich nehme das Kautsky durchaus nicht übel. Man kann ein großer Mann der Wissenschaft und ein großer Theoretiker sein, aber doch dadurch, daß man dauernd gezwungen ist, an einem Platze zu sitzen, wichtige Unterströmungen übersehen. Ich begreife sehr wohl, daß Kautsky darüber nicht informiert ist. Wir haben dann in Bayern den Gemeindeproporz errungen, wir haben eine Vertretung in der Zentralstelle für Handel und Industrie und im Eisenbahnrat, wir haben die Teilnahme der Arbeiter an der Bauaufsicht, wir haben das Koalitionsrecht für alle Staatsarbeiter. Der Verkehrsminister mußte ausdrücklich erklären, daß er an alle Dienststellen Weisung erlassen würde, daß sie mit unseren Organisationen zu verhandeln haben. Eine solche Weisung ist natürlich auch ergangen. Weiter ist von der Regierung erklärt worden, daß es in Bayern keinen Verein gäbe, dem beizutreten den Beamten verboten sei. Der Finanzminister hat wiederholt erklärt, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter in keiner Weise gemindert werden solle. Als wir ihn über einen Fall interpellierten, wo ein Beamter von seinen Vorgesetzten gezwungen wurde, aus einem sozialdemokratischen Verein auszutreten, erklärte der Minister, daß er das Verhalten des Vorgesetzten nicht billigen könnte. (Hört! hört!) Diese Tatsachen müssen wir anerkennen, wir wollen die Regierung nicht loben, aber feststellen, was ist. Denn das soll doch nach Laßalle immer noch ein politischer Grundtat der Sozialdemokratie sein. Dann kommt

der Fall Roghaupter.

Das ist ja auch etwas Selbstverständliches. Aber manches, was wir als selbstverständlich ansehen, ist andererseits nicht selbstverständlich. Roghaupter hat in rücksichtsloser Weise den sozialistischen Standpunkt vertreten und hat in keiner Beziehung der Regierung gegenüber geschwankt. Er hat es sehr scharf beurteilt, daß die Gehälter der Minister so gemalt erhöht worden seien. Er ist nicht gemäßigert worden. Wir halten es für selbstverständlich, daß ein Abgeordneter seine Meinung zu vertreten hat, und daß die Sozialdemokratie es anstreben muß, eine gleichberechtigte Partei zu sein. Das wollen wir ja auch nach dem zweiten Teil unseres Programms. Gestern ist der Bürgermeisterrat in Winder in Ludwigshafen als Reichstagskandidat für Ludwigshafen gewählt worden. Er ist in gewissem Sinne Beamter. Wir werden zum Landtage als Nachfolger für Ehrhart wahrscheinlich einen bayerischen Lehrer ausstellen. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß er in seinem Amte bleibt, wir wollen nicht, daß ein Sozialdemokrat gemahregelt wird, wenn er seinen revolutionären Klassenbewußtsein sozialistischen Standpunkt vertritt. Wir haben alle Veranlassung, mit aller Schärfe und Werve, ohne unser Endziel aus den Augen zu verlieren, auch für die politische Freiheit in Deutschland zu kämpfen.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

A. WERTHEIM

KONSERVEN

	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{4}$ Dose
Kaiser-Schoten extra	1.25	68 Pf.
Kaiser-Schoten	1.10	60 Pf.
Junge Schoten extrafein	90	50 Pf.
Junge Schoten I	80	45 Pf.
Junge Schoten II	55	33 Pf.
Junge Schoten III	48 Pf.	
Junge Schoten IV	38 Pf.	
Karotten I	68	40 Pf.
Karotten	48	30 Pf.
Karotten in Streifen	30 Pf.	

	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{4}$ Dose
Gemischtes Gemüse II	65	38 Pf.
Gemischtes Gemüse	48	30 Pf.
Spargel-Köpfe	1.50	80 Pf.
Riesen-Stangen-Spargel	1.90	1.05
Stangen-Spargel I	1.35	73 Pf.
Stangen-Spargel II	1.20	65 Pf.
Stangen-Spargel III	95	53 Pf.
Riesen-Bruch-Spargel	1.35	73 Pf.
Bruch-Spargel extra stark	1.25	68 Pf.

	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{4}$ Dose
Bruch-Spargel I	1 Mk.	55 Pf.
Bruch-Spargel II	75	43 Pf.
Bruch-Spargel ohne Köpfe	65	38 Pf.
Abschnitt-Spargel	44	27 Pf.
Grünkohl	35	23 Pf.
Wirsingkohl	35	23 Pf.
Kohlrabi	25 Pf.	
Pfefferlinge	45	28 Pf.
Znaimer Gurken	Glas	70 Pf.
Senf-Gurken	Glas	65 Pf.

Stangen-Spargel extrastark $\frac{1}{2}$ Dose 1.50, $\frac{1}{4}$ Dose 80 Pf. | **Schoten mit Karotten** $\frac{1}{2}$ Dose 55, $\frac{1}{4}$ Dose 33 Pf.

	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{4}$ Dose
Saure Kirschen ohne Steine	95	53 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen	65	38 Pf.
Mirabellen	68	40 Pf.
Reineclauden	85	48 Pf.
Erdbeeren in Zucker	1.40	75 Pf.
Himbeeren	1.25	68 Pf.
Aprikosen	1.20	65 Pf.
Preisselbeeren	ca. 1 Kilo 70 Pf.	ca. 2 Kilo 1.35 ca. 5 Kilo 3.30

	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{4}$ Dose
Pfirsiche	1.30	70 Pf.
Melange Früchte	1.10	60 Pf.
Johannisbeeren	68 Pf.	
Heidelbeeren	58 Pf.	
Birnen weisse ganze Frucht	70	40 Pf.
Birnen halbe Frucht	75	43 Pf.
Apfelmus	60 Pf.	
Apfelmus	ca. 2 Kilo 1.15	ca. 5 Kilo 2.85

Kalifornische Früchte	
Aprikosen in Gläsern	2.85
Aprikosen	$\frac{1}{2}$ Dose 1.95
Pfirsiche	$\frac{1}{2}$ Dose 2.50
Dunst-Früchte	
Stachelbeeren in Gläsern	55 Pf.
Johannisbeeren in Gläsern	55 Pf.
Kirschen in Gläsern	55 Pf.
Heidelbeeren in Gläsern	55 Pf.

Erdbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 90, $\frac{1}{4}$ Dose 50 Pf. | **Stachelbeeren** $\frac{1}{2}$ Dose 60, $\frac{1}{4}$ Dose 35 Pf.

Bratheringe	Dose 47 Pf.	Delikatess-Heringe	Dose 83 Pf.	Russ. Sardinen	Glas 25 Pf.
Bismarckheringe	Dose 47 Pf.	Delikatess-Heringe	Dose 52 Pf.	Anchovis	Glas 25 Pf.

KOLONIALWAREN

Viktoria-Erbisen	Pfund 17 Pf.
Kleine Erbsen	Pfund 16 Pf.
Grosse Linsen	Pfund 28 Pf.
Mittel Linsen	Pfund 20 Pf.
Kaliforn. Aprikosen	Pfund 65 Pf.
Kaliforn. Aprikosen I	Pfund 75 Pf.
Bassein-Reis II	Pfund 20 Pf.
Rangoon-Reis I	Pfund 17 Pf.
Java Reis	Pfund 25, 30, 38 Pf.

Bruch-Reis	Pfund 15 Pf.
Deutsche Makkaroni	Pfund 34 Pf.
Ital. Makkaroni leicht gefärbt, fein und stark	Pfund 40 Pf.
Eier-Makkaroni leicht gefärbt, fein und stark	Pfund 60 Pf.
Handschnitt-Nudeln leicht gefärbt, Pfund	36 Pf.
Ia Handschnitt-Nudeln	Pfund 42 Pf.
Extra Eier-Handschnitt-Nudeln	Pfund 60 Pf.

KAKAO	
Deutscher Kakao	Pfund 85 Pf., 1.10
Holländischer Kakao	In Paketen $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{8}$ Pfund, 1.90, 2.20
SCHOKOLADE	
Haushalt-Schokolade	Pfund 78 Pf.
Block-Schokolade	Pfund 80 Pf.
Vanille-Schokolade	Pfund 1.20, 1.30

Souchong-Tee im Paket, ca. 1 Pfund 95 Pf.

Perl-Kaffee Pfund 1.20 Mk.

FLEISCHWAREN

Gänsebrust	Pfund 1.50 Mk.	Feine Leberwurst	Pfund 95 Pf.
Schlackwurst	Pfund 1.20 Mk.	Landleberwurst	Pfund 90 Pf.
Schinkenspeck	Pfund 1 Mk.	Zwiebelwurst	Pfund 45 Pf.
Mausschinken 2-3 Pfund schwer	Pfund 1.15 Mk.	Rotwurst I	Pfund 65, II Pfund 45 Pf.

Zerelat- und Salamiwurst in Rinddarm Pfund 1.10 Mk.

Junge Gänse	Pfd. 65 Pf.	Tafel-Birnen	Pfd. 20 Pf.
Enten	2.25, 2.85	Pfirsiche	Pfd. 33 Pf.
Suppenhühner	1.75, 2.25	Tafel-Aepfel	5 Pfd. 50 Pf.
Brathühner	85 Pf. 1.10, 1.45	Gravensteiner Aepfel	Pfd. 1.10

Auf Befehl Seiner Majestät!

Der „Parseval“ verunglückt!

Die beiden Berliner Luftschiffe, das Großschiff und das Parsevalsche, sind bei ihren großen Probefahrten vor recht schwierigen Aufgaben gestellt gewesen. Daß beide sie lösten, verdient anerkannt zu werden. Seit Wochen weht auf der norddeutschen Tiefebene ein recht anföhrlicher, oft mit Öben durchsetzter Süd-West, trotzdem geigten beide Ballons sich fast täglich über Berlin und machten ihre berühmten Dauerfahrten von 11 1/2 und 13 Stunden. Wer vorgestern, während der „Parseval“ seine Probe absolvierte, den Militärballon über Berlin in der Luft sah, wie er zierte, wie er abgedrückt wurde, wie er immer wieder neu in Kurs gebracht werden mußte, wer da sah, wie mehrfach der gewaltige Körper von den einsetzenden Böen deformiert wurde, der wußte, daß die beiden Fahrzeuge keine „Vergnügungsfahrt“ machten, sondern einen ernsthaften Kampf mit dem Winde bestanden. In der Tat wurden die Probefahrten von Groß und Parseval ebenso vom Wetter beeinträchtigt, wie die Zeppelin seinerzeit begünstigt war.

Ein Alexander-Sachverständiger leitartikelt im „Tageblatt“ allerdings:

„Ein Dzeandampfer, der seine Ausfahrt verzögert, weil ein Wind von 10 oder 12 Meter weht, verfiel der Lächerlichkeit.“

Solche Beurteilung der Sachlage, die sicher weit verbreitet ist, erklärt am besten das Himmelhochjauchend — Zutodebetäubt, mit dem manche Blätter die Erfolge und die Misserfolge in der Luftschiffahrt aufnehmen. Der Dzeandampfer fährt im Wasser, nicht in der Luft. Und Dzeandampfer, die einen Strom von 10 oder 12 Meter totzufahren vermögen, wie dies unsere modernen lenkbaren Ballons in der Luft erfolgreich tun, gehören zu den Ausnahmen, sind Schnell-dampfer allererster Qualität. Ströme im Wasser von 10 und 12 Meter, wie sie in der Luft etwas Alltägliches sind, würden unseren ganzen modernen Verkehr auf dem Wasser gefährden, wie sie einen regel mäßigen Verkehr in der Luft für alle Zeiten undenkbar machen.

Uns scheint im Gegenteil, daß die Ballonkonstruktoren in dem Bestreben, durch Leichtigkeit Schnelligkeit zu erreichen, die Solidität etwas außer acht gelassen haben. Für die Ballon Motoren scheint dies zweifellos zu sein. Die Ballonkörper sind anscheinend besonderen Strapazen ebensovwenig gewachsen.

Warum Parseval fuhr.

Vorgestern hatte der „Parseval“ eine elfenhalbstündige Dauerfahrt bei schlechtem Wetter glücklich unternommen, nachdem er vorher schon mit derselben Gasfüllung eine Reihe von Fahrten absolviert hatte. Noch zwei Proben standen ihm bevor, eine Höhenfahrt und eine Wagenfahrt in verpacktem Zustande mit darauffolgender Füllung. In der Höhenfahrt wäre es vielleicht notwendig gewesen, eine Neufüllung vorzunehmen. Aber dazu kam es nicht. Ursprünglich bekamen die Herren Groß und Parseval Befehl, ihre Ballons nach dem Bornstedter Felde bei Potsdam zu führen. Dort wollte der Kaiser eine Parade der deutschen Luftflotte abnehmen.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet darüber:

„Auf dem Paradeplatz in Potsdam waren der Kaiser und die Kaiserin mit Gefolge in den leuchtenden gelben Automobilen erschienen und harrten seit 9 1/2 Uhr der Ankunft der beiden Luftschiffe. Die Bornstedter Seite war durch Militär und Hilfsmannschaften für etwaige Landungen abgesperrt worden, denn es schien keinesfalls unwahrscheinlich, daß der Kaiser bei leblicher Bitterung selbst einen Aufstieg im Ballon gemacht haben würde. Der Standpunkt der Postgesellschaft, die sich aus etwa zwanzig Offizieren und zehn Damen zusammensetzte, war in einem Talteufel so tief, daß von dort aus nicht einmal der mit dem Winde ganz in der Nähe lämpfende Militärballon zu beobachten war, der überdies noch durch den Pfingsberg verdeckt wurde. ... Aus Westen her stieg eine schwarze Wolkenwand herauf und drohte strömenden Regen zu bringen, den sie später auch über die zahlreich anwesenden Zuschauer ausschüttete. Gleichzeitig nahm der Wind einen böigeren Charakter an. ...“

Kleines feuilleton.

Internationale Wissenschaft. Mit dem Fortschreiten der Wissenschaft werden auch die nationalen Grenzen immer mehr beiseite geschoben, und auf gewissen Gebieten wäre eine Entwidlung nicht denkbar gewesen, wenn nicht alle Länder ihre Erfahrungen und Studien zur Auffindung gemeinsamer Schlüsse beigeuert hätten. Ein Zentrum der Wissenschaft ist die Royal Society (die königliche Gesellschaft), die 1645 als Privatgesellschaft zu Oxford gegründet und 1662 nach London verlegt wurde; Staatsanstalt ist sie seit 1663 in London, an deren Arbeit 29 Länder teilnehmen. Die Mitglieder dieser Gesellschaft reichen ihre Mitteilungen ein, die dann die Basis des von dem Institut herausgegebenen Katalogs bilden. Im Jahre 1908 gingen zum Beispiel 700 000 derartige Einzelberichte ein. Den Vorstand des Unternehmens bilden Vertreter aller angeschlossenen Länder; der Vorsitzende ist Prof. Armstrong. In dem Bureau in London arbeiten 13 fest angestellte Männer der Wissenschaft, denen 19 Experten, die Vertreter der verschiedenen Gebiete beigegeben sind. Die Jahresausgaben, ohne die Publikation des Katalogs belaufen sich auf 44 000 M. Jedes Land hat wieder seine speziellen Bureaus. In Deutschland untersteht das Zentralbureau Professor Hiltworm, der mit 6 Assistenten arbeitet und die Nachrichten der verschiedenen Institute sammelt. Weitere Bestrebungen des Bureaus gehen dahin, einheitliche Maße und Methoden einzuführen, die auf streng wissenschaftlicher, also allgemeiner gültiger Basis beruhen; ebenso versucht man einheitliche Bezeichnungen auf den verschiedenen Wissensgebieten durchzuführen. An den jeweiligen Kongressen werden bestimmte Kommissionen mit Spezialstudien über besonders wichtige Fragen betraut, so daß die Arbeiten sich wirklich wie ein Netz über alle Gebiete erstrecken.

So ist in dieser wissenschaftlichen Gesellschaft ein wertvoller Anfsatz zu einer internationalen Organisation der Wissenschaften geschaffen. Freilich ist eine planmäßige und systematische Organisation der Wissenschaft in der privatkapitalistischen Gesellschaft so wenig zu verwirklichen, wie eine Regelung der Produktion.

Theater.

Berliner Theater: „Die Journalisten“ von Gustav Freitag. Nach der kuriosen Zwischenherrschafft Ferdinand Bonn tritt das Theater in der Charlottenstraße unter Direktion der vormaligen des Brahmschen Ensembles angehörigen Herren Reinhard und Bernauer jetzt von neuem in den Kreis der ernst zu nehmenden Berliner Bühnen ein. Die Vorstellungen wurden am Dienstag mit der Generalprobe von Freitag's „Journalisten“ vor einem geladenen Publikum, das den großen in Einzelheiten renovierten Puschauertraum bis auf den letzten Platz füllte, eröffnet. Der Applaus klang warm und herzlich. Man freute sich, den altbekannten Geistes des Lustspiels, von denen einige — der arme Schmod, der

Die Ausfahrt.

Während man so in Potsdam des befohlenen aeronautischen Schauspielts harrete, wurden in Tegel die Vorbereitungen dazu getroffen.

Ein Augenzeuge schreibt der „Volks-Zeitung“ darüber:

„Auf dem Gelände der Luftschifferabteilung am Zegeleer Schießplatz herrschte heute morgen lebhaftes Treiben. Kurz vor 8 Uhr rückten die Mannschaften der Luftschifferabteilung vor die beiden riesigen Hallen, die den Parseval-Kreuzer und das Militärballon bergen. Bald darauf erschienen zahlreiche Offiziere, unter ihnen Erbauer, Führer und Begleiter der Luftschiffe, die in lebhaften Debatten die Frage erörterten, ob es ratsam sei, heute die geplanten Aufstiege zu unternehmen. Denn oben in einer Höhe von 200 Meter schwankte der Fesselballon, der als Windmesser dient und automatisch die Windstärke nach unten meldet, in bedenklichen Sprängen hin und her. Ordnungen wurden in kurzen Zwischenräumen nach dem Bureau gesandt, um die letzten Nachrichten über die Windstärke einzuholen. Immer wieder brachten sie die unerwünschte Meldung: „13,9 Sekundenmeter“. Fast schien es aussichtslos, daß die Fahrten unternommen werden konnten. Trotzdem öffnete sich die eisernen Tore der Halle des Militärballons, Kommandantur erhalten schnarrend durch die Luft, die Propeller begannen ihre surrenden Drehungen, und nach wenigen Augenblicken stand der Ballon zur Abfahrt bereit. Er wurde auf das Terrain der Motorluftschiffahrtsgesellschaft hinübergezogen und nahm den Inspektor der Berlestruppen, Generalleutnant v. Linder, die Majore Groß, Sperling und Reiser, den Hauptmann v. Schulz, den Oberingenieur v. Wasenach und zwei Ingenieure an Bord. In diesem Augenblick trat die Sonne durch die Wollen und ließ das Luftschiff in hellem Golde erstrahlen. Oben heulte der Wind gegen den schwankenden Fesselballon.“

Man schüttelte den Kopf, als das Kommando zur Abfahrt gegeben wurde, und man erzählte sich, daß die Sachverständigen dringend abgeraten

hätten, die Fahrt zu unternehmen, daß aber Generalleutnant v. Linder darauf bestanden habe. Bald schwebte das Luftschiff in einer Höhe von etwa 100 Meter über dem Schießplatz, machte einige Wendungen und verschwand in der Richtung nach Spandau in dem Nebel, der über dem Horizont lagerte.

Eine Stunde später, Punkt 9 Uhr, wurde auch der Parseval-Ballon aus seiner Halle gezogen. Major Parseval ging in seiner blauen bayerischen Uniform geschäftig auf und ab und schien mit seinen Veratern auch jetzt noch die Bedenken gegen den Aufstieg zu erörtern. Da meldet eine Ordmann, daß der Wind eine Kleinigkeit nachgelassen habe, und Major Parseval gab schließlich den Befehl zum Aufstieg. Außer ihm nahmen Hauptmann von Reiser, Ingenieur Kiefer und Werkmeister Weis in der Gondel Platz. Die Propeller begannen zu arbeiten und der Motor stieß wie aus Lebermut eine gewaltige Rauchsäule aus. Um 9 Uhr 20 Minuten erlöste das Kommando zur Abfahrt. Der Ballon stieg rasch in eine Höhe von etwa 100 Meter und schlug ebenfalls die Richtung nach Spandau ein, um seinem Ziele nach Potsdam zuzusteuern.“

Die Katastrophe.

Um die erste Stunde durchschwärmten Berlin unheimliche Gerüchte von einem Unglück, das den „Parseval“-Ballon betroffen hätte. Er wäre mitten durchgedrückt. Ob Menschenleben verurteilt seien, wußte man nicht.

Endlich brachte der in unserem Sekretariat aufgestellte Ferndrucker folgendes offiziöse Telegramm:

Berlin, 16. September. (11 Uhr 50 Min.) Das auf der Fahrt nach Döberitz begriffene Parseval-Luftschiff wurde, als es heute vormittag 9 1/2 Uhr über dem Halensee manövrierte, von einem Windstoß erfaßt, geknickt und zum Sinken gebracht; es ging auf das Dach einer in der Trabener Straße gelegenen Villa nieder.

Das Militärluftschiff wurde kurz vor 10 Uhr vormittags über Potsdam gesehen, konnte aber wegen des heftigen Windes nicht landen und kehrte nach dreimaligen vergeblichen Landungsversuchen nach Berlin zurück.

Um 12 Uhr 55 Minuten brachte der Apparat folgende genauere Nachricht:

Berlin, 16. September. Das Parseval-Luftschiff sollte heute nach dem Bornstedter Felde fahren, um dort dem Kaiser vorgeführt zu werden. Es fuhr mit einer Geschwindigkeit von 15 Metern gegen einen Wind von 10 bis 12 Meter Stärke. In der Nähe des Bahnhofes Grunewald brach die linke Stabilisierungsfläche und

schreiben kann rechts und schreiben kann links, das würdige Oberhaupt der Piepenbrinks und Konrad Volz, der unverwundlich lustige journalistische Laufendkünstler — zu sprichwörtlicher Beliebtheit gelangt sind, wieder zu begegnen, zu sehen, wie frisch trotzdem ein halb Jahrhundert über sie hingegangen, erhalten haben. Selbst das langsame Tempo der blässlichen Szenen im Hause des Obersten erweckte keine Ungebuld, es lag ein Reiz patriarchalischer Gemächlichkeit darüber.

Der Volz des Herrn Korff vom Wiener Burgtheater entwickelte sich im Laufe des Abends zu einem prächtigen charmanter Vorkühnen. Am Anfang befreundeten in Ton und Haltung Anklänge einer gewissen Eitelkeit, die aber mit dem Fortschritt des Stückes immer mehr zurücktrat und schließlich in dem Eindruck des Gesamtbildes, das auf echt Volz'schen Lebermut und Volz'sche Liebenswürdigkeit gestimmt war, ganz verschwand. Den Glanzpunkt der Leistungen bildeten in seiner Abtönung von Gefühl und Ironie die Liebeszenen, und im Vorlesenen die moralische Groberung der Piepenbrinks. Albert Heine verkörperte den ehrenwerten Weinändler und Wählmann mit drohendem Humor, aber für den harmlos behaglichen Charakter des Stückes zu starker Unterstreichung der alkoholischen Merkmale. Reinhard war ein vorzüglicher, bei aller Komik Mitleid auslösender Schmod, Herr Dumke ein drolliger und doch diekester Wellmann. Von den andern Darstellern seien hier nur noch Gustav Volz und Joseph Klein genannt, die sich mit den etwas farblosen Rollen der beiden Wahlmandbdaten in geschickter Weise abfanden.

Humor und Satire.

— **Hebung des Lehrerstandes.** In Preußen herrscht leider ein Lehrermangel, aber auch ein Mangel an Unteroffizieren. Der Lehrermangel läßt sich noch ertragen, denn Lesen, Schreiben und Rechnen lernen die Kinder auch so, aber bedauerlicherweise und bedenklicher ist der Unteroffiziermangel. Der Patriot muß auf Abhilfe sinnen, bevor es zu spät ist. Den Unteroffizieren muß ihr Stand begehrtenwert gemacht werden! Nun kann man zwei Pläne mit einer Mappe schlagen, indem man jedem Unteroffizier, der im Besitze eines Zivillieferungsscheines ist, eine Lehrerstelle gibt; Stellen genug sind ja da, und da jeder Unteroffizier lesen, schreiben und rechnen kann und überdies die Disziplin aus dem A versteht, so wird er ein vorzüglicher Lehrer sein. Andererseits wird der Stand der Lehrer gewinnen, wenn ihn auf diese Weise Kräfte aus höheren Gesellschaftsklassen zugeführt werden. Die Lehrer würden sich sehr geehrt fühlen, wenn sie bei ihrem 50-jährigen Dienstjubiläum oder bei einer sonstigen geeigneten Veranlassung den Titel Feldwebel erhielten.

— **Die Verwilderung zwischen Ballett und Wissenschaft** macht immer weitere Fortschritte; man kommt dem idealen Ziele immer näher, die Wissenschaft auf die Höhe des Balletts zu erheben. In diesem Zweck ist ein neuer Professoren-austausch in Sicht: ein Semster lang wird Fräulein Dell'Erä an

ein dadurch gehobener Rahmen stieß ein großes Loch in den Ballon hinein, so daß das Gas entwich. Der Ballon klappte infolgedessen zusammen und fiel zum Teil auf das Dach einer Villa, zum Teil auf die Säume bei der Villa, Trabener Straße 28. Die Besatzung der Gondel, welche aus dem Major Parseval, Hauptmann v. Reiser, Ingenieur Kiefer und einem Maschinisten bestand, blieb wohlbehalten. Das Luftschiff wurde gegen 12 Uhr von Mannschaften des Luftschiffbataillons fortgeschafft.

Nach der Katastrophe.

Ein Verichterstatter meldet uns: Die erste Meldung von dem Unfall erging an die Wilmersdorfer Feuerweh. Strahlenpassanten hatten von der Halensee Brücke aus den Absturz des Ballons beobachtet und den nächsten Feuermelder gezogen. Schon war der erste Wilmersdorfer Löschzug im Begriff, das Depot in der Ringbahnstraße zu verlassen, als telephonisch gemeldet wurde, daß in der Trabener Straße der Parsevalballon heruntergestürzt und explodiert sei. Brandinspektor Dannehl eilte daher sofort auch mit dem zweiten Löschzuge zu der angegebenen Unfallstelle. Kurz nach dem Eintreffen rückte auch bald die freiwillige Feuerweh von Grunewald an. Es stellte sich heraus, daß der Ballon zwar abgestürzt, aber keineswegs explodiert war. Die eine Ballonhälfte lag zusammengeklappt in dem Garten der Villa Trabener Straße 28, die andere Hälfte hing in den Kiefern direkt neben der Villa und war noch mit Gas gefüllt. Für die Feuerweh bestand nun die Hauptarbeit darin, diesen Ballonteil zur Erde zu bringen. Zunächst mußte natürlich der Ballon entleert werden. Um beim Ausströmen des Gases Explosionen durch Flugfeuer zu verhüten, ließ Brandinspektor Dannehl sämtliche Feuerungen in der Villa herausnehmen. Das Entziehen des entleerten Ballons bot dann keine besonderen Schwierigkeiten mehr. Da beim Absturz schon zwei hohe Kiefern umgerissen waren, so erübrigte es sich, weitere Bäume zu fällen. Es war genügend Platz da, um die Vergung zu vollziehen. Gegen 11 Uhr konnten die Feuerwehren wieder in ihre Depots zurückkehren.

Ueber die

Ursache der Katastrophe

äußerte sich Herr Major v. Parseval einem Verichterstatter des „Vol.-Anz.“ gegenüber:

„Die Panne des Ballons ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß unser Luftschiff zu schwach gebaut ist. Der Unfall lehrt, daß für hohe Geschwindigkeit stärkeres Material verwendet werden muß. Jedenfalls ist es besser so, als daß die Militärbehörde nach der Abnahme des Ballons die Erfahrung des heutigen Tages hätte machen müssen. Auf unserer Fahrt wollten wir ausprobieren, ob der Ballon eine große Geschwindigkeit aushalten würde. Wir fuhren mit etwa 10 bis 11 Meter pro Sekunde in einer Höhe von etwa 200 bis 300 Meter.“

Starr oder unstarr?

Mit dem System des Ballons hat der Unfall nichts zu tun. Gegner und Freunde des einen oder des anderen Systems könnten ihn für sich ausbeuten. Die Stabilisierungsflächen sind eine Eigenheit, welche die Ballons aller Systeme besitzen. Ein Unfall, wie der Parsevals könnte ihnen allen passieren. Eine vom Winde hin und hergeschleuderte, an der Wand des Ballons befestigte Latte muß jeden Ballon ledschlagen. Parseval hat sogar, möchte man sagen, an der einzigen Stelle Schiffbruch gelitten, wo er dem starren System Konzeptionen machte! Früher hatte er als Stabilisierungsflächen schlauchartige Aufsätze an dem Ballon, die der Wind aufblies, wie er dies bei dem wurmförmigen Anhängsel des Parseval-Sigsfeld'schen Drachenballons tat. Parseval befestigte diese Konstruktion, die allerdings nie eine Katastrophe wie die gestrige herbeiführen konnte und ersetzte sie durch den wirkungsvolleren Holzrahmen.

Will man objektiv urteilen, so muß man sagen, daß weder die Verhimmelung des einen noch des anderen Systems berechtigt ist, daß alle drei aber auch gleichmäßig die gewaltigen Fortschritte der Motorluftschiffahrt in den letzten Jahren erwiesen haben. Es wird sich zweifellos in der Luftschiffahrt wie im Motortwagenbau und im Bootbau mit der Zeit ein

der Berliner Universität Vorlesungen halten, und Herr Professor Deltsch wird ebenso lange an der Oper tanzen. („Jugend“.)

Notizen.

— **Theaterchronik.** Im Neuen Schauspielhause wird Goethes Faust in der neuen Inszenierung auch Sonnabend und Sonntag in Szene gehen. Die Premiere des Schwanks „Der Kolonialskandal“ wird verschoben.

— Die Berliner Kgl. Bibliothek wurde nach dem Jahresbericht für 1907/1908 in verflorenen Berichtsjahre um 56 884 Bände bereichert. Die Benutzung nahm um 11,5 Proz. auf insgesamt 534 342 Bestellungen zu. Durch Schenkung und Kauf kam eine Reihe seltener und kostbarer Handschriften in die Bibliothek.

— Professor Friedrich Adler, der als Professor und Oberbaucrat lange Jahre von Einfluß auf das Berliner Kirchenbauwesen war, ist 84jährig in Berlin gestorben. Die Berliner Thomaskirche, die restaurierte Schloßkirche in Wittenberg sowie die Erlöskirche in Jerusalem zeigen seine frühere Stile nachahmende Art, die genau so wenig schöpferisch war, wie das erstarrte Kirchen-tum, dem sie diente.

— **Opfer des Alpen sports.** Im Gebiet der Schweizer Alpen sind nach dem Jahrbuch des Schweizerischen Alpenklubs im letzten Berichtsjahre 28 Todesfälle bei Besteigung mittlerer Berge und 30 Todesfälle auf den höchsten Bergen vorgekommen. 25 von den auf eigentlichen Hochtourten Verunglückten waren ohne Führer gewesen. Ein sehr hoher Prozentsatz der Unglücksfälle ist auf das Fehlweissagen zurückzuführen, 17 Abgestürzte hatten noch Edelweiss in den Händen.

— Die Farbe der Bierflaschen und der Wert des Bieres. Nicht nur die Wärme beeinträchtigt den Wohlgeschmack des Bieres, sondern auch die Sonne und das Tageslicht. Aus diesem Grunde sind farblose Flaschen zu verwenden, aber auch nicht alle gefärbten bieten vollständigen Schutz, sondern nur die dunkelrothbraunen. Der unangenehme Geschmack, der infolge der Einwirkung des Sonnenlichtes entsteht, war noch nicht in der Würze vorhanden, sondern bildet sich erst durch die Gärung.

— Was leistet der Dampf? Gegenwärtig beläuft sich die gesamte ausgenutzte Kraft des gesamten Wasserdampfes auf der Erde, unter Einschuß des Lokomotiv- und Dampfmaschinenbetriebes, auf 120 Millionen Pferdestärken. Nach Professor Levidi von der Technischen Hochschule in Dresden erreicht die heutige Dampfmaschinenleistung der Erde bei zehnständigen Betrieb an 200 Arbeitstagen 7200 Millionen Zentner Brennstoff die einem Geldwerte von 5700 Millionen Mark entsprechen. Den gesamten Betriebsaufwand mit Einrechnung aller Unkosten beziffert der genannte Gelehrte auf 11 Milliarden Mark im Jahre. Der Dampftrakt treten als die beiden nächstwertigsten Kraftquellen Gas- und Wasserkraft zur Seite, die es jedoch bisher nur zu einer Gesamtleistung von 5-6 Mill. Pferdestärken gebracht haben.

einheitliches System entwickelt, das sich von allen drei Systemen der Zeitzeit unterscheidet wie ein modernes Fahrrad mit seiner Uebertragung von den ersten alten Hochrädern. Wie dieser Einheitsballon aussehen wird? Na, wenn man's müßte, könnte man ihn morgen bauen! Vorläufig glaubt ja jeder Konstrukteur, er allein hätte das Rezept in der Tasche!

Amilicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. **Markttag:** Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas reger, Preise gut. Geflügel: Zufuhr reichlich namentlich in Gänsen, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr über Bedarf, Geschäft still, Preise gedrückt.

Eingegangene Druckschriften.

Abriß der Agrarfrage von Prof. Dr. H. v. S. 65 Pf. Volkvereinsverlag, R. M. G. **Untersuchungen über den kollektiven Arbeitsvertrag** in Berlin. Herausgegeben von der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin. **Das Weltall.** 22. Heft. Illust. Zeitschrift für Astronomie und verwandte Gebiete. Herausgegeben von Dr. F. E. Archenhold. Verlag: Treptower Sternwarte in Treptow-Berlin. **Koche-Kochbuch.** 12 Lautenlieder. Preis 2 R. Verlag: J. Hofmeyer in Leipzig. **Giovanni Segantini.** Einundzwanzig Zeichnungen mit einem Geleitwort von Rodde. Preis 1 R. 6. Heft der „Kunstgaben“. Verlag von Josef Scholz Mainz. **Taschenbuch für Maschinisten und Heizer** von R. Dinkler. Preis 2,50. — „Die Heizerlehre“ nebst Anhang: „Die Prüfungsfragen“ von R. Dinkler. 3. Auflage. Preis 1,50 R. — „Einrichtung und

Wartung kleiner und mittlerer elektrischer Anlagen“ von G. Saffler. Preis 1,50 R. — „Die Rauchfrage sowie ein Beitrag zur Lösung der Rauchfrage von Dampfmaschinen“ von A. Reichert und L. Belican. Preis 30 Pf. Selbstverlag, Berlin SO. 33, Bialerstr. 45. **Erhebungen bei den Sommer- und Winterbauern im Jahre 1906.** Herausgegeben von der Zentralkommission für Bauernbefreiung zu Hamburg. Verlag J. Neumann in Hamburg. **Protokoll des 7. ordentlichen Verbandstages des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 1906.** 276 Seiten. Selbstverlag in Stuttgart. **Zsani.** Roman von Archibald. 530 Seiten. Verlag G. Müller in München. **Tätigkeitsbericht des sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M.** 1906. 40 Seiten. Selbstverlag Frankfurt a. M. **Jahresbericht.** Sozialdemokratischer Verein Elberfeld-Barmen. 1906. 21 Seiten. Selbstverlag. **18. Bericht 1907/08 der Genossenschafts-Buchdruckerei Solingen.** 15 Seiten. Selbstverlag.

Die Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hoch erfreut an **Ernst Lier und Frau Gertrud geb. Sobock** Parkauer Str. 76.

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Restaurateur **Bruno Schröter,** Fürstenberger Str. 2, am 15. d. M. laßt entschlafen ist. Die trauernde Witwe **Ida Schröter geb. Schneider** nebst Geschwister u. Schwager. Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. September, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Fürstenberger Straße 2, aus nach dem Jüdisch-Kirchhof in Nordend statt. 43302

Todes-Anzeige. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn **Otto Pattloch** im Alter von 41 Jahren am Scharlach verstorben ist. **August Pattloch und Frau** Postamtstraße 4. Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Philippus Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße aus, nach dem städtischen Friedhofe, Seelstraße (Ede Wälderstraße) statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. **Todes-Anzeige.** Am 15. September verstarb unser Mitglied, der Gastwirt **Bruno Schröter** Fürstenbergerstr. 2. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. September, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof der Jüdischen Gemeinde in Nordend statt. Um rege Beteiligung ersucht. 229/12 **Der Vorstand.**

Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Wedding.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Joseph Plaschalla** verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet Donnerstag, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in der Humboldtstraße in Reinickendorf-West aus statt. 31/12 Um recht rege Beteiligung ersucht **Der Zweigvereinsvorstand.**

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Zahlstelle II. Am 14. September, vormittags 9^{1/2} Uhr, starb nach schwerem Leiden unser Mitglied und Kollege **Otto Brunzel** im noch nicht vollendeten 61. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt dem Verstorbenen. Die Zahlstelle Berlin. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalemer Kirchhofes, Kirchdori, Hermannstraße aus statt. 27/13

Deutscher Holzarbeiter-Verband Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler **Paul Schilling** am 14. September gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 17. September, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 90/15 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden anlässlich des Hinscheidens meines lieben Sohnes, meines guten Bruders und Schwagers, des Mechanikers **Paul Wolf,** sprechen wir hierdurch den Kollegen und Kolleginnen der verschiedenen Betriebe sowie allen Verwandten und Bekannten unseren innigsten Dank aus. 10245 **Berta Wolf und Töchter.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf!** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Gustav Hohberg** an Magenkrebs gestorben ist. 122/24 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn **Otto Pattloch** im Alter von 41 Jahren am Scharlach verstorben ist. **August Pattloch und Frau** Postamtstraße 4. Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Philippus Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße aus, nach dem städtischen Friedhofe, Seelstraße (Ede Wälderstraße) statt.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Arbeiter **Fritz Koppe** am 12. d. M. plötzlich am Herzschlag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Neu-Wehner, aus statt. Um stillen Beileid bittet **Ww. Martha Koppe,** geb. Stähler.

Extra-Unterstützungskasse für Buchbinder und verwandte Gewerbe zu Berlin. Sonntag, den 20. d. M., vormittags 10 Uhr, Reichsstr. 15: **Generalversammlung.** Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der Protokolle. 2. Statutenänderung: §§ 3, 5, 6, 12 und 17. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Verschiedene Antragsgegenstände. 10345 **Der Vorstand.** J. H.: H. Herzhoff, Vorsitzender.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl. Verwaltungsstelle Groß-Berlin. **Todes-Anzeige.** Am 14. September verstarb das Mitglied, Kollege **Richard Jesehner.** **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um zahlreichere Beteiligung ersucht 145/20 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Paul Lange** sage ich den Genossen des vierten Kreises, dem Deutschen Buchbinder-Verbande, der Firma Schreiber u. Co., sowie dem Männerchor der Transportarbeiter meinen herzlichsten Dank. **Marie Lange** nebst Tochter.

Von der Reise zurück. **Dr. W. Kramm,** Ackerstr. 79.

Lank-Berliner Lotterie. Ziehung 6. Oktbr. 1906. 485 Gewinne i. W. v. zus. Mark **10 000** 1 Hauptgewinn i. W. v. Mark **5 000** und 484 Gew. i. W. v. zus. **5 000** Kleinsten Gewinn i. W. v. 5 Mk. Lose à 50 Pf. 11 Lose nur 5 Mk. (Porto u. Gewinnliste 20 Pf. extra) sind in allen Lotteriegeschäften u. den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben sowie beim Generals-Debit **Paul Steinberg & Co.** G. m. b. H., Bankgeschäft Berlin C. 64, Rosenthalerstr. 11-12.

Santa Lucia  **Kraft-Rotwein** **Fl. 1.50 u. 2.00** In Apotheken, Drogen- u. Delikatessen-Geschäften, steht unt. ständiger Kontrolle d. chem. Laborator. Dr. C. Bischoff.

Das Geheimnis ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und blendend schönen Teint zu erhalten, besteht in täglichen Waschungen mit der echten **Steckenpferd=Cilienmilch=Seife** von Bergmann & Co., Radebeul. à Stück 50 Pfg. in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

Kapitän-Kautabak = in feinsten Qualität = wieder genügend am Lager. Die Rollen und Bündel (10 Pf.-Vkt.) werden nur noch in Etiketten verpackt geliefert, um den immer wieder vorkommenden wertlosen Nachahmungen entgegenzuwirken. **Kapitän-Kautabak unverpackt** bitte daher, weil unecht, zurückzuweisen. **Carl Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112** (Tel. Amt VII 8861).

„Freischütz“ Fruchtstraße 36a an der Großen Frankfurter Straße empfiehlt seine **Sale** zu **Vereinsfestlichkeiten und Versammlungen** in jeder Größe zu kulanten Bedingungen. 4298L*

Wo? machen wir am Sonntag unseren Ausflug? Nach **Pichelswerder** zum **Alten Freund.** 98002* Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.

Fahrräder-Motorräder-Lager  **Reparatur-Werkstatt** Sämtliche **Zubehörteile.** Billigste Preise. III, 3603. **Arthur Berger,** Danziger Str. 15.

Möbel Schulz Reichenberger Str. 5. Gediene Arbeit. **Außerst billige Preise.** Buch 39012* **Ratenzahlung.**

Ausnahme-Angebot. Wir geben den Roman **Der Idiot** von Dostojewski. (Verf. v. „Schuld und Sühne“) zwei Bände (ca. 1000 Seiten) zu billigen Preisen ab. Statt früher 8 R. jetzt nur 2 Mark. Nur noch eine kleine Anzahl am Lager. **Expedition des „Vorwärts“** Lindenstr. 69. (Radon)

NEUE **SALAMANDER** **ROSENTALEERTOR** **POTSDAMERSTR. 5** **Salamander-Stiefel** werden aus den besten Rohstoffen hergestellt, sind von tadelloser Arbeit und entsprechen der neuesten Mode. Sie kommen zum Einheitspreis von M. 12.50 Luxusausführung M. 16.50 für Herren und Damen zum Verkauf und sind als das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuhindustrie anerkannt. **Fordern Sie Musterbuch V** **SALAMANDER** Schuh-Ges. m. b. H. BERLIN **CENTRALE und VERSAND-ABTEILUNG:** W. 8, Friedrichstraße 182 C. Königstraße 47 SW. Friedrichstraße 221 C. Rosenthalerstraße 1 W. Potsdamerstraße 5




Gardinen-Spezialhaus **Emil Lefèvre** Berlin, Oranienstr. 158 **Riesen-Auswahl!** Abgepaßte Fenster = 2 Flügel a Fenster 2, 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12, 15, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100 M. Ganze Stücke = 22 Meter Länge a Stück 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20 M. Gardinen, Portieren, Stores, Vitrinen, Tüllbettedecken usw. Einzelne Fenster spottbillig! **Pracht-Katalog** mit ca. 600 Abbildungen **gratis und franko.**

Friedenskundgebung.

Ueberreichung einer Adresse des englischen Volkes
an das deutsche Volk.

Sonntag, den 20. September 1908, mittags 12 Uhr,
in der **Neuen Welt**, Hasenhaide 108-114.

Die Ueberreichung erfolgt durch eine Deputation von 20 englischen Arbeiterführern und Parlamentsmitgliedern.

Von englischer Seite werden sprechen:

F. Maddison, Internationale Schiedsgerichts-Liga.
D. F. Shackleton, Präsident des Gewerkschaftskongresses.
W. A. Appleton, Sekretär der General-Federation der Gewerkschaften.
J. A. Allen, Präsident des Genossenschafts-Kongresses.
Uebersetzer: **Eduard Bernstein**.

Von deutscher Seite werden sprechen:

Karl Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Paul Singer, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei.

Massenbesuch erwarten Die Einberufer:

Alwin Körsten für die Berliner Gewerkschaftskommission.

Eugen Ernst für den Verband sozialdemokratischer Wahlvereine.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Freitag, den 18. September 1908, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den „Neuen Arminhallen“,
Kommandantenstraße 58/59, großer Saal:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen mit der Unternehmer-Organisation.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert: 130/10*

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Heute Donnerstag, den 17. September, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus
(gr. Saal), Engel-Ufer 15:

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Tarifbewegung im Zimmergewerbe und die Aufgaben unseres Verbandes. Referent:
Kamerad **Gustav Laue**-Leipzig. 2. Diskussion.
Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder ersucht

255/8

Der Vorstand.

Freitag, den 18. September cr., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Restaurant
„Zur Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20:

Öffentliche Versammlung

Vortrag des Genossen Landtags-Abgeordneten

Heinrich Peus-Dessau über:

„Klassenkampf und Charakterbildung.“

Freie Diskussion. — Zahlreichen Besuch erwartet 290/18
Der Einberufer: **Paul Lenzner**, Karlsruh, Koedlstr. 5.

Stukkateure!

Heute abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei **Elmer**, Kaiser Wilhelmstraße 18m:

Große Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellung zu den Anträgen der Filialen Dresden, Leipzig und
Frankfurt a. M. (Wichtigkeit von Verbandsratsbeschlüssen.) 2. Dis-
kussion und Verschiedenes. 178/18

In dieser Versammlung werden auch noch Meldungen zum Fach-
zeitungsverband angenommen.
Es wird wegen der wichtigen Tagesordnung zahlreiches und pünkt-
liches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Möbel.

Komplette Wohnungseinrichtungen.
Billigste Preise. Teilzahlung gestattet.

Otto Piehl, Brunnenstraße No. 120.
Amt III, 7209. Katalog gratis und franko.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands
Filiale Berlin.

Am Freitag, den 18. September 1908, abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:

3 Agitations-Versammlungen.

Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.

Referent: Genosse **Gustav Schumann** über: „Volkserziehung und wirtschaftliche Entwicklung“.

Andreas-festsäle, Andreasstraße 21.

Referent: Genosse **Max Schütte** über: „Die Schule von heute“.

Schellhase, Steglitz, Ahornstraße 15a.

Referent: Genosse **Julian Borchardt** über: „Die Arbeiter und der Militarismus“.

Weitere Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu der am 29. Mai vertagten öffentlichen Versammlung zwecks Einigungs-
bestrebungen und Berichtendes.

Pflicht aller Kollegen ist es, für guten Besuch dieser Versammlungen zu sorgen! Niemand darf fehlen!

Jeder Kollege begibt sich in die für ihn am nächsten gelegene Versammlung.

103/3

Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am

Moritzplatz,

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Sie erleben Freude!

wenn Sie Ihre bunten Sommerkleider und Herrenanzüge mit

Bechtels

„**Salmiak-Gall-Seife**“

waschen. Sie werden wie neu! Käuflich in Drogen- und

Seifenhandlungen in Paketen zu 45 u. 25 Pf. 212/20*

General-Depot: **Kiewitz & Mook**, Berlin SO. 36, Ratibor Straße 4.



Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 34982*

Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung

St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner

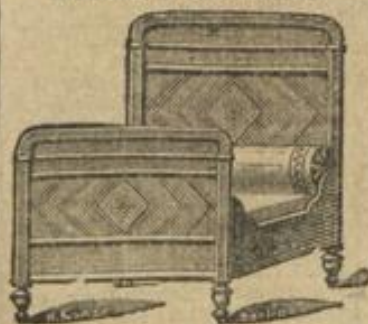
Stichnähererei.

Electromotore für Nähmaschinenbetrieb.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Städten

Eigene Werkstätten!



Für bestes u. trockenes Material garantiert!
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister 41492*

jetzt: **Adalbertstraße No. 6** Hochbahnhof
Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer :: von den einfachsten :: stehen zur Ansicht
bis zu den elegantesten

zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000-Meter umfassenden Geschäftsräumen.

1000 Herbst-
ostüme
elegante moderne Fassons unvergleichlich hübsch
aus feinem Tuch in den neuesten Farben
und gediegenen englischen Fantasiestoffen
15, 20, 25, 30, 40 M

Plüschpaletots, Jacketts u. Mäntel
glatt und mit eleganter Litzen- u. Borden-Garnierung
auch für stärkste Damen stets grosse Auswahl aus
prima Velours du Nord und echt englischem Seal
18, 25, 32, 45, 60, 80 M.

Elegant. Frauenmäntel u. Kimonos
aus prima Tuch und Bakimos, schwarz und farbig
15, 24, 30, 40 M.

1500 Herbst-Paletots
aus modernen englischen und Diagonalstoffen
7, 9, 11, 14, 16, 18, 21, 25 M.

Sielmann & Rosenberg
Kommandanten-, Ecke Lindenstrasse.
12 Schaufenster — 2 Häuser vom Dönhof-Platz.
Unsere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklassiger
Stoffe u. Zutaten vollständige Garantie höchster Reellität.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Schiffer-Versammlung. Am Sonnabend, den 19. September, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Keller, Köpenicker Str. 96/97, eine Schiffer-Versammlung statt. Referent ist Schriftsteller Max Schütte über das Thema: „Die Entstehung der Religion“.

Die Genossen, welche die Verteilung der Handzettel übernommen haben, wollen sich am Freitagabend frühzeitig in den bekannten Lokalen einfinden. Die Genossen des 6. Kreises (4. Abteilung) treffen sich in der Zeitungspedition von Rajakle, Adlerstr. 86 (Ecke Anklamer Straße).

Zur Lokalliste. In diesem Monat hat wiederum die Saison der Vereinsveranstaltungen, als da sind: Stiftungsfeste, Nekrolog-Abendfeiern usw., begonnen. Bestimmte Vereine sind eifrig bemüht, in Fabriken, Werkstätten, überhaupt auf allen Arbeitsstätten möglichst viel Villetts umzusetzen. Wir ersuchen daher, in jedem einzelnen Falle an der Hand der Lokalliste genau zu prüfen, wo diese Veranstaltungen stattfinden, und überall dort, wo gesperrte Lokale in Frage kommen, dem Villettsvertrieb entschieden entgegenzutreten. Selbstverständlich ist, daß organisierte Parteigenossen sich unter keinen Umständen an Vergünstigungen in gesperrten Lokalen beteiligen dürfen.

Folgende Vereine veranstalten in gesperrten Lokalen Vergünstigungen: Am 19. d. Mis. in Mariendorf die „Freiwillige Feuerwehr der Gasanstalt Mariendorf“ hieselbst im Lokal von Herald, Chausseestraße; ebenfalls am 19. d. Mis. der Lotterieverein „Anein den Damen“ im Lokal „Patriotischer Festsaal“, Schönhauser Allee 4, eine „Nekrolog-Abendfeier“; am 20. d. Mis. veranstaltet in Lichtenrade der Inhaber des „Waldrestaurant“, Herr Hermann Gundlach, ebenfalls eine „Nekrolog-Abendfeier“. Für die organisierten Parteigenossen bemerken wir, daß der Besuch obiger Veranstaltungen die eventuellen Folgen eines Verstoßes nach sich zieht.

Treptow-Baumshulenkweg. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Krause in Baumshulenkweg, Holzschlag, eine Frauerverammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Jendel über „Die Frau im Kampf“. 2. Diskussion. 3. Wichtige Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Reinickendorf-Or. Heute abend 8 Uhr findet im Restaurant „Gründer“, Föppestraße 24 der in voriger Woche ausgefallene Lesesaal des Wahlvereins (gemeinschaftlich für die weiblichen und männlichen Mitglieder) statt.

Dranienburg. Die nächste Wahlvereinsversammlung am 20. September findet nicht im Lokal von Braun, sondern bei Schumann, Schützenstr. 84 statt. Die Genossen werden ersucht, nicht nur selbst zu erscheinen, sondern auch ihre Frauen mitzubringen. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Sonntag, den 20., vormittags 8 Uhr, findet nochmals eine Flugblattverteilung behufs Sammlung von Abonnenten für die neu zu errichtende Parteipedition von den bekannten Bezirkslokalen aus statt. Wir bitten dringend, Mann für Mann zu erscheinen, da die für den vergangenen Sonntag angelegte Verbreitung wegen mangelnder Beteiligung nicht durchgeführt werden konnte. Die Zeitungskommission.

Berliner Nachrichten.

Arbeitswilligkeit im Krankenhaus.

Ob in Krankenhäusern die Patienten zu irgendwelchen Arbeiten genötigt werden können, darüber kommt es zwischen Patienten und Pflegepersonal oft zu Streitigkeiten. Zur Arbeit zwingen kann man die Insassen eines Krankenhauses natürlich nicht; auch würde die Weigerung, zu arbeiten, ihnen nicht (wie das in Erholungs- und Genesungsheimen geschieht) als Verstoß gegen die Hausordnung angesehen und mit Ausweisung aus der Anstalt geahndet werden. Es wird aber doch auf die Kranken ein mehr oder minder sanfter Druck ausgeübt, um allerlei Handreichungen und Hilfsleistungen von ihnen zu erlangen.

Nun ist im Prinzip wohl nicht viel dagegen zu sagen, daß man in Krankenhäusern den Patienten die Möglichkeit gibt, sich irgendwie zu betätigen. Vielen Patienten ist durchaus damit gedient, wenn sie in der Melowalesenz nicht zur Untätigkeit verurteilt bleiben. Bei manchen wird es sogar sehr nötig sein, daß sie noch im Krankenhaus sich wieder etwas Bewegung machen. Nebenbei ist bei einer Beschäftigung von Patienten im Krankenhausbetrieb nur das, daß da dem Mißbrauch Tor und Tür geöffnet wird. Wenn das Pflegepersonal so mit Arbeiten überhäuft wird, daß es auch wichtige Handreichungen, die nur sachmäßig ausgebildeten Personen übertragen werden sollten, auf Melowalesenz-Patienten abwälzen muß, dann wird das höchste Gewinn, das der sich betätigende Patient vielleicht davon hat, zehnfach und hundertfach aufgewogen durch den Schaden, den das andere Patienten bringen kann.

Es gibt Patienten, die im Krankenhaus jede Arbeitsleistung verweigern. Forstet man nach dem Grunde dieses sehr nach Ungefälligkeit aussehenden Verhaltens, so zeigt sich oft, daß nur die Form, in der die Aufforderung zur Arbeit erging, den Patienten verhasst hat. „Sie, Müller, kommen sie mal her. Sie können hier den Staub von den Wänden wischen!“ So ungefährlich muß sich ein vierzig- oder fünfzigjähriger Mann von einer Pflegeschwester, die im Anfang der zwanziger Jahre steht, kommandieren lassen. Aber das kann ihm selbstverständlich nur dann passieren, wenn er Arbeiter ist oder sonstwie zum „niederen Volk“ gehört. Patienten, die „so'n bißchen was sind“, werden in höflicherer Zone angesprochen und sogar „Herr“ tituliert. Auch sind sie sicher davor, überhaupt jemals zur Arbeit kommandiert zu werden. Arbeit ist das Vorrecht derjenigen, die dem Pflegepersonal nur „Sie, Müller!“ heißen. Die Unterscheidung, die da zwischen Patienten und Patienten gemacht wird, ist natürlich nicht geeignet, denen die Arbeitsfreudigkeit zu steigern, bei denen man sie im Krankenhaus als „selbstverständlich“ voraussetzt.

Den Krankenhäusern fehlt es aber nicht an Mitteln, arbeitsweigernde Patienten arbeitswillig zu machen. Eines dieser Mittel ist die Kostschmälerung. Das Wort klingt zwar ein wenig nach Gefängnis, aber wir finden kein anderes, um die Sache annähernd richtig zu bezeichnen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in Krankenhäusern diejenigen, die sich müßig zu machen versuchen, bei der Verteilung von Speise und Trank auf mancherlei Bevorzugung rechnen dürfen. Man sagt sogar, daß die Bevorzugung offiziell gebildet werde und angeordnet sei. Begründen läßt sie sich wohl schwerlich damit, daß man arbeitenden Patienten auch eine besonders kräftige Kost reichen müsse; denn eine wirklich anstrengende Arbeit wird doch hoffentlich keinem Patienten zugemutet werden. Es handelt sich um nichts anderes, als um eine Vergünstigung, die von arbeitenden Patienten als Dank für geleistete Arbeit aufgefischt wird. Anderen Patienten, denen solche Vergünstigung nicht zu teil wird, kann man's nicht verdenken, daß sie sich benachteiligt vornehmen. Wenn sie sehen müssen, daß Speise und Trank nicht lediglich nach Bedürfnis verteilt werden, sondern auch Willkür dabei mitspricht, so muß das bitterend wirken. Von der Bevorzugung bei Arbeitswilligkeit bis zur direkten Kostschmälerung wegen Arbeitsverweigerung ist

nur ein kleiner Schritt. Ein Fall von Kostschmälerung aus diesem Grunde, von Kostschmälerung im vollen Sinne des Wortes, wird uns aus dem in letzter Zeit so viel genannten Virchow-Krankenhaus bekannt. In Haus XV hatte ein Patient S., der an Rheumatismus litt, Binden wickeln sollen. „Ich bin doch nicht zum Arbeiten ins Krankenhaus gegangen“, antwortete er der Schwester Marie. Am anderen Tage wurden bei der Schrippenverteilung ihm nur zwei Schrippen überreicht, während man ihm bis dahin regelmäßig drei gegeben hatte. Als er um noch eine dritte Schrippe bat, belehrte ihn Oberschwester Helene: „So ungefährlich wie Sie gegen die Schwester sind, bin ich gegen Sie.“ Ein paar Tage blies das so, dann half S. wieder Binden wickeln, und am nächsten Tage gab's für ihn — wieder drei Schrippen. Jetzt lehnte aber er die dritte Schrippe ab. Die Oberschwester quittierte darüber mit den Worten: „Das war auch bloß ein Versehen.“

Wenn übrigens die Schrippen im Virchow-Krankenhaus nicht besser sind als die Probe Brot, die uns aus dieser Anstalt überbracht worden ist, dann hat S. an der dritten Schrippe nichts verloren. Das Brot war so wenig durchgedacht, daß es nach Farbe und Geruch noch merklich an einen eben eingekochten Leig erinnerte. Wie mag Kranken zumute sein, die an solchem Brot sich sättigen sollen! Gibt man Arbeitswilligen zur Belohnung für ihre Dienste besser ausgebackenes Brot?

Die Schule im Dienste der Agitation, das ist in Berlin keine ganz seltene Erscheinung. In den Gemeindeschulen wird von Lehrern und Lehrerinnen vor den Ohren der Kinder mit Eifer gegen die Sozialdemokratie agitiert, sogar in einer Form, die im Widerspruch zu allem steht, was die Schule sonst über das Gebot „Du sollst Deinen Vater und Deine Mutter ehren“ lehrt. Auch das ist vorgekommen, daß in Zeiten der Wahlagitation Lehrer ihre Scholaren dazu veranlaßten, antisozialdemokratische Flugblätter zu verteilen und ähnliche Wahlarbeiten zu leisten. Solche Ungehörigkeiten und dreisten Übergriffe erzeugen mit Recht die Enttäuschung der Eltern, aber den schuldigen Lehrpersonen geschieht wohl nicht viel, wenn ihre vorgesetzte Behörde davon erfährt. Wir müssen das wenigstens annehmen; denn anders können wir kaum verstehen, wie derartige Dinge sich immer aufs neue wiederholen können. Kürzlich hat an der 202. Schule in der Ravensbrucker Straße die Lehrerin einer Klasse VI ihren acht- bis neunzehnjährigen Scholaren einen für die Eltern bestimmten Handzettel mit nach Hause gegeben, der ihnen den Besuch einer vom „Gewerkschaftsverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands“ zu veranstaltenden außerordentlichen Versammlung empfahl. Dieser Verein steht „auf christlicher Grundlage“, drum hat die Lehrerin nicht zu fürchten, daß es ihr etwa an den Tragen gehen wird. Wir möchten aber keine Lehrerin raten, einmal in gleicher Weise eine Einladung zum Besuch einer von sozialdemokratischen Arbeiterinnen zu veranstaltenden Versammlung unter ihren Scholaren zu verbreiten. Einer Lehrerin, die das wagen wollte, würde ihre vorgesetzte Behörde wahrscheinlich sehr bald die Wege weisen. Interessant ist übrigens, daß der erwähnte Handzettel des Gewerkschaftsvereins „christlichen“ Heimarbeiterinnen, der den Scholaren überreicht wurde, vor allem auch die vor der Schulentlassung stehenden jungen Mädchen einlud. Noch schulpflichtige Kinder wurden aufgefordert, an der „außerordentlichen Versammlung“ eines Gewerkschaftsvereins teilzunehmen! Man sieht, was alles möglich ist, wenn es sich nicht um Agitation für die Ziele sozialdemokratischer Arbeiter und Arbeiterinnen handelt.

In der gestrigen Sitzung des Kuratoriums für die städtischen Heimstätten wurde mit Rücksicht auf die Erfahrungen im Rudolf-Virchow-Krankenhaus beschlossen, den Insassen in Zukunft kein Schabelfleisch mehr verabreichen zu lassen. An Stelle dessen sollen, um die Kost abwechselungsreicher und schmackhafter zu gestalten, Gemüse, Obst, Salate usw. verabreicht werden. Die Speisereglements sollen dementsprechend erweitert werden.

Moderner Sklaventanz. Fast ungläubliche Anschuldigungen werden gegen einen Impresario erhoben, gegen den durch das Deutsche Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels eine Anzeige erstattet worden ist. Ueber die Art und Weise, wie der Herr „Direktor“ die von ihm zusammengestellte Künstlertruppe ausnützt, zeigt nachsichende, von mehreren sich gegenwärtig in Berlin aufhaltenden jungen Mädchen gegebene Schilderung: In verschiedenen Tageszeitungen erscheint hin und wieder ein Inserat, durch welches ein Direktor Jonni Reimers, dessen Wohnsitz sich in Hamburg befindet, „junge Mädchen zur Ausbildung für die Bühne“ sucht. Im Mai dieses Jahres erschien eine derartige Annonce in einem Dresdener Blatt, worauf sich sechs Mädchen meldeten, mit denen resp. deren Eltern R. Verträge abschloß. In den Verträgen war eine viermonatige Ausbildungszeit vorgesehen, während welcher die Mädchen 25 M. Monatsgehalt sowie vollständige freie Station erhalten sollten. Die Mädchen waren verpflichtet, von etwelchen, ihnen gegebenen Trinkgeldern ein Drittel an den Direktor auszuhandeln. Engagiert war die Truppe für eine Künstlerfahrt nach Rumänien. Die Gesellschaft, die aus Mädchen zumieist im Alter von 14 bis 17 Jahren bestand, hatte die Verpflichtung übernommen, auf Bühnen zu singen und zu tanzen. Die erste Station wurde in Braila (Rumänien) gemacht, wo in einem Variété von 10 bis 12 Uhr abends aufgetreten wurde. Nach Schluß der Vorstellung mußten die Sängerrinnen zwischen dem Publikum Platz nehmen und bis zum frühen Morgen Wein und Champagner trinken. Sie erhielten von den männlichen Besuchern Trinkgelde, von denen sie sofort ein Drittel an Reimers abzuliefern hatten. Die 17jährige Hedwig Sch., die sich weigerte, das Geld auszuhandeln, wurde von dem 24jährigen Direktor blutig geschlagen. In Braila ereignete sich ein Versehen gegen eine 16jährige Berliner, die eine Anzeige gegen R. wegen Kuppelei zur Folge hat. In Bukarest sowie in Tecuciu hatten die Sängerrinnen in verschiedenen Etablissements von morgens 8 bis 1 Uhr nachts zu singen und zu tanzen. In leghenanntem Orte erhielten sie ein Logis, das einem Gefängnis glich. Fünf Personen schliefen dort in einem kleinen Zimmer, in dem gerade Platz für zwei Betten und ein Sofa vorhanden war. Dabei war die Verpflegung eine derart mangelhaft, daß die Künstlerinnen sich gezwungen sahen, den Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln zu bestreiten und Ersparnisse zu machen, was ihnen unter diesen Umständen um so weniger möglich, als von dem 25 M. betragenden Monatsgehalt ihnen noch 5 M. abgezogen wurden. Dabei stand die Truppe fortwährend unter Aufsicht des Direktors oder dessen Frau, und die Mädchen durften nicht allein die Straße betreten. In Bachau gelang es einer Berliner, Frauulein J., einem dort wohnenden Deutschen ihr Leid zu klagen, und dieser benachrichtigte die Polizeibehörde und das Konsulat. Durch das Eingreifen der Behörde wurde Reimers gezwungen, den Mädchen das Geld zur Rückreise nach Deutschland zu geben, wofür er jedoch Wertpapiere als Pfand einsetzte. Dabei war das Geld so knapp bemessen, daß es nur zur Deckung der Fahrtkosten reichte und die Künstlerinnen während der zwei Tage und eine Nacht währenden Fahrt hungern mußten.

Garberobenangestellte.

In der Bellevuestraße befindet sich ein vornehmes, stark frequentiertes Weinrestaurant. Nicht weniger dem neun Garberoben sind dazu bestimmt, Hute und Ueberzieher der Gäste fein säuberlich aufzubehalten. Als Allgemeintage über die Garberobe herrscht eine Frau P., die natürlich bei dem Umfange der Garberobe nicht in der Lage ist, alles selbst zu machen. Sie hat deshalb Frauen angenommen, die mit der Wäsche und Herausgabe der Kleidungsstücke betraut sind. Es herrscht nun der Gebrauch, keine feste Grenze der Bezahlung für die Garberobenaufbewahrung zu setzen. Die Höhe wird in das Belieben des Gastes gestellt, aber

„der Wohlthätigkeit sind keine Schranken gesetzt“. Natürlich hat die Wäckerin den Wunsch, möglichst viel aus ihrem „Unternehmen“ herauszuschlagen. Und da stellt sie an die Garberobenangestellten — es sind zwölf an der Zahl — die sonderbarsten Anforderungen. Geben Gäste, die mit den Gepflogenheiten im Lokal schon vertraut sind, der Bedienungsfrau etwa ein besonderes Trinkgeld, so ist das abzuleiern. Eine strenge Kontrolle sorgt dafür, daß die Angestellten nichts für sich erhalten. Da müssen diese Leute beim Austritt des Dienstes in ein Buch eintragen, welchen Geldbetrag sie im Vormonate haben, müssen auch gewärtig sein, visitiert zu werden. Ganz raffiniert ist Vorgesorge getroffen, daß eine Angestellte auch nicht etwa einen Groschen, den sie extra erhielt, in die Tasche stecken kann. Die Frauen tragen nämlich sogenannte Kleiderbüchsen, die nur vom Rücken bis zum Hals hinten offen sind und zugespitzt werden. Wollte wirklich eine etwas in ihre Tasche stecken, so erregte das doch die Aufmerksamkeit der genau aufpassenden Wäckerin, deren Hauptarbeit fast ausschließlich in der Kontrolle besteht. Dazu kommt, daß manche Angestellten Vorwürfe hinhemen müssen, daß sie so wenig eingenommen hätten, das läge an ihrem Benehmen, sie seien nicht freundlich genug zu den Gästen. Je liebenswürdiger die Gäste behandelt werden, desto reichlicher steht das Trinkgeld. Das ist nun nicht jedermanns Sache. Man kann höflich und freundlich sein und sich doch eine gewisse Reserve auferlegen. Und für diese nicht gerade beneidenswerte Stellung erhalten die angestellten Frauen pro Tag 2,25 M. Mancher wird das noch für eine anständige Bezahlung halten gegenüber anderen Entlohnungen. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß die Leute in der Woche nachmittags um 6, Sonntags um 5 Uhr regelmäßig antreten und bis zum Schluß, der um 2 Uhr erfolgt, arbeiten müssen. Rechnet man eine Stunde Wegs für Hinfahrt und eine für Rückfahrt, besser gesagt für Müddlaufen, da nach 2 Uhr nachts nur noch bestimmte Straßenbahnen fahren, so kann man sich ein Bild von der glänzenden Stellung einer Garberobenangestellten in dem vornehmen Weinrestaurant machen. Wie wir schon, soll der Wechsel auch gar kein geringer sein.

Dabei soll gar nicht noch besonders darauf hingewiesen werden, daß diese Frauen während der ganzen Zeit keine Pause haben und nur verstoßen hin und wieder einen Happen von der mitgebrachten Stulle abbeißen müssen.

Vom Selbstmörderfriedhof im Grunewald.

Den Selbstmörderfriedhof im Grunewald — wer kennt ihn! Er besteht seit mehr als dreißig Jahren — und ist in seiner Wädeinsamkeit eine kaum beachtete Stätte geblieben bis auf den heutigen Tag. In drei Jahrzehnten sind auf ihm reichlich vierhundert Lebensmüde zur letzten Ruhe bestattet worden, vierhundert, die freiwillig die Würde des Lebens von sich geworfen und in der Stille des Waldes den Tod herbeigerufen hatten. Weils des Weges, der vom Bahnhof Grunewald quer durch den Forst nach dem Havelufer bei Schildhorn führt, liegt dieser Friedhof der Friedlosen, die im Tode Frieden suchten. Allsamtlich flutet der Strom der Ausflügler auf dem vielbetretenen Waldwege dahin, plaudernde und lachende Menschen, voll Lebenslust und Lebensfreude. Nur wenige unter ihnen wissen, daß etliche hundert Schritte davon der schweigende Kieserwald die Gräber der Lebensmüden birgt. Selten nur biegt ein Wanderer von der breiten Ausflüglerstraße ab, um auf schmalerem Pfad seine Schritte nach dem Selbstmörderfriedhof zu lenken.

Der Anblick, der hier sich ihm bietet, paßt vielleicht schlecht zu dem Sonntagsvergnügen, das er da draußen sich wünscht. Der Selbstmörderfriedhof befindet sich in einem Zustande der Vernachlässigung, der auf die meisten Besucher abstoßend wirken dürfte. Zwar fehlt es auf ihm nicht an Gräbern, die von Hinterbliebenen liebevoll gepflegt werden. Wer den Friedhof seit Jahrzehnten kennt, wird sogar finden, daß in dieser Beziehung heute unendlich mehr als früher getan wird. Auch Denkmäler sieht man hier, seltene nicht nur, sondern auch prächtige. Ihre Zahl hat besonders in neuerer Zeit sich vermehrt. Aber die meisten Gräber liegen da, von Gräsern und Farnkräutern überwuchert, entzogen dem suchenden Blick, verfunken und vergessen. Es ist wahr, viele dieser zusammengewürfelten Hügel bedecken Schläfer, die niemand kennt, mehr noch solche, die niemand kennen will. Aber gewiß würde noch manches Grab von Hinterbliebenen gepflegt werden, wenn nur die Behörde, die über diesen Friedhof zu beschließen hat, ein klein wenig dazu beitragen wollte, die Pflege der Gräber zu erleichtern. Auf dem Selbstmörderfriedhof gibt es kein Wasser! Eine Kollektion der Charlottenburger Wasserwerke geht, von Veelighof herkommend, nahe am Friedhof vorbei. Es wäre ein Leichtes gewesen, einen Anschluß herzustellen, aber bisher ist das nicht geschehen. Auch einen Brunnen auf dem Friedhof zu bohren, ist keinem eingefallen. Vermutlich hat man die Kosten gescheut. Die Havel spendet ja Wasser, Wasser genug für jeden, der den viertelständigen Weg bis dorthin samt dem viertelständigen Rückweg nicht scheut, um eine Viehställe zu füllen. Fast wie Hohn muten die Wahnungstafeln an, die an den Wänden befestigt sind. Sie weisen den Besucher darauf hin, daß auch ein Selbstmörderfriedhof Pflege und Schutz verdient. Die eine sagt: „Die Wunden sind der Toten Eigentum, drum, Wandrer, schone sie wie ein Heiligtum“; und die andere: „Wandrer, der du dich nahest dieser Stätte des Friedens, schone der Steine, die Liebe gesetzt den Toten“. Die Verwaltung des Forstbezirks Grunewald hat es bisher nicht für nötig gehalten, wenigstens durch Wasserbeschaffung dafür zu sorgen, daß die „Stätte des Friedens“ in einen einigermaßen würdigen Zustand gebracht werden kann. Sie scheint nicht mal hygienische Bedenken gegen den Wassermangel zu haben, der auf dem Friedhofe besteht. Die Leichenhalle muß oft Leichen aufnehmen, die bereits stark in Verwesung übergegangen sind. Da wäre eine ganz besonders sorgfältige Reinigung nötig, aber wie soll die Reinigung sorgfältig ausgeführt werden, wenn die damit betrauten Arbeiter das Wasser mühsam von der Havel heraufschleppen müssen. Den Arbeitern, die solche Leichen anfasseln müssen, wird sogar die Reinigung der Hände dadurch erschwert, daß manchmal nicht Wasser genug da ist. Kennt denn keine Gesundheitsbehörde diese Dinge?

Die Vernachlässigung des Selbstmörderfriedhofes würde wahrscheinlich weniger groß sein, wenn die Besucher des Grunewalds sich mehr um ihn kümmern wollten. Gerade deshalb, weil er wenig beachtet wird und bei dem Mangel eines Wegweisers auch schwer zu finden ist, konnte er in seinem trostlosen Zustande sich so lange erhalten. Die Abgeschiedenheit der Lage auf einsamer Waldhöhe gibt diesem Ruheplatz der Toten seinen eigenen Reiz, der so recht zu einem Selbstmörderfriedhof paßt. Sie entzieht ihn aber leider auch der öffentlichen Kritik und überliefert ihn der Verwahrlosung.

Auf einem Rundgang schwer verunglückt. Ein Opfer seines Verufes ist der 64-jährige alte Bauwächter Wilhelm Gluth aus der Roppenstr. 62 geworden. Er hatte u. a. auch den Neubau auf dem Grundstück Mannheimstraße 48 zu bewachen. Als er gegen Witternacht einen Rundgang durch das Gebäude machte, überlag er in der Dunkelheit einen tiefen Schwach und stürzte hinein. Erst nach längerer Zeit wurde der Verunglückte aus seiner qualvollen Lage befreit und nach der Rettungswache transportiert. Er hatte schwere innere Verletzungen erlitten.

Aus dem Fenster gestürzt ist gestern nachmittags der sechsjährige Schulknabe Kurt Lepp, dessen Eltern in der Herzhbergstr. 13 wohnen. Der Kleine hatte auf dem Fensterbrett der im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung gespielt. Als er nach dem Hof hinuntersehen wollte, beugte er sich zu weit vor, verlor das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. In schwerverletztem Zustande wurde er nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Von einem Automobil überfahren und getötet wurde gestern die 18 Jahre alte Tochter Elise des Eisenbahnbeamten Wojnowski aus der Kaminstraße. Das Mädchen hatte für die Mutter eine Besorgung zu machen. Als es auf dem Heimwege vor der Feuerwache in der Sauerstraße den Fahrdamm überschritt, kam in rasendem Tempo ein Privatautomobil herangefahren. Das Mädchen versuchte sich durch schnelles Laufen auf den Bürgersteig zu retten, doch bereits zu spät. Es wurde von dem Kraftwagen niedergedrückt, und die Mäder gingen dem bedauernswerten Geschöpf über die Brust hinweg. Der Chauffeur fuhr schleunigst davon. Die W. wurde nach der nahen Feuerwache getragen, wo bei ihr aber nur noch der Tod festgestellt werden konnte.

Ein Telephonanschreiber wurde gestern in der Person eines gewissen Höflich, der wohnungslos war, verhaftet. In der Zeit zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags wurden bei der Reuen Kramerlich-Gesellschaft telephonisch auf den Namen der Viktoria-Gesellschaft Waren im Werte von 50 Mark bestellt. Durch Nachfrage bei der Firma wurde festgestellt, daß diese von diesem Auftrag nichts wußte. Nach einiger Zeit erschien ein junger Bursche mit einem Handwagen und wollte unter Vorzeigung einer Geschäfts-karte der genannten zweiten Firma die Waren abholen. Mit Hilfe dieses Burschen gelang es, den Anschreiber in der Person des oben Genannten festzustellen. In letzter Zeit sind in dieser Branche wiederholt derartige Schwindelverbrechen verübt worden.

In der Irenhausstraße des Berliner Rechtsanwalts Dr. Ehrenfried, über die wir wiederholt eingehend berichtet haben, findet die Verhandlung wegen angeblicher Beleidigung von Verwandten des Genannten durch die Presse in Moabit am 19. und eventuell noch am 22. September statt. Angeklagt sind die verantwortlichen Redakteure der „Großen Glocke“, der „Welt am Montag“ und des „Vorwärts“, welche seinerzeit darüber berichteten, auf welche Weise Dr. Ehrenfried ins Irenhaus gesperrt worden ist. Der erste Termin wurde verlagt, weil der Berliner Kreisarzt Dr. Kimmner, der die Notwendigkeit der Internierung Ehrenfrieds attestiert hatte, verreist war. Nach dem Erscheinen der internierten Artikel war Dr. Ehrenfried zum zweiten Male zwangsweise in der Privatirrenanstalt Lankwitz interniert worden, aber nach kurzer Zeit wiederum entflohen. Er hält sich jetzt in der Schweiz auf und gedenkt dort so lange zu bleiben, bis seine Zurechnungsfähigkeit gerichtlich erwiesen ist. Interessant ist, daß der Landgerichtspräsident Fabricius auf Grund einer Umfrage bei den Richtern zu den Entmündigungsakten die Erklärung abgegeben hat, daß während der achtjährigen Tätigkeit Ehrenfrieds als Anwalt beim Landgericht I in Berlin Anzeichen geistiger Erkrankung nicht bemerkt worden sind.

Ueber die neue Privatpost Courier beklagen sich zahlreiche Geschäftsinhaber, die auf Zureden sich zur Uebernahme einer Verkaufsstelle von Karten und Marken haben bereit finden lassen. Die betreffenden Geschäftsleute müssen die Erfahrung machen, daß das Karten- und Markenmaterial, das sie gleich bezahlen mußten, direkt wertlos ist, weil es erstens an entsprechenden Briefkästen dieser Gesellschaft fehlt, dann aber auch gar nicht auf eine regelrechte Beförderung der Karten gerechnet werden kann. Anträge an die Gesellschaft um Rückerstattung des für die Karten und Marken verauslagten Geldes sind von dieser strikte abgelehnt worden. Wir geben von dieser Sachlage Kenntnis, um weitere Kreise vor Schädigungen zu bewahren.

Die nördliche Dammhälfte der Greifswalderstraße unter der Ueberführung der Ringbahn ist behufs Ampflosierung vom 16. ds. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. Die Berliner Feuerwehr wurde Dienstagabend spät nach der Poststraße 9 gerufen, wo in einer Räucher-kammer Wurst, Fleischwaren aller Art usw. brannten. Gestern früh mußte in der Lebenslebstraße 8 ein Bodenbrand gelöscht werden, der zum Glück rechtzeitig bemerkt worden war, so daß er auf den Boden beschränkt werden konnte. Der 11. Zug hatte in der Paruther Straße 17 zu tun, wo in einer Küche Feuer ausgekommen war. In der Prinz-Eugen-Straße 5 brannten Portieren u. a. Ferner wurde die Wehr nach der Müllerstr. 49 und nach anderen Stellen gerufen. Die Schöneberger Feuerwehr hatte gestern in der Gutfahrtstr. 6 einen Zimmerbrand und in der Rollendorferstr. 28 einen Kellerbrand zu löschen.

Vorort-Nachrichten.

Nixdorf.

Der sozialdemokratische Wahlverein Nixdorf nahm am Dienstag in seiner bei Hoppe togenden Mitgliederversammlung den Bericht der Stadtverordnetenfraktion entgegen. Stadtverordneter Genosse W. Conrad referierte. Er kennzeichnete einleitend die bekannten Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlsystems, die auch durch das Gesetz von 1900 in nichts gebessert seien. Dann besprach er die Angelegenheit seines Protestes gegen die diesmalige Einteilung der Wählerlisten, die, vorgenommen nach dem Gesetz von 1900, so ausgefallen ist, daß die dritte Abteilung 256 000 M. an Steuern mehr aufbringt, als die erste Abteilung. Der Wille des Gesetzgebers sei 1900 der gewesen, den plutokratischen Charakter des Klassenwahlsystems etwas zu brechen. Wo aber eine Verschlechterung eintrete, müsse es nach den maßgebenden Bestimmungen beim alten bleiben. So widerspreche vorliegend die vorgenommene Einteilung dem Sinne des Gesetzes. Seinen Protest habe man verworfen. Es frage sich nun, ob es mit Rücksicht auf gewisse Bestimmungen des Gesetzes zweckmäßig sei, weitere Rechtsmittel zu ergreifen. Die Aussichten für die in diesem Herbst stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen seien hinsichtlich der zweiten Abteilung nicht so günstig geworden, wie man nach der stärkeren Heranziehung der Arbeiterschaft zur Steuer hätte vermuten können. Denn durch die Teilung sei der Satz, von dem ab man in die zweite Abteilung komme, diesmal von 68 M. auf 78 M. hinausgegangen. In der dritten Abteilung, die uns ja gehört, würden wir, wenn die Verrechnung der Stadtverordneten erfolge, diesmal 11 Vertreter zu wählen haben, wovon 7 Hausbesitzer sein müßten.

Was nun die Tätigkeit der Stadtverordneten angeht, so sei da in erster Linie das Schmerzenskind die Volksschule. Nixdorf müsse bei seiner kolossalen Bevölkerungszunahme alljährlich mit einem Zuwachs von 2000 Schülern rechnen. Eine kleine Besserung sei in der Klassenfrequenz eingetreten; sei sie 1908 von 56,9 auf 55,7 zurückgegangen. Das genüge natürlich noch lange nicht. Es müsse durch mögliche Herabdrückung der Schülerzahl der Klasse ein möglichst guter Unterricht ermöglicht werden. Sei die Gemeinde zu arm, dann müsse es durch Zweckverbände oder auf anderem Wege erreicht werden. Leider habe sich die Zahl der sitzenden Klassen im letzten Jahre von 39 auf 43 vermehrt. Die bürgerlichen Vertreter hielten es immer entgegen, daß die Stadt die freie Volksschule unterhalte und pro Volksschulkind jährlich 88 M. zahle. Das sage man aber nicht, daß sie für jeden höheren Schüler einen Zuschuß von 108 M. pro Jahr leiste. Eine von der Sozialdemokratie längst vertretene Forderung sei insofern erfüllt, als jetzt in zwei Schulen für Schwachbegabte mit entsprechender Klasseneinteilung 100 Anaben und 100 Mädchen unterrichtet würden. Die erhöhte Summe für Freibäder und Schwimmunterricht, die die Sozialdemokraten beantragten, sei nicht bewilligt worden und den Antrag auf Einstellung von 12 000 M. für zwei festanzustellende Schularzte habe man auch abgelehnt und statt dessen nur 900 M. bewilligt für die ärztliche Untersuchung nur der Schwachbegabten. Wie immer, habe die Fraktion verlangt, daß eines ihrer Mitglieder in die Schuldeputation entsandt werde. Da hätten sich die Herren vom Bürgertum gedreht und gewendet. Ja, hieß es, man sei ja sehr zufrieden mit den Leistungen der sozialdemokratischen Vertreter in den Deputationen und Kommissionen, man solle ihnen (der Mehrheit) doch aber nicht zumuten, leeres Stroh zu dreschen.

Denn die Regierung würde ja doch die Bestätigung versagen. Darauf habe die Fraktion vorgeschlagen, man solle dann wenigstens bei Wahl der fünf erziehungsständigen Leute aus der Bürgerkammer, neben fünf Magistratsmitgliedern und fünf Stadtverordneten in die Schuldeputation zu wählen seien, unseren Wunsch auf Beilegung berücksichtigen. Auch das sei nicht geschehen. Man nehme das letzte Drittel aus den Reihen der Lehrer und der evangelischen und katholischen Geistlichen. Die Arbeiterkammer, deren Kinder die Volksschulen besuchen, sei einfach beiseite geschoben. Die Pflichtfortbildungsschule, ein langjähriges Kampfsobjekt, werde endlich am 1. Oktober ihre Pforten öffnen, allerdings nur in der Beschränkung auf gewerbliche Arbeiter und Lehrlinge. Weitergehende Wünsche der sozialdemokratischen Fraktion seien nicht berücksichtigt. — Mit der Säuglingsfürsorge sei begonnen worden. Auch das sei nur unserm Drängen zuzuschreiben. Daß man mit der Ausführung des Projekts einer städtischen Pflanzschule noch nicht weiter ist, führte Redner auf die Verschleppungsschikane zurück, die so oft von den bürgerlichen Vertretern gegenüber sozialhygienischen Maßnahmen angewandt werde, namentlich wenn es sich, wie hier, um ein ganz modern gedachtes Institut handle. Allem Vorwärtsdrängen unserer Fraktion zum Trotz habe man immer wieder seit vielen Jahren die Errichtung von Brausebädern in den Schulen abgelehnt. Jetzt endlich werde damit in einer Schule ein Anfang gemacht werden. Redner berührte noch eine Reihe kommunalpolitischer Fragen und die bekannte prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie dazu. Dann kam er zu dem Schluß, daß die Masse des Volks ihr Interesse daran offenbar dokumentieren müsse, namentlich auch durch Aufbringen einer erdrückenden Stimmzahl bei den Wahlen im Herbst. (Lebhafter Beifall.)

Stadtverordneter Dr. Silberstein ergänzte noch das Referat Conrads und führte Verchiedenes an, was zeigt, mit welcher kompakten Rücksichtsmehrheit man es im Nixdorfer Stadtparlament zu tun hat. — Trotz unseres Protestes habe man für eine Schule für Schwachbegabte Mieträume für gut erklärt, die nach Lage und Art gerade für die kleinsten der Kinder am allerungeeignetsten seien. 5000 M. für das Festessen zur Einweihung des Rathauses bestimmt, sollten nach Anträgen der Sozialdemokraten zur Speisung hungernder Kinder verwendet werden. Das sei verworfen worden und ganze 600 M. habe man dem freiwilligen Erziehungsbereich für derartige Speisungszwecke überwiesen. Wie mit zweierlei Maß gemessen werde, beweiße die Tatsache, daß man dem bürgerlichen Deputationsmitglied, der es gar nicht nötig habe, nicht nur eine jährliche Unterstützung gewähre, sondern auch die Aula des Realgymnasiums unentgeltlich zur Verfügung stelle, dagegen auf einen Antrag des Stadtverordneten Gen. Wulfs, die Aula auch dem Nixdorfer Männerchor zur Verfügung zu stellen, erst Erhebungen über den angeblichen politischen Charakter dieses Arbeitergesangsvereins beschleife.

Gegenüber dem Genossen Meyer, der etwas mehr Feuer in der Stadtverordnetenversammlung wünscht, verwies er Thurov, Dr. Silberstein und Conrad im Schlußwort darauf, daß stets von der Fraktion versucht worden ist, soweit als möglich etwas im Rahmen des sozialdemokratischen Kommunalprogramms zu erreichen, und daß vielerlei Anlässe zum Besten lediglich dem dauernden Drängen der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken seien. Ein Antrag des Genossen Meyer, in der obererwähnten Protestschleife, die Wählerlisten usw. betreffend, den Instanzengang zu verfolgen, wurde dem Vorstand und der Fraktion mit der Maßgabe überwiesen, zu erwägen, ob und eventuell welche Schritte in der Sache zu tun seien.

Lichtenberg.

Arbeiter, Parteigenossen! Seht die Wählerliste nach!

Die Liste der stimmsfähigen Bürger Lichtenbergs sowie die Bezirkswählerlisten der II. und III. Abteilung liegt in Gemäßheit der Bestimmungen des § 1 des Ortsstatuts vom 18. April 1908, betreffend die Liste der stimmsfähigen Bürger in der Zeit

vom 15. bis einschließlich 30. September d. J.

an den Wochentagen von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr, an den Sonntagen von 9 bis 12 Uhr vormittags im großen Sitzungssaal des Rathauses öffentlich aus.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben; später eingehende Einsprüche werden nicht berücksichtigt.

Es ist dringend notwendig, daß sich jeder Wähler durch Einsichtnahme in die Liste überzeugt, ob auch sein Name richtig eingetragen ist. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen. Wer nicht selbst die Zeit dazu haben sollte, beauftrage einen bekannten Genossen mit der Einsichtnahme.

Marienfelde.

Eine Rekrutenabschiedsfeier veranstaltet am 26. September die „Freie Turnererschaft“ im Lokal von Berger. Der genannte Verein hat die Arbeiterfestlichkeiten durch seine Mitwirkung unterstützt, weshalb der von ihm geplanten Veranstaltung bester Erfolg zu wünschen ist.

Charlottenburg.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hielt am Sonntag im „Volkshaus“ eine gut besuchte Versammlung ab, in der Genosse Rehsien ein heißes, aufgenommenes Referat über: „Einiges aus der Geschichte der Arbeiterbewegung“ hielt. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution, in der sich die Anwesenden zu agitatorischer Tätigkeit unter den Indifferenten verpflichteten, gelangte einstimmig zur Annahme. Klage geführt wurde, daß für den Bezirk Charlottenburg noch keine Distriktskommission gewählt sei. Die nächste Versammlung soll am 11. Oktober stattfinden.

Pankow.

Ein großes Schadensfeuer kam gestern nachmittags durch Unvorsichtigkeit in der Spielmannstraße 31 zu Pankow zum Ausbruch. In einem vierstöckigen Fabrikgebäude hat die Bonbon- und Honigkuchenfabrik von August Bodisch ihre Arbeits- und Lagerräume. Die Hauptvorräte an Honigkuchen usw. waren im Dachboden in Kisten aufgestapelt. Hier entstand das Feuer. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als die Flammen aus dem Dache hervorschlügen. Obgleich die sofort alarmierte Pankower freiwillige Feuerwehr bald zur Stelle war, hatte das Feuer doch schnell an Ausdehnung gewonnen, so daß in kurzer Zeit nicht nur das Lager der Firma, sondern auch der darüberliegende Dachstuhl brannte. Erst nach mehrstündigem Wassereinsatz konnten die Flammen erstickt werden. Der Schaden ist ganz beträchtlich, zumal auch die im dritten Stock befindliche Tischlerei von Gaaß stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Britz.

Aus der Gemeindevertretung. Der Vorstand der Ortskrankenkasse zu Mariendorf hat beschlossen, die Gemeinden Endow, Groß- und Klein-Heißen von der Mariendorfer Kasse abzugewinnen und richtet nun das Ersuchen an die Brieger Gemeindevertretung, diese Gemeinden der Brieger Ortskrankenkasse anzugliedern. Die Gemeindevertretung lehnte jedoch dieses Ersuchen ab und gab den drei Gemeinden anheim, unter sich eine gemeinsame Kasse zu bilden. Nach einer Mitteilung des Gemeindevorstehers hat sich die Große Berliner Straßenbahn bereit erklärt, die Linie 28, welche bis in die Abendstunden zur Endhaltestelle am Brieger Rathaus fährt, von früh bis spät abends bis zum Rathaus durchzuführen unter der Bedingung, daß die Mehrkosten der Pflasterung der Lindower und der Chaussee-Straße ihr nicht in Anrechnung gebracht werden. Die Linie 47 weiter durch Britz zu führen, wurde von der Großen Berliner abgelehnt, da sie hierfür ein Bedürfnis nicht anerkennt.

Weglich der Regulierung der Bürgerstraße zwischen Klingius- und Rudower Straße stimmt die Versammlung dem Kommissionsantrage zu, nach dem der Fahrdamm 8,50 Meter und die Bürgersteige je 3,25 Meter breit angelegt werden sollen. Auch werden die Bäume befestigt und die Anlieger mit 10 M. pro Quadratmeter zu den 22 320 M. betragenden Kosten herangezogen. Die Armenpflegekosten in 44 Fällen im Betrage von 16 413,16 M. sind uneinziehbar. Dieselben werden von der Gemeindevertretung niedergeschlagen. Die Herren Emil Jaster und G. A. Hoffmann haben in einem Lokal in der Wilhelmstraße verschiedene, die Gemeindevertretung beleidigende Äußerungen getan. Nachdem die Herren in einem Schreiben an die Gemeindevertretung die Haltlosigkeit ihrer beleidigenden Äußerungen zugestanden haben und ihre ganze Handlungsweise, die nur auf Trümmerheit zurückzuführen sei, auf das tiefste bedauern, beschließt die Gemeindevertretung, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Gerichten zufolge hat der Gemeindevorstand Grotjan von der Firma Hein und Andre ein Geschenk von 8000 M. als Provision angenommen. Wie der Gemeindevorsteher Schmiedigen mitteilt, hat ihm Herr Grotjan auf das bestimmteste versichert, daß diese Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen seien. Ihm ist ein solches, noch ein ähnliches Angebot noch nicht gemacht worden. Gegen die Verbreiter des Gerüchts soll auch von Seiten der Gemeindevertretung Strafantrag gestellt werden, um die Sache bis ins kleinste aufzuklären.

Friedrichsfelde.

Ueber die Aufhebung der Aufsichtgebühren für die Luftbarkeiten wurde in der letzten Gemeindevertretung verhandelt. Der Antragsteller Dube legte dar, daß diese Aufsichtgebühren von nur zirka zwölf Gemeindegliedern getragen, daß die Gebührenordnung von der Ortspolizeibehörde ungleich gehandhabt werde. Der Gemeindevorstand empfiehlt, sich erneut dahin auszusprechen, daß auf diese Erhebung von Aufsichtgebühren vom nächsten Jahre ab verzichtet wird. Die Vertretung beschloß demgemäß.

Der besonderen Erwähnung wert dürfte sein, daß die Gemeinde mit der Firma Bruch seit längerer Zeit in Differenzen befindet, die entweder vor dem ordentlichen Gericht oder durch ein einzusetzendes Schiedsgericht ihre Erledigung finden sollen. Die Firma droht der Gemeinde mit einer Klage, wenn die eingereichte Kostenrechnung für Wasserhaltung nicht beglichen wird. Nach den mit der Firma abgeschlossenen Verträgen ist diese aber ohne besondere Vergütung für die Wasserhaltung verpflichtet.

Französisch-Buchholz.

Der Kampf um die politische Macht lautete das Thema, das Genosse Denker in der letzten Wahlvereinsversammlung behandelte. In der Diskussion wurde die Frage der Budgetbewilligung behandelt und bedauert, daß dieselbe in verschiedenen Parteiblättern sehr persönlich geführt worden sei. Von der Lokalkommission wurde darauf hingewiesen, daß am Orte und bekanntlich nur das Lokal von Kühne zur Verfügung steht und daß die Lokalliste besser beachtet werden möge. Das sei um so notwendiger, als dem Gastwirt wegen der Langerlaubnis an den Sonntagen Schwierigkeiten gemacht werden. Der Amtsvorsteher soll erklärt haben, der Witt habe genug Vereine. Wenn er sich die vom Halbe schaffe, bekomme er auch die gewünschte Erlaubnis. Die Versammlung protestierte entschieden gegen eine derartige Geschäftshandhabung des Amtsvorstehers.

Rowanow.

Erschoen. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde der Ladierer Alex Künzel aus der Biesenstraße in Rowanow von dem aus Majuren in Ostpreußen eingewanderten Arbeiter Kowalik vor dem Grundstück der JuteSpinnerei in der Wilhelmstraße in Rowanow erschossen. Der Mordtat war ein Streit im Lokal des Gastwirts Lehmann in der Bismarckstraße vorausgegangen. Dem Arbeiter Janhäsch aus der Biesenstraße, der Künzel begleitete, ver setzte Kowalik einen Messerstich von der Wunde des Schädels bis zur Stirn. Kowalik und sein Vater, welcher bei der Tat zugegen war, wurden verhaftet. Das Messer zur Tat hatte Kowalik vom dem Arbeiter Karl Schwittz erhalten, der ebenfalls verhaftet wurde. Künzel ist Vater mehrerer Kinder, von denen eins am kommenden Sonntag konfirmiert werden sollte.

Leser- und Diskutierteil „Wilhelm Liebknecht“. Sitzung heute abend 8 1/2 Uhr bei Buchl, Danziger Str. 23. Gäste willkommen.
Verband der Preurengestellten Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Vorort.) Donnerstag, 17. September 1908, abends 9 1/2 Uhr, Rosenfelder Straße 11/12; Versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

- Deutsches Wörterbuch von Fr. L. R. Wegand. 4. Lieferung. 1,60 M. Verlag: H. Tschelmann in Gießen.
- Fris Reuter-Kalender auf das Jahr 1909. 1 M. Dietrich'sche Verlagshandlung Th. Neßler in Leipzig.
- Nord und Süd. Monatschrift. Heft 9. Selbstverlag, Berlin W. 35.
- Internationaler Bergarbeiterkongress Paris. 90 Seiten. T. Ashton jun., Printer. Toxteth Street, Highor Opanshaw, Manchester.
- Protokoll der fünften ordentlichen Generalversammlung des Zentralvereins der Hornischer Deutschlands. 100 Seiten. Selbstverlag.
- Naturgeschichte des Kindes von Dr. Deller. 1 M. Verlag: Kosmos in Stuttgart.
- Leo R. Tolstoj. Biographie und Memoiren. Herausg.: B. Birulof. II. Band. 654 Seiten. Verlag: M. Perles in Wien und Leipzig.
- Elementargehe der bildenden Kunst. Grundlagen einer praktischen Kunstlehre von Prof. Dr. G. Cornelius. Geh. 7 M., geb. 8 M. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Witterungsübersicht vom 16. September 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Temper. u. G. °C	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Temper. u. G. °C
Entenende	761 S		2 bedekt	12	Haparanda	763 NO		2 heiter	3
Danenburg	761 SSW		2 Regen	12	Petersburg	755 SW		1 bedekt	6
Berlin	761 S		1 wolfig	10	Seidg	767 SSW		4 bedekt	14
Frankf. a. M.	764 SW		3 bedekt	13	Aberdeen	762 SW		1 bedekt	7
München	766 SW		4 wolfig	13	Paris	763 SW		1 heiter	10
Wien	767 SW		1 wolfig	10					

Wetterprognose für Donnerstag, den 17. September 1908.
Ziemlich mild, teilweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und schwachen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		Wasserstand	am		am	
	15. 9.	14. 9.	15. 9.	14. 9.		15. 9.	14. 9.	15. 9.	14. 9.
Remel, Müll	212	+3	Saale, (Großh)	113	-9	Regel, (Spanbau)	24	0	
Greif, (Zisterburg)	8	+6	Davel, (Spanbau?)	44	-10	Regel, (Spanbau?)	24	0	
Weißel, (Thorn)	136	-14	Spree, (Spremburg?)	72	-2	Weslton	68	-1	
Oder, (Rathor)	210	-10	Weslton	68	-1	Weslton	68	-1	
• Krossen	107	-3	Weslton	68	-1	Weslton	68	-1	
• Braunsfort	117	-4	Weslton	68	-1	Weslton	68	-1	
Warte, (Schimm)	38	0	Weslton	68	-1	Weslton	68	-1	
• Landsberg	18	+2	Weslton	68	-1	Weslton	68	-1	
Rehe, (Bordbaum)	-2	-2	Weslton	68	-1	Weslton	68	-1	
Elbe, (Leitmeritz)	3	+22	Weslton	68	-1	Weslton	68	-1	
• Dresden	-124	+8	Weslton	68	-1	Weslton	68	-1	
• Barch	83	-5	Weslton	68	-1	Weslton	68	-1	
• Wagedburg	100	+1	Weslton	68	-1	Weslton	68	-1	

+) + bedeutet Hoch, -) -) Unterpegel.